



Geschäftsbericht 2019

Demokratie im Fokus:
Wahlen, Rechte, Grundgesetz

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Vorwort



In eigener Sache

Dieser Geschäftsbericht blickt zurück auf die Geschäftsjahre 2018 und 2019. Durch personelle Veränderungen innerhalb der LpB und die aufkommende Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 mit all ihren Folgen entstand er erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt.

Zu diesem Zeitpunkt war bereits beschlossen, dass die LpB-Geschäftsberichte künftig redaktionell anders aufgebaut und ihre Optik komplett neu aufgesetzt werden sollen. Erste Änderungen in Inhalt und Struktur wurden daher schon in diesem Geschäftsbericht vollzogen.

Da zum Zeitpunkt der Fertigstellung allerdings klar war, dass dieser Bericht nicht mehr gedruckt, sondern nur noch digital zur Verfügung gestellt wird, wurden auch umfangreichere Texte beim Redigieren nur zurückhaltend gekürzt.

Die Veröffentlichung zu diesem späten Zeitpunkt ist dennoch weit mehr als die Erfüllung einer Chronistenpflicht, denn auch die Jahre 2018 und 2019 waren für die Landeszentrale gespickt mit vielen spannenden Projekten und Maßnahmen.

Im Mittelpunkt standen dabei die Schwerpunktthemen Erstwählerkampagne zur Kommunalwahl 2019 „Wählen ab 16“, 70 Jahre Grundgesetz und 100 Jahre Frauenwahlrecht.

A handwritten signature in black ink that reads "Sibylle Thelen".

Sibylle Thelen

Direktorin

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Stuttgart, März 2025

Inhalt

1. Schlaglichter	
1.1 Erweiterung der Außenstelle Heidelberg	4
1.2 Ausgewählte Veranstaltungen.....	6
2. Schwerpunkte	
2.1 Erstwählerkampagne zu den Kommunalwahlen 2019	8
2.2 Jubiläum 70 Jahre Grundgesetz	14
2.3 Hundert Jahre Frauenwahlrecht.....	20
3. Demokratie stärken	
3.1 Stabsstelle „Demokratie stärken!“	26
3.2 Projekt „Läuft bei Dir!“	29
3.3 Fachbereich Team meX	32
3.4 Aktionstage „Netzpolitik und Demokratie“	34
4. Arbeitsfelder	
4.1 Schülerwettbewerb des Landtags	36
4.2 Freiwilliges Ökologisches Jahr	40
4.3 Gedenkstättenarbeit	44
4.4 Servicestelle Friedensbildung.....	48
5. Themen	
5.1 Baden-Württemberg	52
5.2 Integration	56
5.3 Medienpädagogik	58
5.4 Europa und Internationales	60
5.5 Bildungsreisen.....	64
6. Adressierte	
6.1 Menschen in prekären Lebenslagen.....	66
6.2 Kinder und Jugendliche.....	68
6.3 Schule und kommunale Jugendbeteiligung.....	70
6.4 Schülerinnen und Schüler.....	72
6.5 Wählerinnen und Wähler	76
6.6 Bürgerinnen und Bürger	78
7. Gedrucktes und Digitales	
7.1 Publikationen	82
7.2 Internet	88
7.3 Soziale Netzwerke	92
7.4 E-Learning.....	94
8. Tagungszentrum „Haus auf der Alb“.....	96
9. Kommunikation, Marketing und Vertrieb	102

ANHANG (ab Seite 104)

1. Zahl der Veranstaltungen 2015 bis 2019
2. Zahl der Teilnehmenden 2015 bis 2019
3. Teilnehmende nach Veranstaltungsarten 2018/2019
4. Veranstaltungen nach Arten 2018/2019
5. Veranstaltungen nach Zielgruppen 2018/2019
6. Veranstaltungen nach Themen 2018/2019
7. Veranstaltungen nach Dauer 2018/2019
8. Veranstaltungen nach Geschlecht und Art 2018/2019
9. Bekanntmachung
10. Mitglieder des Kuratoriums
11. Weitere Gremien der Landeszentrale
 - Beirat Reihe DEUTSCHLAND & EUROPA
 - Redaktion Zeitschrift POLITIK & UNTERRICHT
 - Förderbeirat Gedenkstättenarbeit
 - Beirat Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung
 - Beirat des Projekts der Baden-Württemberg Stiftung „Mit Zivilcourage gegen Extremismus“
 - Beirat / Steuerungsgruppe der Servicestelle Friedensbildung
 - Mitgliedschaft in externen Gremien
12. Partnerinnen und Partner (Auswahl)
13. Adressen der Zentralen für politische Bildung

Geschäftsbericht 2019

Herausgegeben von der
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Lautenschlagerstraße 20, 70173 Stuttgart
Telefon 07 11/16 40 99-0, Fax -77
E-Mail: lpb@lpb-bw.de

Internet: www.lpb-bw.de

Direktorin Sibylle Thelen

Redaktion: Nicole Lang
Layout/Satz: Klaudia Saupe

Bilder: LpB, soweit nicht anders angegeben
Grafiken im Anhang erstellt mit Datawrapper

März 2025

1.1 Erweiterung der Außenstelle Heidelberg



Panoramabild des neuen Shops der Außenstelle Heidelberg.

Mehr Raum für die politische Bildung – in Heidelberg

Viel Grund zum Feiern gab es in der Außenstelle Heidelberg am 5. Juli 2018. Nach einer mehrwöchigen Umbauphase wurden die erweiterten Räumlichkeiten ihrer Bestimmung übergeben und bieten nun nicht nur sprichwörtlich mehr Raum für politische Bildung in der kurpfälzischen Universitätsstadt. Der Einladung zur Einweihung der neuen Außenstelle folgten rund 60 Gäste, die ein abwechslungsreiches Programm mit Gesprächsrunden, einem Vortrag und musikalischem Rahmenprogramm erwartete.

Gleicher Standort, aber mehr Platz

Die Außenstelle befindet sich nach wie vor in der Plöck 22, erstreckt sich aber nun über vier statt bisher zwei Stockwerke. Die Anmietung des Erdgeschosses war dabei ein besonders großer Gewinn. In einem großen, hellen Raum mit direktem Zugang zur vielfrequentierten Plöck wurde der deutlich vergrößerte Shop der Außenstelle eingerichtet. Hier finden interessierte Bürgerinnen und Bürger alle Publikationen der Landeszentrale sowie ausgewählte Zeitschriften und Bücher der Bundeszentrale für politische Bildung in einem ansprechenden Ambiente. Im Vergleich zum bisherigen Verkaufsraum im ersten Obergeschoss ist der Zugang nicht nur barrierefrei möglich, sondern durch den direkten Eingang von der Straße aus auch deutlich niedrigschwelliger. Für die Durchführung von Veranstaltungen steht nun ein großer Seminarraum im Erdgeschoss zur Verfügung. Während der bisherige Veranstaltungsraum im dritten Obergeschoss maximal 20 Personen – und damit meist keine Schulklasse – fasste, können nun bis zu 50 Personen in der Außenstelle tagen, lernen oder Vorträgen lauschen. Im ebenfalls neu angemieteten Kellergeschoss steht ein weiterer Raum etwa für Gruppenarbeiten zur Verfügung.

Einweihung mit rund 60 Gästen

Der Einladung zur Einweihung der neuen Außenstelle folgten bei strahlendem Sommerwetter rund 60 Gäste. Neben LpB-Kuratoriumsmitglied Julia Philippi MdL waren Partnerinnen und Partner der Außenstelle aus der Rhein-Neckar-Region, zahlreiche Kolleginnen und Kollegen anderer Standorte der Landeszentrale sowie viele freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Außenstelle Heidelberg gekommen. Als Ehrengäste konnten drei ehemalige Leiter der Außenstelle Heidelberg, Karl Heinz Nesor, Dr. Ernst Lüdemann und Wolfgang Berger, begrüßt werden. Alle Gäste machten ausgiebig Gebrauch von der Möglichkeit, die neuen Räumlichkeiten zu besichtigen und ihr politisches Wissen am Glücksrad zu testen. Bei Gebäck, gekühlten Getränken und einem Glas Sekt wurde schon vor dem Start des offiziellen Programms im neuen Seminarraum ausgiebig diskutiert.

Direktor Lothar Frick dankte in seiner Eröffnungsrede der Landtagsverwaltung, Vermögen und Bau (Amt Mannheim und Heidelberg) und der Evangelischen Stadtmission Heidelberg e. V. als Vermieterin für die Möglichkeit der Anmietung sowie die schnelle und unkomplizierte Umsetzung der Maßnahme. In zwei Gesprächsrunden

den zur Zukunft der schulischen und außerschulischen politischen Bildung kam der damalige Leiter der Außenstelle Heidelberg, Robby Geyer, ins Gespräch mit Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern der Außenstelle aus Schule, Hochschule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. In ihrem abschließenden Vortrag gab Professorin Dr. Monika Oberle, die aus Göttingen angereist war, einen Einblick in die aktuellen Herausforderungen in der politischen Bildung aus wissenschaftlicher Perspektive. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung durch Johanna Schneiderhöhn, freie Mitarbeiterin der Außenstelle, an der Querflöte, begleitet von Paul Hafner am Piano. Ein besonderes Highlight war die Dokumentation der Eröffnungsfeier als „Graphic Recording“ von Franziska Rufflair, dessen Entstehung alle Gäste mit Begeisterung mitverfolgten. Das beeindruckende Ergebnis schmückt heute nicht nur diese Seite, sondern erinnert auch in den neuen Räumlichkeiten der Außenstelle an den gelungenen Eröffnungstag.



„Graphic Recording“ der Eröffnungsfeierlichkeiten.



Gespräch unter Kollegen.



Ehemalige Leiter und die aktuelle Leiterin der Außenstelle Heidelberg, Regina Bossert, im Kollegenkreis.

1.2 Ausgewählte Veranstaltungen



Pausengespräche während einer Veranstaltung. Foto: Adobe Stock

Vielfältige Themen und Adressaten

Die Landeszentrale hat in den Jahren 2018 und 2019 jährlich über 1.000 Veranstaltungen durchgeführt. Der vorliegende Geschäftsbericht gewährt Einblicke in die Vielfalt von Themen und Adressaten. Im folgenden Kapitel finden sich herausragende Beispiele für Veranstaltungsformate, Kooperationspartner und Akteure.



Jahresgespräch mit Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung

Zum „Jahresgespräch Politische Bildung“ am 16. Mai 2019, eine Veranstaltung des Landesnetzwerks Politische Bildung Baden-Württemberg in Kooperation mit dem „StadtPalais – Museum für Stuttgart“, war als Gastredner Thomas Krüger nach Stuttgart gekommen. Der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) nahm eine eindrucksvolle Standortbestimmung vor. Drei gesellschaftliche Entwicklungen bestimmten der-

zeit auch die politische Bildung: eine Renaissance des Nationalen, die „Durchdigitalisierung“ der Lebensbereiche und die Unterrepräsentation bestimmter Bevölkerungsgruppen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dem letztgenannten Punkt, auch unter dem Begriff „Identitätspolitik“ diskutiert, galt seine besondere Aufmerksamkeit – scheinbar hier doch die Kritik lauter zu werden, sie vertrete Partikularinteressen von Minderheiten auf Kosten der Allgemeinheit. Es gehe nicht darum, so Krüger, in der Gesellschaft Eindeutigkeiten und den permanenten Konsens zu leben. Dissens und gesellschaftliche Antagonismen gehörten als unabdingbarer Teil zu einem funktionierenden Gemeinwesen dazu. Dieser Dissens dürfe jedoch weder Selbstzweck sein noch zu einer dauernden Selbstvergewisserung verkommen. Dann, so Krüger, sei die sachliche Auseinandersetzung nicht mehr möglich. Die politische Bildung sei hier der „Platzhalter für kontroverse Aushandlungsprozesse“; sie sei allerdings auf die Bereitschaft angewiesen, eigene Standpunkte auch zu überdenken, zumindest zu bedenken. Die anschließende Diskussion im Stuttgarter Stadtpalais moderierte Monika Renninger, Leiterin des Evangelischen Bildungszentrums Hospitalhof, Stuttgart.

IFG-Days Baden-Württemberg mit dem Landesdatenschutzbeauftragten

Zu den „1. IFG-Days Baden-Württemberg“ lud der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Dr. Stefan Brink, im Juni 2019 nach Stuttgart ein. In Kooperation mit „FragDenStaat“ und der LpB konnten zwei Tage lang wichtige Fragen rund um das Informationsfreiheitsgesetz diskutiert werden. Ein fachkundiges Publikum sorgte für einen lebendigen und intensiven Austausch mit den Expertinnen und Experten aus Politik, Verwaltung, Verbänden und privaten Initiativen – ob in Workshops, Vorträgen, bei individuellen Beratungen, in „Denkräumen“ oder Barcamps.

Sommerklausur mit der Evangelischen Akademie Bad Boll in Bad Urach

Zur Sommerklausur trafen sich die Studienleiterinnen und Studienleiter der Evangelischen Akademie Bad Boll vom 17. bis 19. Juli 2019 im Tagungszentrum „Haus auf der Alb“

in Bad Urach. Einer der drei Klausurtagungsdienste erstmals dem fachlichen und kollegialen Austausch mit den Referentinnen und Referenten der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg – über Fragen, die beide Einrichtungen gleichermaßen bewegen. Wie lässt sich erkennen, dass die geleistete Arbeit politisch und gesellschaftlich auch wirksam ist? Als Impuls diente der Vortrag von Prof. Dr. Maren Lehmann von der Zeppelin-Universität Friedrichshafen, „Wie tickt Gesellschaft? Wie ereignen sich politische Veränderungsprozesse? Wie lassen sich Veränderungsprozesse messen?“.

Tagungsreihe „Zukunft der Bibliotheken“

Nicht nur die Bibliotheken müssen sich angesichts des digitalen Wandels neu positionieren, sondern auch zahlreiche andere Einrichtungen. Von deren Überlegungen und Erfahrungen zu lernen, stand im Fokus der Tagung 2018 mit dem Titel „Von anderen lernen“, zu der Referierende aus den Bereichen Journalismus, Museum, Architektur, Biblio-

thek und soziokulturelle Animation eingeladen waren. Auch die Tagung im Jahr 2019 „Liegt das Geld auf der Straße? Förderwege für Bibliotheken“ hatte einen sehr praktischen Fokus und stellte Möglichkeiten zusätzlicher Finanzquellen mit dem Schwerpunkt Projektförderung für öffentliche Bibliotheken vor.

Tagung „Schutz der Privatheit – Schutz der Demokratie“

Die Tagung „Schutz der Privatheit – Schutz der Demokratie“ im November 2019 befasste sich mit der Frage, wie die Digitalisierung unser gesellschaftliches Zusammenleben beeinflusst und welche Auswirkungen die Digitalisierung auf die Privatheit hat. Kai Strittmatter, langjähriger Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in Peking, stellte das „Social Scoring“ in China vor. Mit Dr. Jessica Heesen von der Universität Tübingen und dem Forum Privatheit diskutierten die Teilnehmenden, was der Schutz der Privatheit mit dem Schutz der Demokratie zu tun hat.

Gute Noten und gesellschaftliches Engagement – der Gemeinschaftskundepreis der LpB

Seit 2018 gibt es den Gemeinschaftskundepreis der Landeszentrale. Schülerinnen und Schüler mit besonderen Fachleistungen und gesellschaftlichem Engagement erhalten die Auszeichnung, die mit Unterstützung des Kultusministeriums und der Schulverwaltungen in den Regierungspräsidien jährlich vergeben wird. Der Preis hebt die besondere Bedeutung der politischen Bildung als Teil der schulischen Bildung an Gymnasien und beruflichen Voll-

zeitschulen hervor. Er möchte zu demokratischem Denken und Handeln ermutigen und die aktive Teilhabe von jungen Menschen in Politik und Gesellschaft unterstützen. 123 Abiturient:innen konnten zum Ende des Schuljahres 2018 eine Urkunde mit Buchpreis in Empfang nehmen. 193 Schülerinnen und Schüler wurden 2019 ausgezeichnet, und zum Abschluss des Schuljahres 2020 gab es schon 203 Preisträgerinnen und Preisträger – trotz der Einschränkungen durch die Pandemie.

Seit 2019 richtet sich der Schulpreis auch an Absolventinnen und Absolventen von Beruflichen Gymnasien und Berufsoberschulen. Diese Schularten schließt der Preis – hier als „Geschichte-mit-Gemeinschaftskunde-Preis“ – seither ausdrücklich mit ein. Bewerben können sich somit die allgemein bildenden Gymnasien, die Beruflichen Gymnasium und die Berufsoberschulen in Baden-Württemberg mit je einem Vorschlag aus ihren Abschlussjahrgängen.

2.1 Erstwählerkampagne zu den Kommunalwahlen 2019



Postkartenmotiv zur Erstwählerkampagne.

Erstwählerkampagne „Wählen ab 16“

Wie können möglichst viele Erst- und Jungwählende über ihr Wahlrecht und die Grundlagen der Kommunalpolitik informiert werden? Wie können sie motiviert werden, dieses Wahlrecht auch auszuüben? Antworten unter anderem auf diese Fragen sollte die Erstwählerkampagne zur Kommunalwahl 2019 „Wählen ab 16“ geben.

Kampagne für Erstwählende zwischen 16 und 22

Angesprochen werden sollten Erstwählende im Alter von 16 bis 22 Jahren, vorrangig die über 200.000 Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren in Baden-Württemberg. Um alle Kommunen in Baden-Württemberg zu erreichen und eine möglichst hohe Akzeptanz bei den Jugendlichen zu erzielen, sollte wie schon 2014 ein breites überparteiliches Bündnis unter Federführung der Landeszentrale für politische Bildung und des Landesjugendrings, in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen und Organisationen gebildet werden. Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL übernahm die Schirmherrschaft der Kampagne.

Ziel war nicht nur eine hohe Wahlbeteiligung. Durch die Verknüpfung von schulischen und außerschulischen Bildungsträgern auf der kommunalen Ebene sollte neben der Flächenwirkung auch eine möglichst große Nachhaltigkeit bei der Vermittlung politischer Kompetenz und der Stärkung der Eigenaktivität vor Ort erreicht werden.

Ein Sommer
ohne
Freibad?

Über das Freibad bestimmt deine Kommune.
#meinestimmezählt

Möglichst in allen Gemeinden und Städten Baden-Württembergs sollten im Rahmen der Kampagne lokale Erstwählerbündnisse entstehen, die sich unter anderem aus Schulen, außerschulischen Bildungsträgern, den Jugendringen und -verbänden sowie zivilgesellschaftlichen Einrichtungen zusammensetzten.

Angebote für schulische und außerschulische Bildungsträger

Die Kampagne sollte neben speziell auf Jugendliche ausgerichteten Informationen (Publikationen, Online) vor allem spielerische Lernangebote (Planspiele, Speed-Dating, Testwahl) umfassen. Dazu entwickelte die Landeszentrale Angebote und Ideen, die den Partnern sowie den lokalen Bündnissen zur Verfügung standen:

- Es wurden Arbeitsmaterialien und Argumentationshilfen für Teamerinnen und Teamer, Unterrichtsmaterialien für Schulen sowie allgemeine Informationen (Textvorlagen, Informationsgrafiken) zur Kommunalwahl in Digital- und Papierform zur Verfügung gestellt, um über die Thematik zu informieren und Jugendliche zu motivieren.

- Die Landeszentrale unterstützte die Partner durch einen Kampagnen-Katalog, die Kampagnen-Website, Social-Media-Angebote, die Qualifizierung und den Einsatz von Teamerinnen und Teamern sowie durch Beratung und Öffentlichkeitsarbeit.
- Die genaue Ausgestaltung und Schwerpunktsetzung der Aktionstage erfolgte in Absprache mit den Partnern vor Ort, die für einen Aktionstag anfragten. Die Kosten der Aktionstage wurden in der Regel durch Kommunen und Schulen getragen. War dies nicht möglich, übernahm die Landeszentrale die Kosten für die Teams und in besonderen Fällen konnte über die Landeszentrale auch ein zusätzlicher finanzieller Zuschuss erfolgen.

Veranstaltungen in allen vier Regierungsbezirken

Zur Organisation der Erstwählerkampagne hatte die Landeszentrale regionale Stellen eingerichtet, die

in den vier Regierungsbezirken die Angebote und Rückfragen koordinierten und die Einsatzplanung der Teams übernahmen. So entstand ein breites Angebot an Aktionstagen. Im April und Mai 2019 fanden in vielen Gemeinden, Städten und Landkreisen Veranstaltungen statt, insgesamt waren es 369 Veranstaltungen. Dies entspricht im Vergleich zur Kampagne 2014 einer Steigerung von über 42 Prozent.

Jugendliche konnten sich so mit aktuellen kommunalen, aber auch allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Themen auseinandersetzen. Die angebotenen Formate konnten nach den eigenen Bedürfnissen und Vorstellungen kombiniert werden. Zu den inhaltlichen Angeboten kamen praxiserprobte Methoden der Aktivierung und Hinführung sowie der Ergebnissicherung hinzu. Kontroversität war bei allen Formaten ein bestimmendes Merkmal und durch die Handlungsorientierung wurden abstrakte Konzepte und Themen für Jugendliche greifbar.



Angebotskatalog zur Erstwählerkampagne.

Veranstaltungen 2014/2019

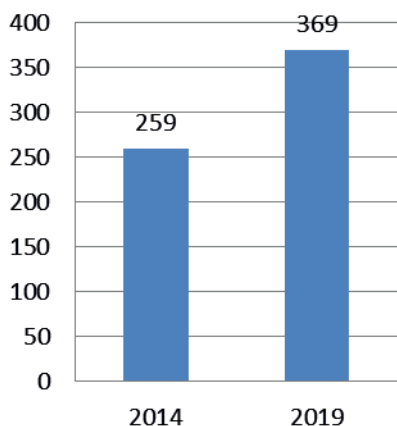


ABBILDUNG 1: VERANSTALTUNGEN 2014/2019

Regionale Verteilung der Veranstaltungen

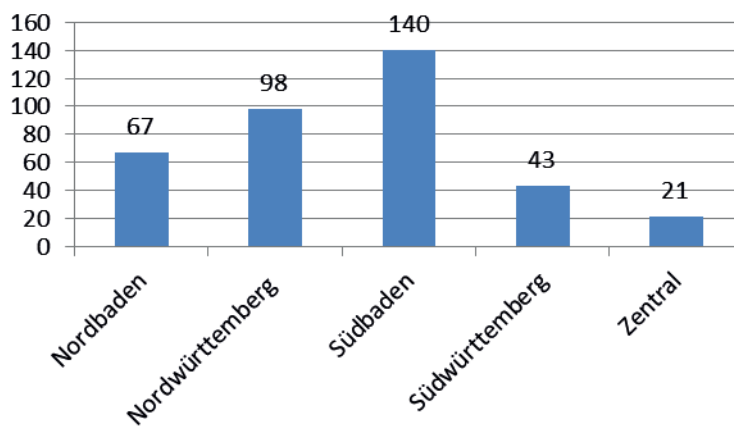


ABBILDUNG 2: REGIONALE VERTEILUNG DER VERANSTALTUNGEN

Im Vergleich zur Erstwählerkampagne 2014 fanden 2019 42 Prozent mehr Veranstaltungen statt und zwar in allen 4 Regierungsbezirken.

2. SCHWERPUNKTE

Peer-to-Peer-Ansatz

Dabei spielte der direkte Kontakt der Teamerinnen und Teamer zu den Jugendlichen (Peer-to-Peer) eine wichtige Rolle. Die vom Landesjugendring, der Landesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit und der Landesvereinigung kultureller Jugendbildung getragene Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung und die Landeszentrale für politische Bildung qualifizierten didaktisch und fachlich Teamerinnen und Teamer. Dabei wurde ganz auf den Peer-to-Peer-Ansatz gesetzt. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren halfen jungen Menschen, sich mit den Themen (kommunale) Demokratie und Wahlberechtigung auseinanderzusetzen. Die geschulten Teams sollten in möglichst vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen in Baden-Württemberg Aktionstage durchführen.

Beispiele für Formate

Für Schulklassen aller weiterführenden Schulen ab Klasse 8 sowie für Erst- und Jungwählerinnen und -wähler wurden Aktionstage bzw. Politische Tage zu den Kommunalwahlen angeboten. Die Formate reichten von Informationsveranstaltungen über Workshops und Planspiele bis zu Mitmach- und Beteiligungsformaten und Diskussionsveranstaltungen verschiedenster Art mit den Kandidierenden.

Workshopformate nahmen dabei mit 48 Prozent den Großteil ein. Innerhalb dieser stachen insbesondere zwei Formate heraus: „Kommunal zur Wahl“ und „Das erste Mal im Wahllokal“, die zusammen 78 Prozent der Workshopformate darstellten. Bei den Planspielen erfreute sich „Du hast die Wahl in Wahlingen!“ mit über zwei Drittel aller Planspiele großer Beliebtheit. Hier gestalteten die Spielerinnen und Spieler einen kommunalen Wahlkampf



Von Schüler:innen organisierte Podiumsdiskussion im Capitol in Mannheim.



Mitglieder verschiedener SMVen nehmen an einer Veranstaltung zur Kommunalwahl teil.

und führten abschließend selbst eine Probewahl durch.

Darüber hinaus gab es Formate unter direkter Einbeziehung der Kandidierenden. Hierzu zählte etwa das Speed-Dating, bei dem sich Kandidierende innerhalb weniger Minuten in Kleingruppen den Fragen und Forderungen der Erstwähler:innen stellen mussten. Auch das For-

mat „Politik & Pizza“ war sehr beliebt, bei dem die potentiellen Gemeinderät:innen aus ihren Komfortzonen treten mussten, um sich bei einem Stück Pizza der einen oder anderen von den Jugendlichen selbst ausgedachten Herausforderung zu stellen.

Zu den Highlights der Erstwähler:innenkampagne im Regie-

rungsbezirk Karlsruhe zählten die Aktivitäten innerhalb Mannheims. So organisierten Schüler:innen des Johann-Sebastian-Bach-Gymnasiums mit Unterstützung und Beratung der Außenstelle Heidelberg eine von den Schüler:innen selbst gestaltete und moderierte Podiumsdiskussion der Spitzenkandidierenden Mannheims für die Schüler:innen der Stadt. Die Veranstaltung, die auch mit Unterstützung der Stadt im „Capitol“ Mannheim stattfinden konnte, gab es zweimal und war jedes Mal mit ca. 600 Personen voll belegt. Diese Podiumsdiskussion war zugleich der Startschuss für eine große Aktion in Mannheim, bei der die weiterführenden Schulen mit Infopaketen versorgt wurden, die neben erklärenden Plakaten und Infoheften auch Erinnerungspostkarten sowie weiteres Infomaterial zur Kommunalwahl enthielten.

Im Regierungsbezirk Tübingen wiederum fanden neben zahlreichen standardisierten Angeboten ebenfalls individuell zugeschnittene Veranstaltungen statt. In Kooperation mit dem Regierungspräsidium, den SMV-Beauftragten sowie den Landkreisen Alb-Donau, Ravensburg und Sigmaringen konnte an drei Orten in der Region „SMV – Du hast die Wahl!“ durchgeführt werden. Die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler konnten sich dabei zunächst spielerisch mit der eigenen Kommune auseinandersetzen. Im Speed-Dating mit den zuständigen Gemeinderät:innen wurde danach heiß diskutiert.

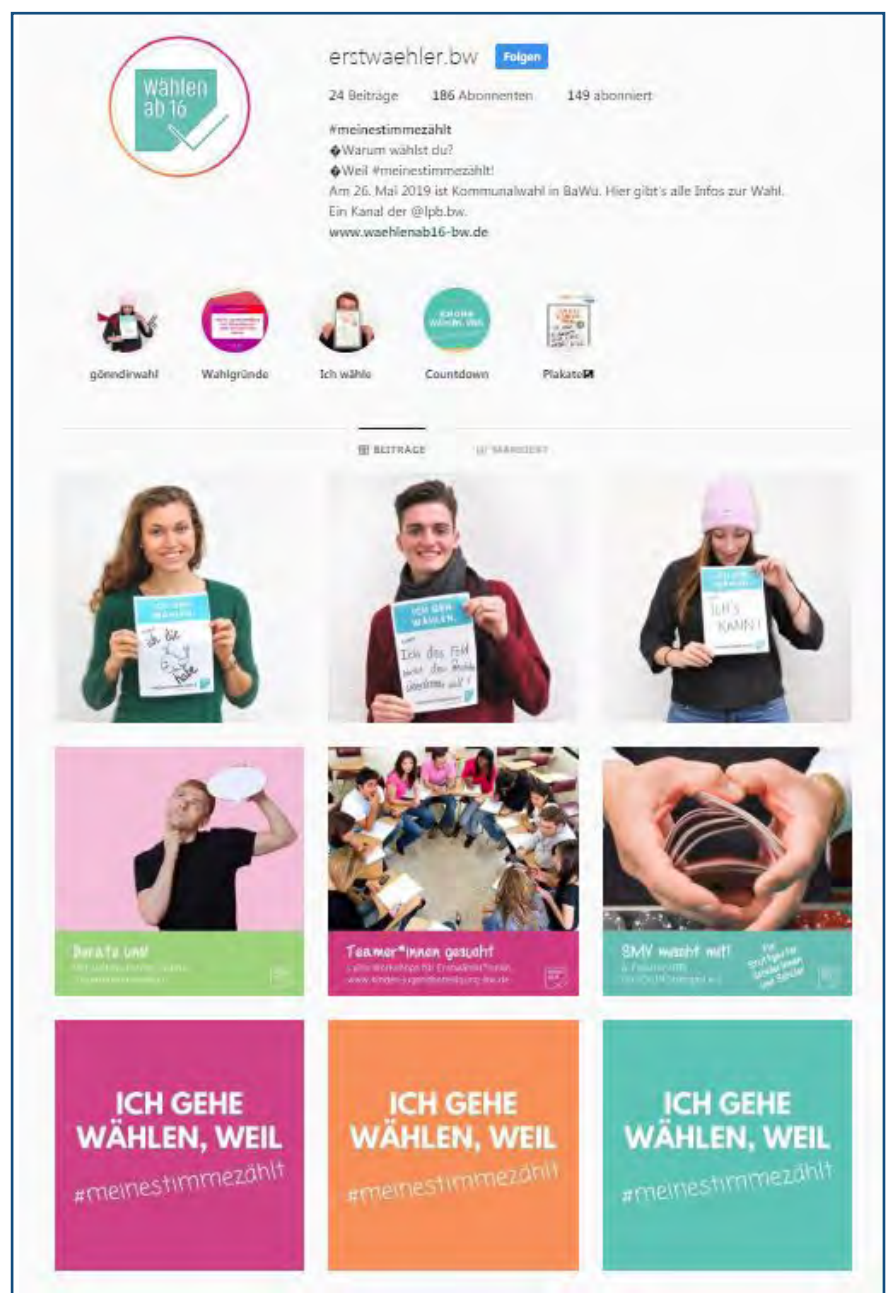
Für ein volles Haus sorgte der politischer Poetry-Slam in Überlingen. Die stimmungsvolle Veranstaltung fand in Kooperation mit dem örtlichen Jugendgemeinderat und dem Noltes Theater statt. Eine weitere Besonderheit was das Pub-Quiz im Tübinger Bierkeller. Mit

hilfe von bunten Fragen rund um die Kommunalpolitik konnte eine neue Zielgruppe erschlossen werden – Erstwähler:innen, die nicht in Bildungsinstitutionen wie Schule oder Universität eingebunden sind.

Präsenz auf Social Media

Um für Erstwähler:innen in den Social-Media-Kanälen Instagram, Facebook und YouTube präsent zu sein, wurden Filmclips entwickelt,

die zum einen den Wahlvorgang mit Kumulieren und Panaschieren darstellen und zum anderen Jugendliche auf die Wahl einstimmen und motivieren sollten. Mit dem Hashtag #meinstimmezählt sollten über Instagram Jugendliche aufgefordert werden, selbst aktiv zu werden, um andere junge Wählerinnen und Wähler anzusprechen und zur Wahl zu motivieren.



Instagram-Account zur Erstwählerkampagne 2019.

2. SCHWERPUNKTE

Kooperation mit der Jugendfeuerwehr Baden-Württemberg

Aber auch andere Initiativen stachen heraus: In Zusammenarbeit mit der Jugendfeuerwehr Baden-Württemberg wurden verschiedene Aktionen zum Thema Wahlen durchgeführt. Kaum eine andere Organisation ist so flächendeckend aufgestellt wie die Jugendfeuerwehr. Das heißt, die Jugendfeuerwehr kann auf viele Themen „vor der eigenen Haustür“ aufmerksam machen und in ihr sind viele engagierte Jugendliche quer durch alle sozialen Schichten organisiert. Start der Zusammenarbeit war die Delegiertenversammlung im September 2018 in Bad Mergentheim. Beim Kreisjugendwart und Kreisjugendsprecherseminar im Herbst 2018 und beim Landestreffen im März 2019 wurde das Thema vertieft und vorbereitet. Am 6. Mai 2019 startete eine Projektwoche zum Thema „Wahlen“.

Grundsätze für die politische Bildung bei Wahlen

Deutlich stärker noch als bei der Erstwählerkampagne 2014 spielten rechtliche Fragen für die Erstwählerkampagne 2019 eine wichtige Rolle. Das betraf zum einen den Rahmen für den Einsatz von Teams der Landeszentrale an Schulen und im außerschulischen Bereich. Zum anderen hatten viele Partner und Kommunen verstärkt Fragen zu rechtlichen Aspekten. In einzelnen Fällen wurden Veranstaltungen mit der Begründung, in den letzten Wochen vor der Wahl dürften keine Diskussionsveranstaltungen mit Kandidierenden stattfinden, abgelehnt oder abgesagt. Die Diskussion über einen „neutralen“ Unterricht und die Versuche verschiedener AfD-Politiker, so genannte Meldeportale „neutrale Schule“ einzurichten, auf denen Verstöße von Lehrkräften gegen das „Neutralitätsgebot“ angezeigt wer-

den sollten, führten zum Teil zu einer Verunsicherung bei Lehrkräften und Schulleitungen.

Vor diesem Hintergrund hat die Landeszentrale Grundsätze für die politische Bildung im Zusammenhang mit Wahlen veröffentlicht. Diese Grundsätze waren Grundlage für die Schulung der Teamerinnen und Teamer, aber auch eine wichtige Information für die Partner im Rahmen des Bündnisses.

Viele der Ziele konnten mit der Erstwählerkampagne erreicht werden. In einigen Bereichen sind die Beteiligten an Grenzen gestoßen, was politische Bildung umsetzen und bewegen kann. In anderen Bereichen konnte noch nicht die richtige Vorgehensweise eruiert werden.

Wichtig ist jedoch, dass die LpB mit der Erstwählerkampagne viele junge Menschen erreichen und für eine de-

mokratische politische Beteiligung begeistern konnte. Die Landeszentrale kann und muss solche Prozesse anregen und unterstützen, sie kann die Schnittstelle zwischen Bildungsträgern, Kommunen, staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft sein. Dabei muss sie ständig prüfen, ob sie dieser Aufgabe im nötigen Umfang nachkommt und ob sie ihre Mittel sinnvoll einsetzt.

Evaluation der Kampagne

Bei der Erstwählerkampagne wurden insgesamt etwa 500.000 Euro Haushaltsmittel und darüber hinaus in einem erheblichen Maß die Organisationskraft der Landeszentrale eingesetzt. Es gebietet sich schon vor diesem Hintergrund, zu prüfen, ob die eingesetzten Ressourcen effektiv, effizient und vor allem auch im Sinn der politischen Bildung eingesetzt wurden. Die LpB hat daher die Erst-



Die Erstwählerkampagne versuchte auch über Social-Media-Kanäle wie Instagram, Facebook und YouTube junge Menschen zum Wählen zu bewegen.

wählerkampagne 2019 evaluiert und damit auch Empfehlungen für künftige Kampagnen und Großprojekte der Landeszentrale erarbeitet.

Leider lag auch bei dieser Wahl nur für die Großstädte eine statistische Auswertung nach Altersgruppen vor. Da aber kleinere und mittlere Kommunen das Bild des Flächenlandes Baden-Württemberg prägen,

ist umso bedauerlicher, dass die geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen keine statistische Auswertung der Wahlbeteiligung zulassen.

Auch wenn unklar bleibt, ob es gelungen ist, mehr junge Menschen zur Beteiligung an der Wahl zu motivieren, so konnte die LpB doch neben einer umfassenden Information über Kommunalpolitik, Kommunal-

wahl und kommunale Jugendbeteiligung, eine große Nachhaltigkeit bei der Vermittlung politischer Kompetenz und der Stärkung der Eigenaktivität vor Ort erreichen.

Wirkungsevaluatin der Universität Göttingen

Neben der Evaluation der Ablaufprozesse und der Organisation hat die LpB dieses Mal versucht, den Einsatz und die Wirkung ihrer Formate zu evaluieren. Professorin Monika Oberle und Johanna Leunig von der Georg-August-Universität Göttingen haben diese „Wirkungsevaluation“ übernommen.

Insgesamt wurden vierzig Veranstaltungen der Erstwählerkampagne begleitend evaluiert, in denen unterschiedliche Veranstaltungsformate durchgeführt wurden. Die Datenerhebung erfolgte mittels eines standardisierten Fragebogens. Das Sample umfasste 841 Jugendliche (52,3 Prozent weiblich, Altersdurchschnitt 16,33 Jahre), die sowohl an der Prä- als auch an der Post-Erhebung teilgenommen haben. Die Befragung erfolgte stets unmittelbar vor bzw. nach Durchführung der Veranstaltung, wobei die Fragebögen dank eines Codes anonymisiert und dennoch den einzelnen Teilnehmenden zuordenbar waren.

Zusätzlich erfolgte sechs bis acht Wochen nach Durchführung der Veranstaltung eine Follow-Up-Erhebung, um die Nachhaltigkeit der Effekte zu untersuchen (N=191 Schülerinnen und Schüler).

Insgesamt äußerten die Jugendlichen eine hohe Zufriedenheit mit der Veranstaltung und ihren Effekten. So waren 87,7 Prozent der Teilnehmenden zufrieden (35,6 Prozent sogar „sehr zufrieden“) mit der erlebten Veranstaltung. Besonders zufrieden waren sie mit der jeweiligen Leitung (91,3 Prozent) und den zur Verfügung gestellten Materialien (91 Prozent), aber auch der Durchführung insgesamt (89,8 Prozent). Es zeigte sich, dass die Veranstaltungen insgesamt positiv bewertet und die Lerneffekte von den Jugendlichen selbst hoch eingeschätzt wurden.

Obwohl Schülerinnen und Schüler mit einem vorab höheren Interesse an Kommunalpolitik die Veranstaltungen grundsätzlich positiver bewerteten, zeigte sich, dass auch die Gruppe der vorab sehr desinteressierten Schülerinnen und Schüler profitierte. So waren diese Jugendlichen insgesamt durchaus mit der Veranstaltung zufrieden und äußerten ebenfalls einen subjektiven Lerneffekt.

Die Prä-Post-Mittelwertvergleiche offenbarten starke Zuwächse beim subjektiven Wissen, dem wahrgenommenen Alltagsbezug von Kommunalpolitik sowie beim objektiven kommunalpolitischen Wissen. Bemerkenswert ist, dass sich die durchaus bedeutsame Veränderung im kommunalpolitischen Interesse insgesamt nicht im generellen politischen Interesse zeigte.

Die Follow-Up-Analysen zeigten, dass 63,8 Prozent der wahlberechtigten Schülerinnen und Schüler nach der Intervention tatsächlich wählen waren. Von den Schülerinnen und Schülern, die an der Wahl teilgenommen haben, gaben 60,4 Prozent an, dass die LpB-Veranstaltung ihnen bei ihrer Wahlentscheidung geholfen habe. Knapp über die Hälfte (52,4 Prozent) wurde zudem in ihrer Wahlentscheidung bestärkt. Bei manchen hat die Intervention auch zu einer Veränderung der Wahlentscheidung geführt (15,9 Prozent).

Insgesamt bestätigen die Ergebnisse, dass die Erstwählerkampagne bei den Teilnehmenden zahlreiche der angestrebten Wirkungen (Wissen, Motivationen, Einstellungen, Handlungsbereitschaften) erzielen konnte. Sie liefern zugleich Anhaltspunkte für die Weiterentwicklung der eingesetzten Formate.

2.2 Jubiläum 70 Jahre Grundgesetz



Der Bundespräsident und seine Ehefrau mit Vertreterinnen und Vertretern der LpB und des Projekts „Läuft bei Dir!“. (v. l. n. r.): Lothar Frick, Stefanie Beck (beide LpB), Frank-Walter Steinmeier, Raphael Ratzel (Teilnehmer „Läuft bei Dir!“ von in.be.we Emmendingen), Elke Büdenbender, Julia Wieber (Teilnehmerin „Läuft bei Dir!“ von in.be.we Emmendingen) und Christoph Dahl (Geschäftsführer Baden-Württemberg Stiftung).

Unsere Verfassung feiert Jubiläum

Der 23. Mai ist ein Pflichttermin für die politische Bildung. 1949 wurde an diesem Tag in Bonn das Grundgesetz verkündet. 70 Jahre später, im Jahr 2019, beging die Landeszentrale dieses besondere Jubiläum mit zahlreichen Veranstaltungen.

Die Würde des Einzelnen im Mittelpunkt

Vor dem Hintergrund des Scheiterns der Weimarer Republik und zwölf Jahren nationalsozialistischer Terrorherrschaft setzten sich die Väter und Mütter des Grundgesetzes zum Ziel, der neuen Bundesrepublik eine Verfassung zu geben, deren Dreh- und Angelpunkt die Würde jedes Einzelnen ist. Ganz bewusst stellten sie mit Artikel 1 den wichtigsten Satz des Grundgesetzes an den Anfang: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Sie schufen damit unmittelbar geltendes Recht für alle staatliche Gewalt. Einst als Provisorium gedacht, hat sich das Grundgesetz als Wertefundament und Hausordnung unserer Demokratie bewährt. Umfragen belegen: Das Grundgesetz ist in der politischen Kultur des Landes eine hoch geachtete Fundamentalnorm.

Im Jahr 2019 feierte das Grundgesetz seinen siebenzigsten Geburtstag. Die Feierlichkeiten rund um diesen besonderen Jahrestag bewegten sich vor

allem entlang zweier Fragestellungen: Zum einen stand im Mittelpunkt, wie das Grundgesetz und seine Werte im Kontext einer menschenrechtsorientierten und zeitgemäßen Demokratiebildung vor allem jungen Menschen nahegebracht werden können. Zum andern stand das Jubiläumsjahr 2019 unter dem Eindruck des Erstarkens rechtspopulistischer Strömungen. Weltweit befinden sich fast alle Demokratien westlicher Prägung in einem Stresstest. Wie widerstandsfähig sind also die deutsche Demokratie und das Grundgesetz angesichts populistischer Herausforderungen und einer veränderten Öffentlichkeit im Zeichen von Hass und Hetze? Zum besagten Stresstest tragen aber auch weitere Herausforderungen bei: der demographische Wandel, die Globalisierung, eine Europäische Union unter Druck und nicht zuletzt Fragen nach der fortschreitenden Digitalisierung und dem damit verbundenen Schutz der informationellen Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Dass weniger als ein Jahr später die CO-

VID-19-Pandemie zu historisch bislang einmaligen Beschränkungen unserer Grundrechte führen würde, war zu diesem Jahrestag noch nicht zu ahnen.

Einladung ins Schloss Bellevue

Anlässlich des Grundgesetzjubiläums lud Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 22. Mai 2019 unter dem Motto „16 Ideen für ein gelebtes Grundgesetz“ Projekte der aufsuchenden Demokratiebildung zu einem Empfang ins Schloss Bellevue ein. Mit dabei war auch das LpB-Projekt „Läuft bei Dir! Werte. Wissen. Weiterkommen.“

Fachtagung im Haus auf der Alb

Die 1933 mit einem Zivilisationsbruch zerstörte Demokratie wurde nach 1945 mühsam wieder aufgebaut und 1949 mit dem Grundge-

setz auf eine erstaunlich wandlungs- und widerstandsfähige Grundlage gestellt. Vor welchem historischen Hintergrund aber ist das Grundgesetz entstanden? Wie hat sich das Narrativ über die bundesdeutsche Demokratie im Laufe der Jahrzehnte verändert? Wie zukunftsfähig ist das Grundgesetz angesichts neuer Herausforderungen, die 1949 nicht abzusehen waren? Diesen und anderen Fragen ging eine Fachtagung am 27. und 28. März 2019 im „Haus auf der Alb“ nach. Eingebettet in die mit Experten und Expertinnen aus ganz Deutschland besetzte Tagung war eine öffentliche Abendveranstaltung in der Georg-Goldstein-Schule in Bad Urach, die im Rahmen der von Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL initiierten Gesprächsreihe „WERTSACHEN – Was uns zusammenhält“ stattfand. Im Zentrum

des Abends stand Art. 79 Abs. 3, über den Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing, unter dem Titel „Scheinbar legale Aushöhlung verhindern: Die Ewigkeitsklausel im Grundgesetz“ referierte. Beim anschließenden Podiumsgespräch unterhielten sich Prof. Dr. Münch und Prof. Dr. Otfried Höffe (Tübingen) mit Johann Schimon, einem Schüler der Georg-Goldstein-Schule, über seine Perspektiven auf das Grundgesetz und dessen Gefährdungen. Eine ausführliche Dokumentation der Tagung und Abendveranstaltung findet sich unter www.gedenkstaetten-bw.de/tagung-70-jahre-gg-2019#c49944.



Gesprächsreihe WERTSACHEN am 27. März 2019 in der Georg-Goldstein-Schule in Bad Urach. Die Gesprächsgäste (v.l.n.r.): Johann Schimon (Georg-Goldstein-Schule), Moderatorin Gigi Deppe (SWR), Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL, Prof. Dr. Ursula Münch (Tutzing) und Prof. Dr. Otfried Höffe (Tübingen).



Prof. Dr. Reinhold Weber (LpB), Christa Linsenmaier-Wolf (Kulturgemeinschaft Fellbach), Oberbürgermeisterin Gabriele Zull und Prof. Dr. Norbert Lammert (v.L.n.r.) am 22. Mai 2019 in der Schwabenlandhalle in Fellbach.

Norbert Lammert in Fellbach

Für den Vorabend des Grundgesetzgeburtstages war es der LpB in Kooperation mit der Stadt Fellbach und der Kulturgemeinschaft Fellbach gelungen, den früheren Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert in die Schwabenlandhalle zu locken. Vor 1.100 Gästen betonte Lammert die „geniale Konstruktion“ des Grundgesetzes und ging der Frage nach, warum sich unsere Verfassung als so stabil erweisen konnte. Auch er stellte in den Mittelpunkt seines Vortrags den „atemberaubenden Satz“ aus Art. 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Festakt am 23. Mai 2019 im Landtag

Das Grundgesetz als Kulturgut stand im Mittelpunkt der achten Veranstaltung der Reihe „WERTSA-

CHEN – Was uns zusammenhält“, bei der die LpB Kooperationspartnerin des Landtags ist. Knapp 700 Gäste kamen ins Parlament, um die außergewöhnliche Gratulation zum 70. Geburtstag des Grundgesetzes zu erleben: Die Direktorin des Deutschen Literaturarchivs Marbach, Prof. Dr. Sandra Richter, nahm sich das Grundgesetz als Text vor und faszinierte die Zuhörenden durch ungewöhnliche Aspekte. Poetisch sei der Text ja, so Professorin Richter, aber ganz so einfach sei es dann doch nicht: Siebzig Jahre Grundgesetz bedeuteten auch siebzig Jahre Textinterpretations- und Literaturgeschichte des Grundgesetzes. Selten seien Politik und Literatur so Hand in Hand gegangen wie im Falle des Grundgesetzes. Doch auf andere Weise als durch Verschmelzung: „Die Literatur betrachtet und

thematisiert argwöhnisch, was aus dem Wertekanon wird.“ Richter zog Schlussfolgerungen für eine vielfältige Gesellschaft: „Wir müssen uns immer wieder über unseren Wertekanon verständigen und uns darauf einschwören, wenn wir ihn ernst nehmen.“

Frühstückskurs „Politik für Early Birds“: 70 Jahre Grundgesetz

Anlässlich des Jubiläums des Grundgesetzes organisierte die Außenstelle Freiburg an vier Terminen im Mai 2019 einen Frühstückskurs für Interessierte, um sich bereits früh morgens vor der Arbeit intensiv mit Politik beschäftigen zu können. Unter dem Motto „Politik für Early Birds“ wurden Vorträge über Entstehung, Personen, Politik und die Aktualität des Grundgesetzes gehalten:

2. Mai 2019: 70 Jahre Grundgesetz, 70 Jahre „geglückte Demokratie“: Zur Entstehung unserer Verfassung

9. Mai 2019: Grundrechte. Gleichberechtigung. Gleichstellung. Die Mütter des Grundgesetzes und Artikel 3 GG

16. Mai 2019: Die Europäische Union vor den Wahlen und vor neuen Herausforderungen

23. Mai 2019: Das Grundgesetz hat heute 70. Geburtstag: Feiern wir die beste Verfassung der Welt?

In Zusammenarbeit mit Katholischen Bildungswerken und Volkshochschulen in Baden-Württemberg wurden darüber hinaus Vorträge mit dem Thema „70 Jahre Grundgesetz. Geburtstag. Glückwünsche. Gedanken zu Genese und Gestaltung un-

serer Verfassung“ in Freiburg-Hochdorf, St. Peter und Ludwigsburg angeboten. Inhaltlich beschäftigten sich die Vorträge mit der Entwicklung, Entstehung und Bedeutung des Grundgesetzes. Ziel war es herauszufinden, was das Grundgesetz besonders und einzigartig macht. Am 11. Mai 2019 präsentierte Sebastian Schnoy aus Berlin in Ettenheim sein politisches Kabarettprogramm unter dem Titel „Und plötzlich Demokratie“.

Weitere Veranstaltungen zum Grundgesetzgeburtstag

18. Mai 2019: Exkursion in der Landeshauptstadt: „Ein Hauch von Gold – oder der lange Weg zur Demokratie“. Mit Theodor Heuss als

Wegbegleiter auf den Spuren der Demokratiegeschichte in der Landeshauptstadt.

23. Mai 2019: „70 Jahre Grundgesetz. Wie eine „verordnete Verfassung“ zum deutschen Wunderkind wurde“. Vortrag von Danijel Paric, POLIS Institut Stuttgart

21. September 2019: Exkursion nach Brackenheim: „70 Jahre Grundgesetz – 70 Jahre Demokratie“. Auf den Spuren der Väter und Mütter des Grundgesetzes in der Geburtsstadt des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss, u. a. mit einem Gespräch mit Rolf Kieser, dem früheren Bürgermeister Brackenhaims



Prof. Dr. Sandra Richter, Direktorin des Deutschen Literaturarchivs in Marbach am Neckar, hielt am 23. Mai 2019 im Landtag von Baden-Württemberg den Festvortrag zum 70. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes.

2. SCHWERPUNKTE

14. bis 18. Oktober 2019: Bildungsreise in die alte Bundeshauptstadt: „Bonn. Bundesrepublik. Bescheidenheit. Begegnungen.“ Außenstelle Freiburg in Kooperation mit der Badischen Zeitung.

1919 bis 2019: 100 Jahre Demokratie in Deutschland

Neben den 70. Grundgesetzgeburtstag trat im Jahr 2019 ein zweites, für die Demokratiegeschichte in Deutschland historisch bedeutsames Jubiläum: Am 31. Juli 1919 wurde von der Weimarer Nationalversammlung die erste demokratische Verfassung Deutschlands verabschiedet. Verbunden damit war das nach jahrzehntelangem Kampf erungene Wahlrecht für Frauen.

In vielerlei Hinsicht gibt es direkte Verknüpfungen zum Grundgesetz: Die Weimarer Reichsverfassung war für die Mütter und Väter des Grundgesetzes Vor- und Gegenbild

zugleich. Zahlreiche Grundgesetzartikel gehen im Kern auf die Weimarer Verfassung zurück, aber der Parlamentarische Rat, der 1948/49 tagte und das Grundgesetz erarbeitete, zog eben auch Konsequenzen aus den Konstruktionsfehlern von Weimar, wenngleich sich die Weimarer Republik nicht an ihren unzulänglichen Verfassung gescheitert ist, sondern an den wirtschaftlichen und politischen Krisen der Zwischenkriegszeit und vor allem am mangelnden Engagement der Bürgerinnen und Bürger für die Demokratie.

Viele der Väter und Mütter des Grundgesetzes hatten darüber hinaus selbst die 1920er-Jahre aktiv politisch gestaltet, das Scheitern der Demokratie miterlebt, unter dem Terror der Nationalsozialisten gelitten und als Schöpfer der bundesrepublikanischen Verfassung aus die-

sen Erfahrungen Konsequenzen gezogen.

Mit dem berühmten Satz des Soziologen Oskar Negt als Motto – „Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss“ – fanden 2018/19 zwei Veranstaltungen in Kooperation mit der VHS Stuttgart statt, die im Jahr 2019 ebenfalls ihren hundertjährigen Gründungstag feierte:

26. Oktober 2018: „1918-2018: Demokratie im Stresstest – gestern und heute?“ mit Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL, dem Publizisten Dr. Wolfgang Niess und der Abiturientin Clara Deifel.

18. März 2019: „Demokratie im Zeichen der digitalen Revolution – Chance oder Gefahr?“



Grundgesetz und Deutschlandfahne. Foto: Adobe Stock

WERTSACHEN – Was uns zusammenhält.

2017 initiierte Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL die Gesprächsreihe WERTSACHEN. Dabei geht es darum, so die Landtagspräsidentin, „sich mit der Basis unseres Zusammenlebens auseinanderzusetzen, nämlich mit Grundgesetz und Landesverfassung“. Ziel ist es, die wichtigen Grundlagen unseres Zusammenlebens zu beleuchten, lebendig werden zu lassen und damit eine Wertediskussion anzustoßen. Mit den Gesprächsabenden soll Aufmerksamkeit und Neugierde geweckt werden für die in der Verfassung versammelten Grundrechte. „Wir wollen deutlich machen, dass Grundrechte auch Wertsachen sind – Wertsachen jenseits des Materiellen, jedoch von höchster Bedeutung“, so Muhterem Aras.

2018 und 2019 fanden im Rahmen der Gesprächsreihe folgende Veranstaltungen statt, bei der die LpB Kooperationspartnerin war:

6. Februar 2018, Ravensburg

Art. 4 GG: „Die Freiheit des Glaubens [...] und [...] des religiösen [...] Bekenntnisses sind unverletzlich.“

u. a. mit Eberhard Stolz (Präsident des Verfassungsgerichtshofs für das Land Baden-Württemberg), Anna Katharina Hahn (Schriftstellerin, Stuttgart) und Prof. Dr. Hubert Wolf (Universität Münster)

23. Mai 2018, Stuttgart

69 Jahre Grundgesetz

u. a. mit Heribert Prantl (Journalist und Publizist, München) und Prof. Dr. Jutta Allmendinger (Berlin)

17. Oktober 2018, Singen

Art. 11 der Landesverfassung: „Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.“

u. a. mit Feridun Zaimoglu (Schriftsteller, Kiel), Kerstin Schuldt (Leiterin des Hegau-Gymnasium) und Raphael Kraus (Ausbildungsbotschafter, Singen)

27. März 2019, Bad Urach

Art. 79 Abs. 3 GG: „Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.“

u. a. mit Prof. Dr. Ursula Münch (Tutzing), Prof. Dr. Otfried Höffe (Tübingen) und Johann Schimon (Georg-Goldstein-Schule Bad Urach)

23. Mai 2019, Stuttgart

70 Jahre Grundgesetz

u. a. mit Prof. Dr. Sandra Richter (Direktorin des Deutschen Literaturarchivs Marbach am Neckar)

20. November 2019, Königsbrunn

Art. 20 Abs. 4 GG: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

u. a. mit Prof. Dr. Peter Steinbach (Wissenschaftlicher Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin), Léonie Claire Breinersdörfer (Drehbuchautorin und Rechtsanwältin) und Dr. Ines Mayer (Zweite Vorsitzende des Vereins Gedenkstätten KZ Bisingen)

Eine umfassende Dokumentation der Veranstaltungen im Rahmen der Gesprächsreihe „WERTSACHEN – Was uns zusammenhält.“ von 2017 bis 2019 finden Sie unter www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/informationmaterial/Wertsachen-Doku_2021_Web.pdf

2.3 Hundert Jahre Frauenwahlrecht



Beate Dörr (Fachbereich „Frauen und Politik“, LpB) mit dem Roll-up zur Kampagne „Frauen wählen – Frauen zählen. 100 Jahre Frauenwahlrecht in Baden-Württemberg“.

Kampagne zu 100 Jahren Frauenwahlrecht

2019 feierten die erste deutsche Demokratie und das Frauenwahlrecht 100. Geburtstag. Im November 1918 wurde in Deutschland das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht eingeführt. Am 5. Januar 1919 konnten Frauen in Baden erstmals wählen und gewählt werden, eine Woche später die Württembergerinnen. Am 19. Januar 1919 schließlich fanden die Wahlen zur Nationalversammlung statt. Um an diesen bedeutenden Schritt auf dem Weg zur Gleichberechtigung zu erinnern, wurde anlässlich des 100. Jubiläums im Jahr 2019 die landesweite Kampagne „Frauen wählen – Frauen zählen“ mit über 460 Veranstaltungen in mehr als 90 Kommunen durchgeführt.

100 Jahre Frauenwahlrecht – ein zentrales Datum der Demokratiegeschichte

Bei diesem Datum handelt es sich allerdings keineswegs nur um einen Jahrestag neben anderen, sondern um ein zentrales Datum der Demokratiegeschichte. Aktuelle Debatten um gesellschaftliche Grundwerte und stärker werdende antidemokratische Strömungen zeigen derzeit, dass es um mehr geht. Das Jubiläum bot sich deshalb an, Bilanz zu ziehen über Erreichtes und noch nicht Erreichtes. Gleichzeitig sollte mit ihm die Diskussion um Demokratie, Gleichberechtigung und die Gefährdung dieser Errungenschaften vorangetrieben werden. Für die politische Bildung also Grund genug, das Wahlrechtsjubiläum öffentlichkeitswirksam zu begehen!

Wie so oft wurden auch in diesem Fall frauenpolitisch Engagierte aktiv: Der Fachbereich Frauen

und Politik und das Netzwerk Frauen & Geschichte Baden-Württemberg hatten bereits 2017 Multiplikatorinnen aus Landesgeschichte, Bildungsarbeit und Frauenpolitik vernetzt, um Ideen für Aktionen zum Wahlrechtsjubiläum zu sammeln und publik zu machen. Vertreterinnen und Vertreter aus Landesfrauenrat, kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Universitäten, kirchlichen Akademien, Kulturämtern, Frauengeschichtswerkstätten und dem Ministerium für Soziales und Integration überlegten, wie 2018 und 2019 im Land als Jahre der Demokratie und des Frauenwahlrechts verankert werden könnten. Dabei sollte es um die historische Aufarbeitung und um aktuelle Fragen gehen. Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen war mit Einführung der Demokratie noch lange nicht erreicht und über die politische Teilhabe von Frauen wird weiterhin gestritten – etwa rund um die gescheiterte Reform des

baden-württembergischen Landtagswahlrechts 2018. Das Jubiläum bot sich als Aufhänger für unterschiedliche Aktivitäten geradezu an. Über einen langen Zeitraum – so die Vision – sollten möglichst viele Kommunen im Land zum Thema Wahlrecht und Demokratie bespielt werden.

Landesweite Kampagne mit über 460 Veranstaltungen in mehr als 90 Kommunen

Aus der Projektgruppe wurde der „Koordinationskreis 100 Jahre Frauenwahlrecht“ mit weiteren Fachleuten aus Frauenbildung, Wissenschaft, Mädchenarbeit, Archiven und Museen. Eine Abfrage bei Bildungs- und Kultureinrichtungen nach dem Interesse an Aktivitäten zum Wahlrechtsjubiläum ergab Rückmeldungen aus dem ganzen

Land, eine Fülle von Ideen – und viel Bedarf an inhaltlicher und finanzieller Förderung.

Ohne substantielle Unterstützung hätte die Lenkung dieser Vorhaben die Ressourcen des LpB-Frauenfachbereichs und des Koordinationskreises weit überstiegen. Entlastend war daher die Unterstützung durch das Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg, das Personal- und Sachmittel für eine landesweite Kampagne „100 Jahre Frauenwahlrecht in Baden-Württemberg“ bewilligte. Anfang 2018 wurde eine Koordinierungsstelle zur Steuerung des Projekts beim Ministerium eingerichtet, in deren Lenkungskreis der Fachbereich Frauen und Politik wichtige fachliche Aufgaben übernahm.

Ein ebenfalls vom Ministerium aufgelegtes Förderprogramm unterstützte über fünfzig Vorhaben zum Wahlrechtsjubiläum und zur politischen Teilhabe von Frauen im Land. Der Internetauftritt der Kampagne (www.frauenwahlrecht-bw.de) bot den Akteurinnen und Akteuren eine Plattform, Hintergrundinfor-

mationen, Interviews mit Zeitzeuginnen sowie Unterlagen für die Öffentlichkeitsarbeit. Auf der Website zeigte eine interaktive Landkarte, wo überall im Land Projekte organisiert wurden. Dazu zählten die unterschiedlichsten Formate: Vorträge, Ausstellungen, Podiumsdiskussionen, Stadtrundgänge, Kunst-Aktionen, Mitmach-Veranstaltungen lokalhistorische Projekte, Radiosendungen, intergenerative Erzählcafés, Filmvorführungen, Konzerte, Theater und Kabarett, Sing-Workshops, Poetry Slams, Festakte und ein politisches Nachtgebet.

Für die Landkarte gemeldet wurden über 460 Veranstaltungen in über 90 baden-württembergischen Kommunen. Veranstaltende waren kommunale Gleichstellungsbeauftragte, kirchliche Träger, lokale Bündnisse, Volkshochschulen, Gewerkschaften, Parteien, Mädcheninitiativen, Jugendgemeinderäte, Filmclubs und der Landesfrauenrat Baden-Württemberg. Im November 2019 fand die Kampagne mit einer großen Veranstaltung im Stuttgarter Stadtpalais ihren feierlichen Abschluss.



LpB-Materialien „Zeitleiste“ und „Postkarten-Set“ zum 100-jährigen Jubiläum des Frauenwahlrechts.



Kreatives Wirken beim Theaterseminar zum Motto „100 Jahre Frauenwahlrecht: Wir wählen Chancengleichheit!“.

Das Jubiläum in der LpB

„100 Jahre Frauenwahlrecht“ wurden auch innerhalb der LpB begangen. So stand der jährlich stattfindende Frauentag für die weiblichen Beschäftigten am 8. März 2018 unter diesem Motto und bot Beiträge der Stuttgarter Frauengeschichtsforscherin Mascha Riepl-Schmidt und des LpB-Frauenfachbereichs.

Neue Materialien zum Jubiläum

In Kooperation mit dem Fachbereich „Politische Landeskunde“ entstanden zum Jubiläum neue Materialien, die für großen Absatz und begeisterte Rückmeldungen sorgten:

- Die **Zeitleiste** „Der Weg zu Frauenwahlrecht und Demokratie“ zeichnet den beharrlichen Einsatz von Frauen für Wahlrecht und politische Teilhabe seit der Französischen Revolution bis heute nach.
- Das **Postkarten-Set** „Wegbereiterinnen der Demokratie im Südwesten“ porträtiert engagierte frühe Parlamentarierinnen aus Baden und Württemberg.

- Das **Faltblatt** „Internationaler Frauentag – Frauenrechte im Mittelpunkt“ erinnert an die Geschichte dieses Tags, der seit 1911 auf die Notwendigkeit von Wahlrecht und Gleichberechtigung für Männer und Frauen erinnert.

Mediennachfragen, Vorträgen und Workshops zum Jubiläum

Der Fachbereich „Frauen und Politik“ erlebte 2018/19 einen regelrechten Ansturm aus Presse, Funk und Fernsehen. Gefragt waren Statements, Interviews und Aufsätze. Die größte Reichweite erzielte dabei ein Gespräch mit der Fachbereichsleiterin Beate Dörr, das am 12. November 2018, dem Geburtstag des Frauenwahlrechts, in den heute-Nachrichten des ZDF zu sehen war.

Groß war auch die Nachfrage nach Vorträgen und Workshops zum Wahlrechtsjubiläum. Noch selten war die Reisetätigkeit im Frauenfachbereich so hoch wie im Jubiläumsjahr, es ging zu Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen in Volkshochschulen, kirchlichen

und kommunalen Einrichtungen im Land. Neben historischen Informationen boten die Abende immer auch eine Analyse der aktuellen Situation. Sichtbar wird dies an einigen Vortragstiteln:

- 100 Jahre Frauenwahlrecht – Was hat das mit uns zu tun? (Neckarsulm, Rottweil)
- 100 Jahre Wahlrecht für Frauen – und wo stehen wir heute? (Stuttgart)
- 100 Jahre Frauenwahlrecht – Wählen ja – Teilhabe nein? (Hechingen, Weingarten)

Vorträge von Expertinnen

Für manche Anfragen konnte dabei auf Expertinnen aus dem Netzwerk des Fachbereichs zurückgegriffen werden. Im Rahmen von Kooperationsveranstaltungen referierte etwa in Mannheim Prof. Dr. Sylvia Schraut zu „Gesetz trifft Geschichte – Schaffen Gesetze Lebensrealitäten?“ oder die Kulturwissenschaftlerin Kerstin Hopfensitz an mehreren Orten zu „100 Jahre Frauenwahlrecht – Ende der Kostümie-

nung!“ – ein Vortrag dazu, welche politischen Botschaften Kleidung heute und vor hundert Jahren transportiert. Dieser erreichte auch eine Gruppe langzeitarbeitsloser Frauen in einem Stuttgarter Beschäftigungsprojekt.

Besonders feierlich war am 30. November 2018 der Festakt in den Tübinger Museumssälen mit Vortrag („Das Recht, Rechte zu haben. Rückblick auf eine turbulente Geschichte zwischen Emanzipation und Gewalt“ von Prof. Dr. Ute Gerhard, Bremen), Theater und Musik.

Theaterprojekt

Das regelmäßig vom Frauen-Fachbereich organisierte Theaterprojekt stellte sich 2018 dem Motto „100 Jahre Frauenwahlrecht: Wir wählen Chancengleichheit!“. Die Teilnehmenden spürten den Pionierinnen des Wahlrechts nach und ergründeten, wieviel Mut und Beharrlichkeit es vor 100 Jahren brauchte, um dieses Grundrecht zu erkämpfen. Das Prinzip der Theaterseminare, kein fertiges Theaterstück umzusetzen,

sondern eigene Szenen zu entwickeln, bewährte sich auch hier.

Edit-a-thon auf Wikipedia

Um die Wegbereiterinnen der Demokratie auch in der Online-Enzyklopädie Wikipedia sichtbar zu machen, organisierte der Frauen-Fachbereich mit Unterstützung der Wikimedia Deutschland den Edit-a-thon „Stimmen für die Demokratie – 100 Jahre Frauenwahlrecht“. Start dieses Wochenendes in der Stadtbibliothek Stuttgart war der 30. November 2018: Hundert Jahre zuvor war das Reichswahlgesetz in Kraft getreten, mit dem in Deutschland das allgemeine und gleiche Wahlrecht eingeführt wurde. Als Jubiläumsgast sprach Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL über die Frage „Ist politische Beteiligung (k)eine Frage des Geschlechts?“. Nicht nur in der Politik, sondern auch im Online-Lexikon Wikipedia sind Frauen heute noch immer unterrepräsentiert: Längst nicht alle Pionierinnen des Wahlrechts haben hier einen Eintrag. Während der marathoni-



Flyer zum dritten Frauenmahl in Bad Boll.

ähnlichen Schreibwerkstatt wurden deshalb neue Artikel über Politikerinnen verfasst und gesichtet. Der Stuttgarter Edit-a-thon war Teil einer Reihe, die anlässlich des Wahlrechtsjubiläums in mehreren Großstädten durchgeführt wurde.

Filmseminare und Kino-Schulvorstellungen

Ein beliebtes Format im Kontext des Wahlrechtsjubiläums waren Filmseminare bzw. Kino-Schulvorstellungen. Sie erreichen auch Jugendliche mit wenig Berührung zu historisch-politischen Themen. Beim Filmfest „FrauenWelten“ diskutierte Beate Dörr 2018 und 2019 mit Schulklassen in Tübingen über den Spielfilm „Die göttliche Ordnung“, der die späte Einführung des Frauenwahlrechts in der Schweiz im Jahr 1971 thematisiert.

„Frauen und die Wahlen – immer noch eine Baustelle“ war im Herbst 2018 Titel einer Kooperationsveranstaltung mit der Gewerkschaft ver.di. Gut achtzig Gäste kamen zu Vortrag, Film und Diskussion. Studierende der Hochschule der Medien interviewten die Referentinnen und bauten dies in ihr Filmprojekt zur politischen Partizipation von Frauen ein. In die Filmproduktion



Sabine Keitel (LpB), Dozentin Elisabeth Skrzypek, Stadtbibliotheksdirektorin Christine Brunner, Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL, Wikipedia-Autor Rudolf Simon und Wikipedia-Administratorin Petra Mayerhofer (v.l.n.r.) beim Wikipedia-Edit-a-thon in der Stuttgarter Stadtbibliothek.

2. SCHWERPUNKTE

eingestiegen ist auch eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern, die 2018 im Rahmen eines Ferien-Film-Workshops in der LpB einen eigenen Video-Clip zum Thema drehten.

Neben eigenen Veranstaltungen war der Fachbereich auch mit Infoständen zum Wahlrechtsjubiläum im Land präsent, etwa beim Mädchen-spektakel Göppingen, zu dem im März 2019 Hunderte Mädchen zu Workshops, Begegnung und Infos zusammenkamen, oder im selben Monat beim Heidelberger Infomarkt „Wege von Frauen in die Politik“.

Intellektuell und kulinarisch anregend war das Frauenmahl „Recht und Raum für Frauen in der Demokratie – 100 Jahre Frauenwahlrecht – und nun?“ mit einem Redebeitrag der LpB im November 2019 in Bad Boll.

Internationale Perspektive

Dass neben Deutschland auch die Vereinigten Staaten 2019 auf 100 Jahre Frauenwahlrecht zurückschauen, war Anlass für einen Blick über den deutschen Tellerrand: Unter dem Motto „Ladies‘ Choice – 100 Jahre Frauenwahlrecht“ organisierte das Deutsch-Amerikanische Zentrum (DAZ) in Stuttgart in Kooperation mit der LpB eine Veranstaltungsreihe. „Pink Wave, Pink Future?“ war der Titel einer Talkrunde mit Prof. Dr. Greta Olson und einer Aktivistin des Women’s March im März 2019. Besprochen wurden aktuelle politische Entwicklungen in den USA nach den US-Kongresswahlen, bei denen viele Frauen, auch aus schwarzen und hispanischen Bevölkerungsgruppen, ein Mandat erhielten. Im Juni 2019 lockte der englischsprachige Vortrag „Why 100 Years of U.S. Female Suffrage Isn’t Enough“ mit Prof. Dr. Joyce Mushaben zahlreiche Studierende in die LpB.



LpB-Infostand beim Heidelberger Infomarkt „Wege von Frauen in die Politik“.

Aktionstag „Alle mischen mit – Teilhabe gerecht gestalten“

Ein Novum in der Landeszentrale war der Aktionstag „Alle mischen mit – Teilhabe gerecht gestalten“ am 4. Juli 2019 in der Erinnerungsstätte Salmen in Offenburg: Konzipiert und durchgeführt wurde er fachbereichsübergreifend von der LpB-Abteilung „Demokratisches Engagement“. Zusammen mit Kulturamt und Gleichstellungsbeauftragter der Stadt Offenburg realisierte die LpB ein abwechslungsreiches Programm rund um das Jubiläum „100 Jahre Frauenwahlrecht und Beginn der Demokratie in Deutschland“. Gleichzeitig erinnerte der Tag daran, dass die Gleichberechtigung von Männern und Frauen wie auch die Garantie, dass niemand wegen Geschlechts, Abstammung, Sprache, Herkunft, Glauben oder politischen Anschauungen benachteiligt werden darf, erst 1949 als Grundrecht in Artikel 3 des Grundgesetzes verankert wurde.

Impulse zur Geschlechtergerechtigkeit setzte ein lebendiger Kurzvortrag von Manuela Rukavina. Die anschließende Talkrunde unter anderem mit der Landtagspräsidentin

Muhterem Aras MdL und der langjährigen Offenburger Oberbürgermeisterin Edith Schreiner bot Debattenstoff. Neben der Erfolgsgeschichte unserer Demokratie wurden hier auch die immer noch bestehenden Defizite (nicht nur) bei der Repräsentanz von Frauen und anderen Bevölkerungsgruppen aufgezeigt. „Als ich 1978 aus der Türkei nach Deutschland kam, dachte ich, das sei das Paradies der Gleichberechtigung“, erinnerte sich die Landtagspräsidentin. Ernüchtert habe sie später festgestellt, dass noch zehn Jahre später nur zehn Prozent Frauen im baden-württembergischen Landtag saßen. Die Bloggerin Kea von Garnier schilderte, wie stark sie im Netz mit Sexismus konfrontiert wird. Es gibt nach wie vor viel zu tun und Demokratie muss immer wieder neu verteidigt werden – auch das zeigten die Erfahrungen in der Runde. Zum Abschluss des Abends nutzten Jüngere und Ältere die Aktionsstände mit Medien, Materialien und Mitmach-Möglichkeiten.

Fazit: Kampagne und Aktivitäten

Rückmeldungen von Kooperationspartnerinnen zeigen, dass die Kampagne „100 Jahre Frauenwahlrecht in Baden-Württemberg“ weit über



Der Aktionstag „Alle mischen mit - Teilhabe gerecht gestalten“ war ein Gemeinschaftsprojekt der Abteilung 3 „Demokratisches Engagement“ - hier das Projektteam.

zehntausend Menschen im Land erreicht hat. Doch Zahlen sind nicht alles. Auch inhaltlich haben die Aktivitäten einen Mehrwert erbracht:

- Landauf, landab wurde über Demokratie, Gleichberechtigung und Frauenrechte diskutiert.
- Vermittelt werden konnte, wie steinig der Weg zu politischen Rechten für Frauen war – und dass er immer noch nicht zu Ende ist.
- Bleiben werden Bücher, Broschüren und Filme zur Partizipation von Frauen. In manchen Kommunen wurden erstmals Namen und Lebensgeschichten der ersten Politikerinnen aus der Unsichtbarkeit geholt.
- Außerdem wurden Frauen und Mädchen ermutigt, sich stärker in Politik und Gesellschaft einzumischen und ihre Themen einzubringen.

In keinem anderen Bundesland gab es zum Wahlrechtsjubiläum so

viele Veranstaltungen von so vielen Akteur:innen. Das Jubiläum spiegelt damit auch das hohe Maß an zivilgesellschaftlichem Engagement von Frauen.

Dennoch war auch das Jubiläum kein Selbstläufer: Ohne das Engagement einzelner Frauen und Frauen-Initiativen wäre das wichtige Datum nicht so prominent ins öffentliche Gedächtnis gelangt. Frauenpolitisch Aktive mussten auch hier ihre Sache selbst in die Hand nehmen und energisch auf deren Bedeutung hinweisen. Wichtige Akteurinnen und Akteure glänzten im Jubiläumsjahr leider mit Abwesenheit und mangels größerer finanzieller Ressourcen konnten viele Ideen nicht in die Tat umgesetzt werden. Dennoch blicken die Beteiligten inner- und außerhalb der LpB mit Stolz auf das Jubiläumsjahr zurück. Zu Beginn war noch nicht absehbar, wie viele Menschen sich mit großem (oft unbezahltem) Einsatz und vielen Ideen einbringen würden. Zu hoffen bleibt, dass viel



von der Energie, der Kooperationsfreude und der Aufbruchsstimmung das Wahlrechtsjubiläum überdauert. Denn gerade in Sachen Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit ist das Ziel noch nicht erreicht.

3.1 Stabsstelle „Demokratie stärken!“



Die Teilnehmenden von „lokal vernetzen – demokratisch handeln“ wurden von Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL im Stuttgarter Landtag empfangen.

Bündelung von Maßnahmen

In Folge des Berichts des ersten NSU-Untersuchungsausschusses des Landtags von Baden-Württemberg (Drucksache 15-8000) hat die LpB die Stabsstelle „Demokratie stärken“ aufgebaut, die die allgemeine Extremismuspräventionsarbeit in Baden-Württemberg vernetzt, ganzheitlich weiterentwickelt und mit der Beteiligung von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren festigt. Die Stabsstelle bearbeitet gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und religiös begründete Ablehnungen und verankert die allgemeine Demokratiebildung mit vielfältigen Zielgruppen. Die Stabsstelle „Demokratie stärken“ bestand 2018 und 2019 aus den Fachbereichen „Team meX“, dem Landesprogramm „Demokratie stärken“ und dem Projekt der Baden-Württemberg Stiftung zur Demokratiebildung „Läuft bei Dir! Werte. Wissen. Weiterkommen“.

Demokratie stärken – Förderprogramme

Das Landesprogramm „Demokratie stärken“ fördert zivilgesellschaftliches und kommunales Engagement gegen Rechtsextremismus und für Demokratie. Instrumente sind dabei unter anderem Förderprogramme. Im Förderprogramm „lokal vernetzen – demokratisch handeln“ in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung und dem Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung konnten 2018 und 2019 zehn Projekte gefördert werden. Dieses Förderprogramm unterstützt lokale Projekte, die sich in ihrem Gemeinwesen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für Demokratie einsetzen. Die Projektpartnerinnen und -partner werden als Expertinnen und Experten ihrer Sache wahrgenommen, was bedeutet, dass die

Projektideen aus dem Gemeinwesen heraus entstehen und den Gegebenheiten vor Ort entsprechen. Durch die Gemeinwesenorientierung wirken die Projekte in die Gemeinden und Städte hinein, was durch eine lokale Vernetzung der Projektpartnerinnen und -partner verstärkt wird. Das Förderprogramm unterstützt durch Finanzmittel, Beratung und Qualifizierung lokale Akteure vor Ort in ihrer Arbeit für eine lebendige Demokratie. Zum Abschluss der Förderphase 2018/2019 wurden die Projekte von Landtagspräsidentin Muhterem Aras empfangen.

Aktionsfonds „Reflex“

Der Aktionsfonds „Reflex“ fördert unkompliziert und niedrigschwellig zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus. 2018 und 2019 konnten jeweils über 50 Projekte ermöglicht wer-

den: Die Spannweite reichte dabei von klassischen Vortragsveranstaltungen über Netzwerktreffen und Begegnungsangeboten bis hin zu Wettbewerben und Publikationen.

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Das Kolping Bildungswerk wurde 2018 und 2019 aus Mitteln des Landesprogramms unterstützt, um das Programm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ in Baden-Württemberg zu koordinieren. In Baden-Württemberg sind mittlerweile über 200 Schulen im Netzwerk vertreten. „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist ein Projekt für alle Schulmitglieder. Es bietet Schülerinnen und Schülern sowie Pädagoginnen und Pädagogen die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten. Und zwar, indem sie sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt einsetzen.

Stärkeberater:innen

Ebenfalls gefördert wurde der Landesverband Württemberg der Naturfreunde für das Projekt „Stärkeberater/innen“ im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Das Projekt bietet engagierten Mitgliedern die Möglichkeit, sich als ehrenamtliche NaturFreunde-Beraterinnen und -Berater ausbilden zu lassen. Ausgebildete Stärkeberaterinnen und -berater beraten NaturFreunde-Gliederungen in Konfliktsituationen, stoßen Änderungsprozesse an und systematisieren Ideen oder moderieren zum Beispiel Veranstaltungen.

Demokratie stärken – Bildungsangebote

Neben den Förderungen werden Bildungsangebote unter anderem in den Bereichen Prävention von Rechtsextremismus und Gruppen-



Titelblatt der Handreichung „Wahrnehmen – Benennen – Handeln“.

bezogener Menschenfeindlichkeit sowie Demokratiebildung entwickelt und durchgeführt. Ein Schwerpunkt in 2018 und 2019 war politische Bildung gegen Antisemitismus: In Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium und dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung ZSL (ehemals Landesinstitut für Schulentwicklung) ist die Handreichung „Wahrnehmen – Benennen – Handeln. Umgang mit Antisemitismus an Schulen“ entstanden, die inhaltliches Wissen, pädagogische Handlungsempfehlung und Unterrichtsmaterial gegen Antisemitismus beinhaltet. Sie ist im Oktober 2019 erschienen und mit Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte in Bad Wildbad begleitet worden. Die Inhalte der Handreichung wurden auf zwei Fachtagen für Lehrkräfte im Dezember 2018 und im Juli 2019 jeweils in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium vorgestellt. In Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum gegen Extremismus (konex) im Innenministerium wurden in 2019 die polizeilichen Ansprechpartner für die Isra-

elitischen Religionsgemeinschaften für die Wahrnehmung ihrer Aufgabe geschult. Mit der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus fanden 2018 und 2019 Fortbildungen zum pädagogischen Ansatz Widerspruchstoleranz gegen Antisemitismus statt.

Demokratiebildung und -entwicklung

Demokratiebildung und Demokratieentwicklung waren weitere Schwerpunkte der Bildungsarbeit im Rahmen von „Demokratie stärken“: In Kooperation mit der Servicestelle Friedensbildung und Diversity Works begann in 2019 erstmals in Baden-Württemberg eine Ausbildung zum Betzavta-Trainer. Das in Israel entwickelte Trainingsprogramm zur Demokratie- und Friedensbildung vermittelt Kompetenzen zum Erlernen und Begreifen eines demokratischen und friedlichen Miteinanders in der Gesellschaft. Für die Einführungslehrgänge für den mittleren Justizvollzugsdienst des Bildungszentrums Justizvollzug des Landes sind Seminareinheiten zum Thema „Grundlagen der Demokratie“ entwickelt worden, die seit 2018 in Anwendung sind.

Den Abschluss des Jahres 2019 bildeten drei Fachtage: Im November fand an der Hochschule Esslingen der Fachtag „Land in Sicht. Demokratiegestaltung innovativ qualifizieren“ statt, zu dem über 200 Teilnehmende erschienen waren. Der Fachtag war der Abschluss des gleichnamigen dreijährigen Projekts der Hochschule zur Bearbeitung undemokratischer Haltungen, pauschalisierender Ablehnungen, Diskriminierungen und Gewalt. Ebenfalls im November 2019 fand ein Fachtag in Kooperation mit dem Projekt „Openion“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung in den Räumen

der LpB in Stuttgart statt: „Demokratiebildung in Baden-Württemberg. Ein Fachtag zu den Chancen und Möglichkeiten der Kooperation zwischen Schulen und außer-schulischen Partnern.“ Die einhundert Teilnehmenden diskutierten mit den Referentinnen und Referenten sowie untereinander, wie die im Leitfaden Demokratiebildung angeregten Kooperationsmodelle in eine gute Praxis umgesetzt werden können. Den Abschluss bildet die Veranstaltung „Mädchen Muslimisch Mehr. Eine Fachtagung zu den Lebenswelten zwischen Diskriminierung und Empowerment“. In Kooperation mit der Aktion Jugendschutz, der LAG Mädchenpolitik, juma e. V. sowie dem Demokratiezentrum Baden-Württemberg konnten wiederum die Räume der LpB in Stuttgart genutzt werden.

Demokratische Antworten auf die Klimakrise

Ebenfalls im November 2019 fand im vollbelegten Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ die Fachtagung „Demokratische Antworten auf die Klimakrise“ statt. Auf Initiative der Fachbereiche der Stabsstelle konnte eine abteilungsübergreifende Veran-

staltung organisiert werden. Beteiligt waren unter anderem die Außenstelle Heidelberg, das Freiwillige Ökologische Jahr, der Fachbereich Jugend und Politik sowie der Fachbereich Politische Tage für den Regierungsbezirk Tübingen. Ausgangspunkt der Planungen waren die durch Demonstrationen von „Fridays for Future“ ausgelösten dringlichen Debatten über die Klimakrise sowie aktuelle Diskussionen über das Klimaschutzpaket der Bundesregierung. Demokratische Aushandlungsprozesse, die viele Beteiligte einbeziehen, sind häufig langsam. Sind sie schnell genug, um innerhalb des engen Zeitfensters Lösungen anzubieten? Sind sie in der Lage die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels für ihre Bürgerinnen und Bürger sozial abzufedern? Kann es weiter wirtschaftliches Wachstum geben, auch wenn verstärkt in den Klimaschutz investiert wird? Wie ist es zu bewerten, dass erstmalig CO₂ in Deutschland besteuert wird? Wichtige Impulse kamen nicht nur von den eingeladenen Referentinnen und Referenten. Auch unter den Teilnehmenden konzentrierte sich viel Expertise des Landes aus den Bereichen Wissenschaft,

Kommunalverwaltung und -politik, politische Bildung sowie sehr unterschiedlichen Teilen der Zivilgesellschaft. Das Publikum diskutierte zwei Tage mit den Referentinnen und Referenten und brachte seine Gedanken und Anregungen in den Tagungsverlauf mit ein. Insgesamt erfüllte die Veranstaltung zwei der zentralen Anliegen politischer Bildung: Begegnungen zu ermöglichen, die nicht von selbst im Alltag zu Stande kommen und den Raum zu schaffen, öffentlich über zentrale gesellschaftliche Konfliktfelder zu diskutieren. Eines trat während der Tagung deutlich zutage: die Bewahrung und Weiterentwicklung der Demokratien und der Klimaschutz dürfen nicht als Entweder-oder-Entscheidung gezeichnet werden, denn sie bedingen sich gegenseitig. Zum Abschluss der Veranstaltung blickten die Teilnehmenden auf die Tagung zurück und erarbeiteten in Gruppen jeweils eine gemeinsame Aussage, die sie als zentrale Botschaft aus der Tagung mitnehmen. Heraus kamen richtungsweisende Appelle, die zum Handeln aktivieren, wie zum Beispiel: „Wir brauchen Zeit und Mut. Wir haben keine Zeit, also sind wir mutig“.

3.2 Projekt „Läuft bei Dir!“



Ein Schüler der Robert Bosch Schule Zuffenhausen untersucht gemeinsam mit Staatsministerin Theresa Schopper den Escape Room „Hacker Attack“.

Angebote wertorientierter Demokratiebildung für Berufsschulen

Das Projekt „Läuft bei Dir! Werte. Wissen. Weiterkommen.“ steht für Angebote wertorientierter Demokratiebildung. Das Projekt richtet sich an Jugendliche, die am Übergang zwischen Schule und Beruf stehen sowie an pädagogische Fachkräfte, die in diesem Bereich arbeiten. Der Untertitel „Werte. Wissen. Weiterkommen.“ steht für einen pädagogischen Dreiklang aus Persönlichkeitsentwicklung, Wissenserwerb und Entwicklung von Handlungsfähigkeit, der dem Projekt zugrunde liegt. Neben dem intellektuellen Verständnis für Demokratie sollen persönliche Bezüge entdeckt und demokratische Handlungsweisen gelernt werden. Methodisch setzt das Projekt „Läuft bei Dir!“ dafür beispielsweise auf Biografiearbeit, Erlebnis- und Theaterpädagogik. „Läuft bei Dir! Werte. Wissen. Weiterkommen.“ ist ein Projekt der Baden-Württemberg Stiftung, das die LpB in Kooperation mit der Stiftung Weltethos durchführt.



Logo des Projekts „Läuft bei dir!“

Zielgruppe: Übergang von der Schule in den Beruf

Ungefähr 60.000 Jugendliche und junge Erwachsene befinden sich in Baden-Württemberg in Maßnahmen zur Integration in Ausbildung – in Bildungsgängen, Berufsgrundbildenden und Berufsvorbereitenden Programmen an Beruflichen Schulen oder in Maßnahmen der Agentur für Arbeit.

Diese Zielgruppe ist besonders heterogen bezüglich Alter, Sprachstand, Bildungsbiografie, etc. Daher gibt es wenig passende Unterrichtsmaterialien und kaum buchbare Veranstaltungsangebote für diese Zielgruppe. „Läuft bei Dir!“ entwickelt Angebote und Methoden, die durch die unterschiedlichen Lernzugänge die Diversität der Lerngruppen reflektieren.

Kick-off und Veranstaltungszahlen

Nach einer etwa einjährigen Konzeptionsphase stellte das Projekt „Läuft bei Dir!“ bei einer Kick-off Veranstaltung am 27. September 2018 an der Robert Bosch Schule in Stuttgart-Zuffenhausen drei Produkte vor:

- Der medienpädagogische Escape Room „Hacker Attack“ ist ein Spiel, bei dem Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen einen Hackerangriff verhindern müssen und dabei Medienkompetenz erwerben
- Das sechstägige Demokratietraining „Läuft bei Dir!“ richtet sich an berufsvorbereitende Maßnahmen sowie Vorbereitungsklassen und bietet Raum, Demokratie zu reflektieren und mit eigenen Erfahrungen zu verknüpfen.

- Das Lerntagebuch „Du bist dran!“ ist ein Buch zum kreativen Selbermachen mit Aufgaben zu einigen Grundrechten aus dem Grundgesetz und deren Bedeutung für das eigene Leben.

Mit dem Kick-off fiel der Startschuss für eine umfangreiche Veranstaltungsarbeit: Insgesamt haben in den Jahren 2018 und 2019 über 78 Seminargruppen das Demokratietraining „Läuft bei Dir!“ durchlaufen, mehr als 370 Schulklassen spielten den Escape Room „Hacker Attack“. Das Lerntagebuch „Du bist dran!“ liegt aufgrund der hohen Nachfrage zum Jahresende 2019 bereits in der dritten Auflage vor – durchschnittlich werden 1.000 Exemplare pro Monat bestellt.

Fortbildungen für Fachkräfte

Das Projekt „Läuft bei Dir!“ unterstützt pädagogische Fachkräfte, die

am Übergang zwischen Schule und Beruf arbeiten, mit ein- und mehrtägigen Fort- und Weiterbildungen. Das Angebot ist sehr umfangreich: Es gibt etwa Seminare zur Persönlichkeitsentwicklung als Ausgangspunkt der Ausbildung eines Selbstverständnisses als demokratische Bürgerin bzw. demokratischer Bürger. Zudem bietet das Projekt Fortbildungen zur Didaktik der politischen Bildung in einfacher und leichter Sprache an. Schließlich lassen sich Seminare über Erlebnispädagogik in der Stadt (City Bound) oder zum Einsatz der Methoden des Theaters der Unterdrückten zum Demokratielernen buchen.

„Hacker Attack“ auf der Messe Stuttgart

Der Escape Room „Hacker Attack“ wurde auf mehreren Fachtagungen vorgestellt. Ein Höhepunkt war die



Eindrücke vom Seminar „City Bound – Erlebnispädagogik in der Stadt“.

Präsenz auf dem „Morgenmacher-Festival“ vom 21. bis 24. November 2019. Am Stand der Baden-Württemberg Stiftung konnten sich Schülerinnen und Schüler, aber auch Laufpublikum im Raum an der Lösung des Rätsels versuchen. Insgesamt nahmen über 250 Personen an dem Spiel teil.



Eine Teamerin von „Läuft bei Dir!“ führt Teilnehmende in den Escape Room auf der Messe Stuttgart ein.



Demokratie heißt Interaktion: Teilnehmerin bei einer Fortbildung für Fachkräfte beim Selbstversuch im öffentlichen Raum.



Eindrücke vom Seminar „City Bound – Erlebnispädagogik in der Stadt“.

3.3 Fachbereich Team meX



Podiumsdiskussion mit den Referentinnen und Referenten der ersten zehn Jahre Team meX bei der Jubiläumsveranstaltung im November 2018 am Hauptsitz der LpB in der Lautenschlagerstraße 20 in Stuttgart.

Mit Zivilcourage gegen Extremismus

Der Fachbereich Team meX führt Veranstaltungen im Bereich Extremismusprävention für Jugendliche und Erwachsene durch. Die Bildungsangebote setzen sich mit extremistischen Ideologien auseinander, verdeutlichen die Gefahren, die von ihnen ausgehen und zeigen Perspektiven im Handeln gegen menschenverachtende Weltanschauungen auf.

Dazu gehören neben Aufklärung auch die Vermittlung demokratischer Werte und die Förderung von politischen und sozialen Handlungskompetenzen für eine zivilcourageierte Haltung.

Die angebotenen Veranstaltungen richten sich direkt an Schülerinnen und Schüler, aber auch an Erwachsene, die in Schule und Jugendarbeit tätig sind sowie an sonstige Interessierte.

Jubiläum 2018 – zehn Jahre Team meX

Im Jahr 2018 feierte das Team meX sein zehnjähriges Jubiläum. Der Einladung für das wochenendfüllende Programm folgten viele aktuelle und ehemalige Kooperationspartner, freie Mitarbeitende und Wegbegleiter des Team meX aus den ersten zehn Jahren seines Bestehens.

Die Jubiläumsveranstaltung am Hauptsitz der LpB in der Lautenschlagerstraße in Stuttgart begann am Freitag, 23. November 2018, mit Grußworten des Direktors der LpB Lothar Frick, von Birgit Pfitzenmaier, der Geschäftsführerin des Projektbereichs der BW Stiftung, von der das Team meX in



Mit Zivilcourage
gegen Extremismus



Freie Mitarbeitende bei einem Workshop des Team meX im „Haus auf der Alb“ in Bad Urach.

seiner Projektphase (2008-2014) gefördert wurde, und von Beate Bube, der Präsidentin der Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, welches seinerzeit Kooperationspartner des Team meX war.

Weiter ging es im Programm mit einem Vortrag von Prof. Dr. Rico Behrens zur Relevanz politischer Bildungsarbeit für die Extremismusprävention. Zum Abschluss des Veranstaltungsteils in Stuttgart gab es eine Podiumsdiskussion mit den Fachreferentinnen und Fachreferenten des Team meX aus den zehn vergangenen Jahren.

Die Fortsetzung der Veranstaltung folgte mit einem Wochenende im „Haus auf der Alb“ in Bad Urach, bei dem ehemalige und aktuelle Mitarbeitende die Gelegenheit zum inhaltlichen Austausch in verschiedenen Workshops sowie in Diskussionen im Anschluss an Filmvorführungen und Vorträgen nutzten.

Freie Mitarbeitende

Das Team meX besteht aktuell aus über 60 freien Mitarbeitenden. In den Jahren 2018 (33) und 2019 (26) wurden insgesamt 59 Menschen für die Durchführung von Bildungsangeboten des Team meX qualifiziert. Teilweise haben sich diese bereits in der Durchführung anderer Bildungsangebote des Team meX engagiert, zum großen Teil handelte es sich aber um neu hinzugekommene freie Mitarbeitende. Der große Bedarf an „wo*manpower“ für das Team meX ergibt sich aus der sehr hohen Nachfrage nach dessen Bildungsangeboten.

Deutliche Steigerung der Veranstaltungszahlen

Im Jahr 2018 konnte, wie bereits in den Jahren zuvor, der positive Trend stetig ansteigender Nachfrage nach Angeboten des Team meX aufrechterhalten werden. Das schlug sich entsprechend in den Veranstaltun-

zahlen nieder, die im Vergleich zum Vorjahr nochmals leicht (um 20 Veranstaltungen) auf 320 gestiegen sind und im Jahr 2019 auf über 420 Veranstaltungen anwuchs.

Dieser starke Zuwachs lässt sich mit gesellschaftlichen Entwicklungen, wie beispielsweise den rassistischen, antisemitischen und antifeministischen Terroranschlägen der vergangenen Jahre, die eine entsprechende Nachfrage an Bildungsangeboten nach sich zogen, erklären. Zudem hat das Team meX durch neue Bildungsangebote und Kooperationsprojekte ebenfalls eine höhere Nachfrage zu verzeichnen. Nicht zuletzt sind die hohen Veranstaltungszahlen jedoch sicherlich auch ein Indikator für das große Vertrauen, dass die freien Mitarbeitenden des Team meX bei pädagogischen Fachkräften in Schule und Jugendarbeit – nach zehn Jahren erfolgreicher Bildungsarbeit in der Extremismusprävention – zurecht genießen.

3.4 Aktionstage „Netzpolitik & Demokratie“



NETZPOLITIK & DEMOKRATIE

Bundesweite Aktionstage

Logo der bundesweiten Aktionstage „Netzpolitik & Demokratie“

Bundeskoordination durch LpB BW

Die bundesweiten Aktionstage „Netzpolitik und Demokratie“ gehen als Kooperationsprojekt der Zentralen für politische Bildung auf die Initiative der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt im Rahmen der „Bundesarbeitsgemeinschaft Online“ zurück. 2018 wurden sie von dieser zum ersten Mal bundesweit koordiniert. Vom 14. bis 16. November 2019 fanden die Aktionstage „Netzpolitik und Demokratie“ zum zweiten Mal statt. Die Rolle der Bundeskoordination lag dieses Mal bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und wurde federführend durch deren Social-Media-Redaktion ausgeübt.

Netzpolitische Fragen und Medienkompetenz

Das Themenfeld „Netzpolitik und Demokratie“ sollte mit den Aktionstagen stärker in den Fokus der Öffentlichkeit und in den der politischen Bildungsarbeit gerückt und für medienkulturelle, -politische, -rechtliche und -ethische Fragen sensibilisiert werden. Auch Medienkompetenz sollte durch viele Angebote gefördert werden.

Unter der Leitung der LpB BW wurde 2019 die Projekt-Website www.aktionstage-netzpolitik.de aktualisiert, erweitert und gepflegt – insbesondere die Bereitstellung einer praktikablen Veranstaltungsdatenbank stand hierbei im Fokus. Auf der LpB-eigenen Webseite überarbeitete die Internetredaktion die netzpolitischen Dossiers zu Hate Speech, Autonomem Fahren und Netzpolitik.

Social-Media-Konzept

Darüber hinaus wurde ein Social-Media-Konzept zur Bewerbung der zahlreichen Veranstaltungen sowie mit netzpolitischen Beiträgen ausgearbeitet, das im Zeitraum von Juli 2019 bis Februar 2020 über den Twitter-Kanal @AktionstageNetz, den

Facebook-Kanal @AktionstageNetzpolitik und über die LpB BW-Kanäle auf Twitter, Facebook und Instagram ausgespielt wurde – unter Verwendung des zentralen Hashtags #AktionstageNetzpolitik. Wöchentlicher Bestandteil waren drei Serien: das Digital.Quiz, die Auseinandersetzung mit kontroversen Artikeln zu netzpolitischen Themen sowie die Widersprüche zwischen analogen und digitalen Verhaltensweisen. Zudem entstand zusammen mit der Stabsstelle Kommunikation und Marketing ein Video-Clip als 60-Sekunden-Trailer zu den Aktionstagen für den YouTube-Kanal.

Bundesweit vielfältige Veranstaltungen

Mit insgesamt 76 Veranstaltungen, die sich auf 43 Städte in ganz Deutschland verteilten, waren die Themen der Veranstaltungen so vielfältig wie der Begriff Netzpolitik selbst: von Fake News und Hate Speech über Extremismus im Netz, digitaler Bürgerbeteiligung und digitalem Wahlkampf bis hin zu Fragen von Cybersicherheit, Selbstbestimmung im Netz und der Urheberrechtsreform. Dabei kamen unterschiedliche Formate zum Einsatz: Neben Vorträgen, Diskussionsrunden, Workshops,

Lesungen und Filmvorführungen gab es Online-Angebote wie einen E-Learning-Kurs, eine Cryptoparty, ein Digital Barcamp, Webinare und Web-Talks sowie Live-Hacking-Events.

Angebot der LpB

In Baden-Württemberg fanden im Rahmen der Aktionstage „Netzpolitik und Demokratie“ 2019 fünfzehn Veranstaltungen mit insgesamt 416 Teilnehmenden statt. Dazu gehörten unter anderem Schülerworkshops zum Thema „Selbstbestimmt im Netz. Meine Daten. Meine Rechte. Meine Möglichkeiten“, ein E-Learning-Kurs zur Zivilgesellschaft im Netz, ein Workshop zum Umgang mit Hate Speech und eine Diskussionsrunde mit anschließender Cryptoparty zum Motto „Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus“.

Von diesen Veranstaltungen wurden einige auch auf den Social-Media-Kanälen der LpB BW begleitet: Neben einem Interview (als Instagram-Story) mit dem LpB-Fachreferenten Andreas Schulz im Anschluss an seinen Vortrag zum Thema „Hitler gefällt das – Memes in der digitalen Erinnerungskultur“ wurde auch von der Tagung „Schutz der Privatheit – Schutz der Demokratie“ in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk „Sozialer Zusammenhalt in digitaler Lebenswelt“ aus den LpB-Räumlich-



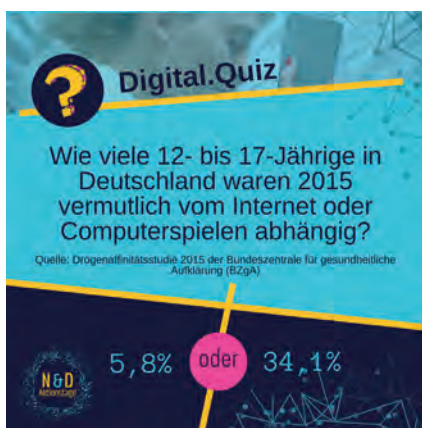
Ein Bestandteil der Aktionstage: Social-Media-Live-Begleitungen von Veranstaltungen – wie hier via Twitter.

keiten live getwittert. Live-Tweets gab es ebenso aus der Talk-Runde „Smart Stuttgart: sicher und serviceorientiert? – Digitale Daseinsvorsorge in unserer Kommune“, die gemeinsam mit der Stadt Stuttgart, der SSB und dem Stadtpalais Stuttgart in selbigem veranstaltet wurde.

Podcast

Zu den Aktionstagen erschien außerdem eine neue Folge des LpB-Po-

dcasts „POLITISCH BILDET“ zum Thema „Sind wir wirklich sicher? Sicherheit im Netz und in den sozialen Medien“. Darin spricht LpB-Fachreferentin Bianca Braun mit Jens Glutsch vom Verein Selbstbestimmt. Digital e. V. über die Möglichkeiten und Grenzen von Sicherheit im Netz (www.lpb-bw.de/podcast-lpb).



Screenshots von drei Social-Media-Serien im Rahmen der Aktionstage „Netzpolitik & Demokratie“.

4.1 Schülerwettbewerb des Landtags



Exkursion von Lehrkräften nach Budapest, hier vor dem Parlament..

60 Jahre Schülerwettbewerb – ein Jubiläum für alle

1957 wurde der Schülerwettbewerb (SWB) auf eine überparteiliche Initiative hin zum ersten Mal ausgeschrieben. 2017 fiel auf dem Bürgerfest des Landtags der Startschuss für den 60. Schülerwettbewerb. 2018 standen dann die Ergebnisse aller eingereichten Wettbewerbsbeiträge fest. Und da alle etwas vom Jubiläum haben sollten, die teilgenommen oder den Wettbewerb unterstützt und gefördert haben, wurde mit einer Tradition gebrochen. Zum ersten Mal in der Geschichte des Schülerwettbewerbs gab es attraktive Sachpreise für alle, die mitgemacht haben. Damit wurden insgesamt 3.256 Preise ausgelobt – so viele wie nie zuvor. Attraktive Reiseziele mit exklusiven Begegnungen wurden für die Besten gefunden. Alle betreuenden Lehrerinnen und Lehrer erhielten ein Geschenk und zusätzlich wurde unter ihnen eine Flugreise nach Budapest für 19 Lehrerinnen und Lehrerinnen ausgelost. Alle Schulsekretärinnen erhielten einen Buchgutschein. Alle teilnehmenden Schulen bekamen ein Geschenk für ihre Schulbibliothek. Die ganzen Maßnahmen wirkten so nachhaltig, dass die Teilnehmerzahl zum 61. SWB sogar noch höher ausfiel als zum 60. SWB.

Außergewöhnliche Reisen und Begegnungen zum 60. SWB

Preisträgerinnen und Preisträger aus den SBBZ (Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren) fuhren anlässlich des 60. Geburtstags nach Winterthur in die Schweiz. Mit Besuchen des Technoramas in Winterthur, des FIFA-Museums in Zürich, des Schokoladenmuseums „Chocolarium“ in Flawil und mit einer Bootsfahrt zum Rheinfall in Schaffhausen war für alle etwas dabei und immer noch Zeit für ein Public Viewing zur Fußball-WM.

Alle anderen Preisträgerinnen und Preisträger reisten nach Trient und Bozen in Italien. Dort wurde ebenfalls die außergewöhnliche Museumslandschaft erkundet, mit Ötzi gefroren und mit Reinhold und Magdalena Messner über Natur- und Umweltschutz in den Bergen diskutiert. Am Gardasee konnten die Jugendlichen in Neigungsgruppen wandern, baden oder unter Zitronenhainen schlendern. Ein Empfang durch die Vizepräsidentin Veronika Stirner im Regionalparlament Südtirol/Trentino bot einen einmaligen Einblick in die aktuelle Politik und in den Sitzungsalltag des bilingualen Parlamentes.

Auch für alle betreuenden Lehrkräfte im 60. Schülerwettbewerb sollte etwas Besonderes geboten werden. 19 kostenlose Plätze für eine politische Bildungsreise nach Budapest wurden unter 255 Lehrerinnen und Lehrern ausgelost. Auf der fünftägigen Studienreise in den Herbstferien konnten sich „alte Hasen“ und „Neulinge“ nicht nur austauschen und wertvolle Tipps zum Einsatz des Schülerwettbewerbs im Unterricht geben, sondern auch einmalige Einblicke in die politische Situation des mitteleuropäischen Landes erhalten. Sie besuchten die Deutsche Botschaft und führten Gespräche mit Experten der ungarischen Politik. Besonders spannend bei einer Bildungsreise für Lehrerinnen und Lehrer ist immer auch der direkte Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die Einblicke in das lokale Bildungssystem sowie die Methoden im Unterricht gewähren. Dies gelang bei den Besuchen in den Sprachzentren des Goethe-Instituts und des Österreich-Instituts sowie im sehr privaten Gespräch mit einer Pfarrerin und Religionslehrerin. Im Österreich-Institut wurden die deutschen Lehrkräfte in den Unterricht eingebunden und hatten einen tollen Austausch mit Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften. Dieser konnte dann bei einem gemeinsamen Abendessen noch vertieft werden.

Topaktuell und Faktenaufbereitung mal anders

Unter dem Motto „Breaking News“ werden bei den SWB-Tagesseminaren seit 2016 topaktuelle Themen mit exklusiven Gesprächspartnern vertieft:

- Unter der Überschrift „Gerechtigkeit fair-schaffen“ diskutierten Schülerinnen und Schüler über das Thema Gerechtigkeit mit einer Vertreterin des Deutschen Ge-

werkschaftsbundes sowie mit Engagierten zu den Problemen des Landraubs in verschiedenen Ländern der Welt und zur gerechten Verteilung von Nahrungsmitteln.

- „Wo geht's hin mit Europa?“ – Gemeinsam mit Experten aus dem Europa-Zentrum diskutierten Jugendliche zunächst darüber, was Europa heute vereint oder auch trennt. In einem Planspiel zu einer Sitzung im Europäischen Rat zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wurde eine gemeinsame Strategie gesucht. Außerdem wurde über verschiedene Zukunftsmodelle der EU diskutiert und abgestimmt.
- „Was treibt Menschen heute auf die Straße?“ stieß bei den Schülerinnen und Schülern auf großes Interesse und weckte Diskussionslust. Mit Protest- und Medienexpertinnen aus Bielefeld und Tübingen analysierten die Jugendlichen aktuelle Protestbewegungen.
- Bei „Direkt vor der Linse – Mit Profis in Jobwelten eintauchen“, einer Video- und Fotowerkstatt in den Sommerferien, begaben sich Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit Medienprofis auf eine künstlerische Entdeckungsreise in verschiedene Rottweiler Betriebe. Ob Schuhmacherwerkstatt, alte Holzmanufaktur, Altenpflegeheim, Biobauernhof oder Einzelhandelsgeschäft – jeder Betrieb hatte tolle Menschen und spannende Geschichten zu bieten und freute sich über das Interesse junger Leute an der jeweiligen Arbeitswelt. Herausgekommen sind tolle Porträts über arbeitende Menschen, ein informativer Kurzfilm und viele neue Begegnungen.
- Das Inklusionsseminar „Multikultiart – Von Maja, Willi & Co und Weltrettern“ brachte Schülerinnen und Schüler aus SBBZ

und Gymnasien zusammen. Sie beschäftigten sich nicht nur mit dem aktuellen Bienensterben, sondern auch mit globalen Herausforderungen von humanitärer Hilfe, Ernährung und Nachhaltigkeit. Alltagsmenschen, die sich für diese Herausforderungen engagieren und damit kleine „Welt-retter“ sind, wurden vorgestellt. Ein Imker, ein Biobauer und ein Förster, eine Upcyclerin und ein Ehepaar mit ihren Rettungshunden erzählten von ihrer Arbeit. In Workshops wurden mit Künstler:innen Lieder komponiert und gesungen, ein Theaterstück inszeniert, eine Akrobatikshow zusammengestellt und aus Müll Kunstobjekte kreiert.

Vielseitig 30 Jahre Friedliche Revolution thematisiert

Politische Bildungsarbeit beinhaltet immer Begegnungen mit Menschen und das ständige Suchen nach Themen, Projekten und Lernorten. Aus einem Nachbarschaftstreffen entwickelten sich spontan Projekte, die das Jubiläumsjahr zum Fall der Mauer zu einem Schwerpunkt werden ließen.

Jutta Fleck war Leiterin des Schwerpunktprojekts Politisch-Historische Aufarbeitung der SED-Diktatur in der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung. Sie bot dort Kontakte und Informationen über Fragen der Erinnerungskultur zur DDR. Bekannt wurde sie durch den Roman von Ines Veith „Die Frau am Checkpoint Charlie“. Anlässlich der Jubiläumsveranstaltung der Hessischen Landeszentrale am 9. November 2019 in der Landesvertretung in Berlin suchte sie bundesweit Jugendgruppen oder Klassen, die ein Projekt zum Mauerfall oder zur DDR-Geschichte durchführen und dann ihre Ergebnisse in Berlin vorstellen sollten. Des Weiteren bot



Exkursionsseminar nach Mödlareuth zum Leben an der Grenze.

sie sich mit ihrer Tochter Beate für Zeitzeugengespräche an.

Der Fachbereich Schülerwettbewerb entwickelte daher verschiedene Ansätze für drei Zielgruppen:

- 1a) Ein Exkursionsseminar nach Mödlareuth, das deutsche Geschichte in der Begegnung mit Zeitzeugen und mit historischen Orten Jugendlichen erleb- und begreifbar machen sollte. Die Erfahrungen sollten festgehalten werden. Mit einer Fotografin und mit einem Schriftsteller wurden dazu künstlerische Ausdrucksformen gefunden.
- 1b) Die Präsentation der literarischen und fotografischen Ergebnisse sollte zeigen, dass Jugendliche aus der Begegnung mit historischen Orten und Protagonisten Impulse für eine jugendgerechte Aufarbeitung erhalten.
- 2. Ein Exkursionsseminar für Lehrerinnen und Lehrer sollte nach Leipzig führen, wo die Friedliche Revolution ihren Anfang nahm. Gespräche mit Zeitzeugen der Montagsdemos, des Jugendwerkes Torgau, zu Flucht und Freikauf

und vielen Engagierten, die sich um die Aufarbeitung des Unrechtsstaates bemühen, eröffneten neue Einblicke und Erkenntnisse.

Im Mai 2019 führte ein Exkursionsseminar unter der Überschrift „Umbruch – Leben an der Grenze“ nach dem ehemals geteilten Dorf Mödlareuth, auch „little Berlin“ genannt. Das dortige deutsch-deutsche Museum eröffnete mit Vorträgen zur lokalen Geschichte. Darüber hinaus verfügt es über viele Kontakte zu Zeitzeugen, die vom Leben an der Staatsgrenze und von ihrer Flucht in den Westen berichteten. Entlang des „Grünen Bandes“, wo einst hochgesicherte Grenzschutzanlagen Flüchtenden den Tod brachten, sind heute Naturschutzonen ausgerufen, die die unberührte Natur und das Leben bewahren. Getrennte Familien sind wieder vereint und Dorfgemeinschaften entwickeln über unsichtbare Ländergrenzen alt-neue Nachbarschaften. Beim Rundgang über das Freigelände des Museums konnte jedoch der Schrecken, der zum Teil original erhaltenen, zum Teil rekonstruierten Grenzanlagen spürbar werden. In einer Foto- und

Schreibwerkstatt hatten die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, ihre Eindrücke unter professioneller Anleitung fotografisch festzuhalten oder kreativ in literarischen Texten zu verarbeiten. Inspirationen und eindruckliche Fotomotive gab es hierfür von Beginn an. Es entstanden eine Vielzahl von eindrucklichen Fotografien, ein Poetry Slam und fünf Kurzgeschichten. Unter <https://medium.com/grenzgeschichten> können ausgewählte Werke gelesen und angeschaut werden.

Friedliche Revolution vor Ort erkundet

Das Exkursionsseminar „Sehnsucht nach Freiheit“ führte eine Gruppe von 20 Lehrerinnen und Lehrern Ende Oktober 2019 vier Tage lang nach Leipzig und Umgebung auf Spurensuche zur Friedlichen Revolution. Lebendig und überaus anschaulich wurde die Situation in der DDR vor der Friedlichen Revolution im Zeitgeschichtlichen Forum geschildert. Ein Montagsdemonstrant berichtete beim Rundgang um die Nikolaikirche von den Ereignissen, wie die immer größere Zahl von Demonstrierenden zu einer immer größeren Anspannung führte, die durchaus auch zu einer „Lösung“ wie auf dem „Platz des Himmlichen Friedens“ in Peking vier Monate zuvor mit Hunderten von Toten hätte führen können, wenn die Staatsmacht sich provoziert gefühlt hätte. Vor der Nikolaikirche sind einige „Gedenkmäler“ zu besichtigen. Im „Runden Eck“, dem Gebäude der örtlichen Stasi-Behörde, eröffnete die ständige Ausstellung „Stasi – Macht und Banalität“ weitere Dimensionen vom Alltag in der DDR. Ein Tagesausflug nach Torgau zeigte ein weiteres dunkles Kapitel der DDR-Geschichte. In der „Gedenkstätte Jugendwerkhof Torgau“, dem einzigen geschlossenen Jugendwerk-

hof der DDR, erfuhren die Pädagogen, wie es in dieser Disziplinierungsanstalt der Jugendhilfe, die direkt dem Ministerium für Volksbildung und damit Margot Honecker unterstand, zuging. Jugendliche, die nicht dem Ideal der „sozialistischen Persönlichkeit“ entsprachen, wurden dort für mehrere Monate ohne einen Gerichtsbeschluss inhaftiert. Sie waren der Willkür von „Erzieherinnen“ und „Erziehern“ ausgesetzt, die das Ziel hatten, sie zu „brechen“. Zwei Zeitzeugen berichteten in der Gedenkstätte über dieses Trauma. Wie nachhaltig das Leben der Jugendlichen beschädigt wurde, die dort untergebracht waren, mag man daran ablesen, dass lediglich vier von etwa 1.000 ehemals inhaftierten Jugendlichen sich heute – als Erwachsene – als Zeitzeugen bereit erklären, über ihre Erfahrungen zu berichten. Diese Begegnung und auch das Gespräch mit Jutta Fleck und ihrer Tochter Beate zu ihrer Flucht, zu Verrat und Inhaftierung, zum staatlichen Versuch die Kinder der Mutter zu entziehen und umzuerziehen, zum Freikauf durch die Bundesregierung und zum jahrelangen Kampf um Familienzusammenführung als Frau vom Checkpoint Charlie wird allen sehr lange im Gedächtnis bleiben.

Kerngeschäft mit neuen Inhalten

Eine „Breaking News“-Ausgabe zum Thema „Ökologischer Bankrott – Was können wir tun?“ stand ganz im Zeichen von „Fridays for Future“ und dem Erdüberlastungstag. Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner zeigten bereits erfolgreiche Modelle und auch neue Ansätze, wie umweltfreundlicheres Verhalten gelingen kann. Das Konzept des Handprints stieß dabei auf besonderes Interesse der Teilnehmenden. Hierbei geht es darum, Strukturen nachhaltiger zu gestalten, so dass es

am Ende jedem Einzelnen leichter fällt, umweltbewusster zu leben.

Zum Thema „Beauty, Gaming, Politik? – Als Influencer*in die Welt verbessern“ fand ein weiteres „Breaking News“-Seminar statt. Darin beschäftigten sich Medienexperten damit, wie Politisches auf Social Media geteilt wird. Die Jugendlichen recherchierten und analysierten, wie Parteien im Netz aktiv sind und wer sonst noch politische Inhalte darstellt. Die Fragen, wie politische Meinungen auf Social-Media-Kanälen präsentiert werden, und wie damit umgegangen werden sollte, nahmen einen breiten Raum ein.

Beim mehrtägigen Seminar „Made in Germany – Ein Zukunftsmodell?“ wurde die aktuelle Entwicklung in der Weltwirtschaft aufgegriffen. Interaktiv wurden die deutsche Wirtschaft und der Welthandel aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Einer theoretischen Einführung ins aktuelle Welthandelsgeschehen folgte ein Firmenbesuch

bei der Wafios AG. Außerdem wurde über Ideen diskutiert, wie die deutsche Marktwirtschaft nachhaltiger gestaltet werden könnte. Ein Vertreter der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) vermittelte den Jugendlichen spielerisch die Mechanismen unserer Marktwirtschaft. Als Schokoladenproduzenten mussten sie im Wettbewerb bestehen. Anschließend wurde das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie vorgestellt und diskutiert, wie unsere Wirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit verändert werden könnte. Die Jugendlichen erfuhren anhand von Best Practice Beispielen, wie verschiedene Firmen bereits versuchen, den Gedanken des Gemeinwohls in ihrer Arbeit zu verankern.



Inklusionsseminar „Multikultiart – Von Maja, Willi & Co und Weltrettern“ für Schülerinnen und Schüler aus SBBZ und Gymnasien.

4.2 Freiwilliges Ökologisches Jahr



Der FÖJ-Jahrgang 2018/2019 beim Abschlussseminar in Rot an der Rot

Erste Erfahrungen in der Arbeitswelt

Seit 30 Jahren ist die LpB Träger des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Baden-Württemberg und konnte bisher mehr als 2.500 jungen Menschen ein freiwilliges Jahr für die Umwelt ermöglichen. Das FÖJ richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 26 Jahren, unabhängig von Schulabschluss oder Vorqualifikationen. Auch ab September 2020 sind wieder 110 Teilnehmende in allen Regionen Baden-Württembergs dabei. Junge Menschen suchen im FÖJ eine sinnvolle praktische Tätigkeit nach der Schulzeit, berufliche Orientierung, Einblicke und erste Erfahrungen in der Arbeitswelt. Für viele ist es ein erster Schritt hinaus aus dem gewohnten Umfeld, verbunden mit Eigenverantwortung und Selbstorganisation in einem geschützten Rahmen.

Weiterhin große Nachfrage

Zukünftig gibt es in Baden-Württemberg 420 vom Land geförderte FÖJ-Plätze. Der mit dem Jubiläum „25 Jahre FÖJ“ angeregte deutliche Ausbau der FÖJ-Einsatzmöglichkeiten ist ein schöner Erfolg zum 30-jährigen Jubiläum. Nach wie vor übersteigt die Zahl der FÖJ-Bewerberinnen und -Bewerber jedoch deutlich das Platzangebot: Jährlich haben sich in den Jahren 2018 bis 2020 jeweils an die 600 Jugendliche und junge Erwachsene für einen der 110 FÖJ-Plätze bei der LpB beworben. Wie in den Jahren zuvor, sprangen jeweils nur wenige Teilnehmende vor FÖJ-Beginn ab oder brachen das FÖJ vorzeitig ab. Zunehmend stößt das FÖJ dabei an die Grenzen seiner finanziellen Ausstattung: Seminarunterbringung und -Verpflegung, Fahrt-, Personal- und andere Fixkosten steigen regelmäßig, die Fördersätze des Landes für das FÖJ wurden dagegen seit fast zwanzig Jahren nicht an die gestiegenen Kosten angepasst. Im Gegenteil – sie wurden in den vergangenen Jahren gekürzt und damit den Einsatzstellen zusätzlich finanzielle Lasten aufgebürdet.

Qualität sichern

Die Landeszentrale wird sich zusammen mit den anderen Trägern des FÖJ in Baden-Württemberg weiterhin für den Erhalt der Qualität des FÖJ einsetzen. Gemeinsam soll auch weiterhin die FÖJ-Lobby gestärkt und die Vernetzung mit Entscheidungsträgern gesucht werden. Bereits seit 2007 kann die LpB das durch die Agentur für Qualität in Freiwilligendiensten (QUIFD) verliehene „Qualitätssiegel Freiwilligendienste“ führen. Der Fachbereich FÖJ stellt sich weiterhin ganz bewusst den QUIFD-Standards und lässt seine Arbeit von unabhängigen und kompetenten Gutachtern überprüfen. 2019 konnte die QUIFD-Rezertifizierung erfolgreich abgeschlossen werden. Zentrale Aufgabe der Arbeit des Fachbereichs bleibt jedoch die Begleitung der FÖJ-Teilnehmenden auf den Seminaren und bei Besuchen an den Einsatzstellen. Interessentinnen und Interessenten am FÖJ werden über die Website www.foej-bw.de umfassend über das FÖJ informiert.

Vernetzung landes- und bundesweit

Die als Austauschforum für Träger, Einsatzstellen und Teilnehmende eingerichtete FÖJ-Denkwerkstatt wird regelmäßig durchgeführt und greift aktuelle Themen und Entwicklungen auf. Daneben gibt es regelmäßige Workshops und Treffen der vier FÖJ-Träger im Land untereinander und mit dem zuständigen Ministerium für Umwelt, Klima und Energiefragen. Dem Austausch und der Vernetzung mit und unter den über 80 FÖJ-Einsatzstellen dient die jährliche Einsatzstellenkonferenz. Exemplarisch wurden dabei in den letzten Jahren Einsatzstellen aus den unterschiedlichen Einsatzfeldern vorgestellt, Best-Practice-Beispiele ausgetauscht und zentrale Fragestellungen für die verschiedenen Bereiche diskutiert. Als inhaltliche Fortbildung und Input wurden in den vergangenen Jahren mehrere aktuelle Themen angeboten: das Konzept „Handprint“ von Germanwatch, das die Frage auf-

wirft, wie transformativer Wandel im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gelingen kann; „Psychologie im Umweltschutz“ zur Frage, wie Umweltbewusstsein geschaffen und tatsächliches Umweltschutzhandeln befördert werden kann und das Thema „Naturschutz und Rechtsextremismus“ mit den historischen und aktuellen Entwicklungen, der Frage nach demokratischen Antworten auf die Klimakrise und dem Ziel, für das Themenfeld zu sensibilisieren.

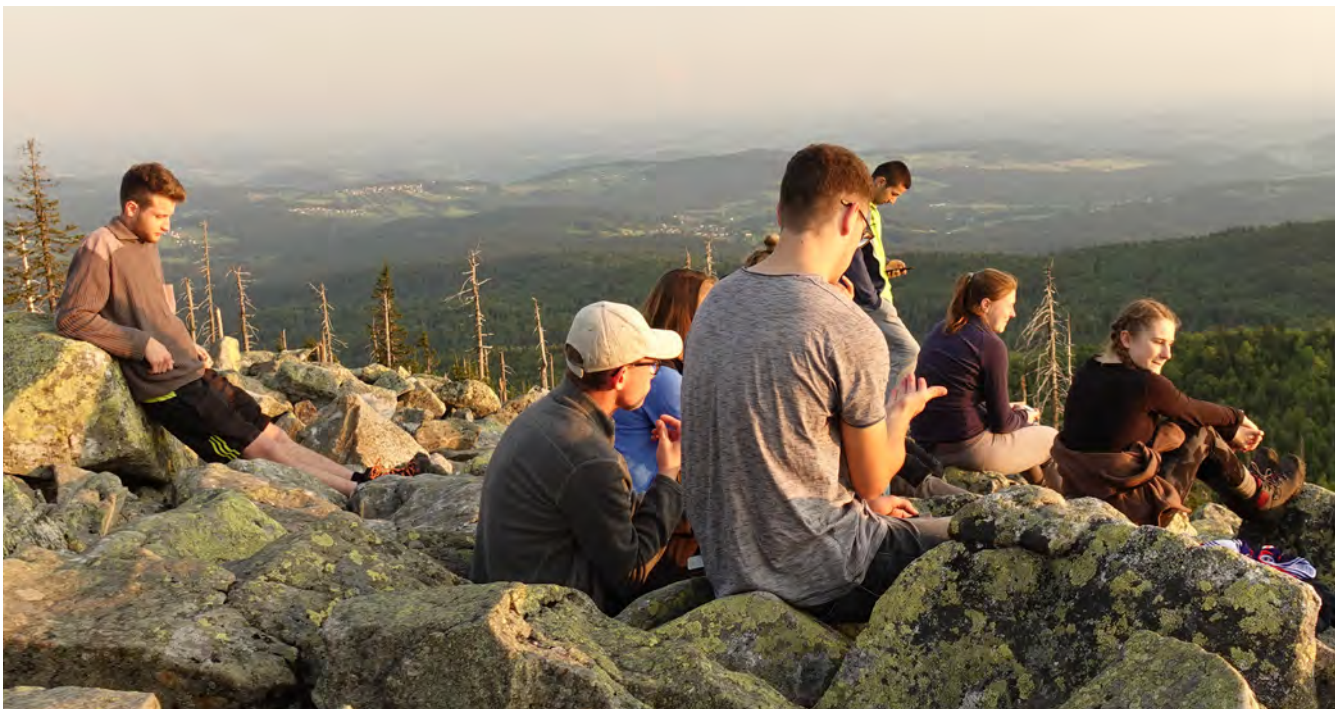
Die LpB gehört zu den Gründungs- und Vorstandsmitgliedern des bundesweiten FÖJ-Dachverbandes, des Fördervereins Ökologische Freiwilligendienste e. V. (FÖF e. V.). Der FÖF e. V. vertritt 52 FÖJ-Träger bundesweit mit etwa 3.000 FÖJ-Plätzen und zusätzlich über die beim FÖF e. V. angesiedelte Zentralstelle ÖBFD etwa 600 Plätze im Ökologischen Bundesfreiwilligendienst (ÖBFD). Ziele des FÖF e. V. sind die Unterstützung von Freiwilligen und Trägern, die Förderung des Erfahrungsaustauschs der Träger un-

tereinander, die Bündelung ihrer politischen Interessen und gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit sowie die Stärkung der Bedeutung der ökologischen Freiwilligendienste in der Gesellschaft.

Ebenfalls der Vernetzung im FÖJ dient die inzwischen auch für den Bundesfreiwilligendienst übernommene Struktur der Vertretung der FÖJ-Teilnehmenden. Die FÖJ-Sprecherinnen und -Sprecher sind landes- und bundesweit organisiert, vertreten die Interessen der Teilnehmenden auf Landes- und Bundesebene und organisieren eigene Veranstaltungen, um für das FÖJ zu werben oder sich für Umweltthemen zu engagieren.

Pädagogische Begleitung und FÖJ-Seminare

Zentrale Aufgabe der Arbeit des Fachbereichs FÖJ bleibt die Begleitung der FÖJ-Teilnehmenden auf den Seminaren und bei Besuchen in den Einsatzstellen.



FÖJ-Teilnehmende bei ihren Wahlseminaren, hier bei einer Streckenwanderung im Bayerischen Wald.

In der Seminarreihe legt die LpB sehr großen Wert auf Partizipation. So werden die Teilnehmenden beispielsweise intensiv in die Gestaltung der Seminare einbezogen. Das inhaltliche Profil der Seminare eins bis drei ist an Fragen von Wirtschaft, Politik und Ökologie orientiert. Das Einführungsseminar legt hier gemeinsame Grundlagen, das zweite und dritte Seminar wird von den Teilnehmenden mitgestaltet und vorbereitet. Die Themen sollen nach Möglichkeit durch Exkursionen oder praktische Beispiele vertieft und veranschaulicht werden. Die dritten Seminare haben sich als Projektseminare etabliert. Unter dem Thema „Landwirtschaft und Welternährung“ beschäftigen sich in Projektphasen während der Seminarwoche Kleingruppen intensiv mit einem Teilaspekt des Themas. Die abschließende Zusammenführung der Ergebnisse der Gruppen ermöglicht Austausch, Diskussion und besondere Lernerfahrungen.

In Kooperation mit dem Fachbereich E-Learning bietet der Fachbereich FÖJ seit 2017 als zusätzliches und freiwilliges Angebot zwischen Seminar 2 und 3 den E-Learning-Kurs „Ethisch leben“ an, bei dem für erfolgreiche Teilnahme ein Zertifikat erworben werden kann. Der Onlinekurs ermöglicht, dass sich die FÖJ-Teilnehmenden auch gruppenübergreifend und unabhängig von den FÖJ-Seminaren inhaltlich austauschen, an welchen Maßstäben wir unser Handeln ausrichten, wie wir unser Alltagsverhalten verändern können und welche Konsequenzen wir ziehen müssen, wenn wir uns zu Gerechtigkeit und einer nachhaltigen Gesellschaft bekennen. In der vierten Seminarreihe kann eines von sechs Seminaren als Wahlseminar besucht werden. Zur Aus-



FÖJ-Teilnehmende beim FÖJ-Einführungsseminar.

wahl standen Angebote wie eine Streckenradtour entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze, thematische Streckenwanderungen in den Nationalparks Nordschwarzwald und Bayerischer Wald, eine Seminarwoche im Biosphärengebiet Schwäbische Alb oder das Seminar „Nachhaltiges Zusammenleben am Beispiel von Schloss Tempelhof“. In der Gemeinschaft Tempelhof leben heißt, die konventionellen Lebensformen hinter sich zu lassen und in einer Gemeinschaft zusammen zu leben, die verstärkt auf das Miteinander achtet und Wert auf einen ökologischen Lebensstil legt und sich weitgehend selbst versorgt. Im Zentrum der Seminarwoche steht dabei die Frage, ob die am Schloss Tempelhof praktizierte Lebensform eine Lösung für die drängenden Zukunftsfragen bietet und das gemein-

schaftliche und nachhaltige Zusammenleben ein Zukunftsmodell sein kann oder Elemente und Bausteine auf die Gesamtgesellschaft übertragen werden können.

Das fünfte und letzte Seminar ist das gemeinsame Abschlussseminar mit allen 110 FÖJ-Teilnehmenden. Der besondere Rahmen dieses Seminars für alle Teilnehmenden bietet Raum für Reflexion, Austausch und Vertiefung inhaltlicher Aspekte in Tagesworkshops.



FÖJ-Teilnehmende bei ihren Wahlseminaren, oben beim Arbeitseinsatz auf Schloss Tempelhof, unten auf einer Aussichtsplattform während einer Fahrradtour entlang des Grünen Bands.

4.3 Gedenkstättenarbeit



Verleihung des Kulturerbe-Siegels in Plovdiv, Bulgarien. Foto: Europäische Kommission.

Höhere Landesförderung ermöglicht mehr Projekte

Große Projekte, gezielte Vernetzung und vielfältige Begegnungen – die Gedenkstättenarbeit in Baden-Württemberg hat in den Jahren 2018 und 2019 Schwerpunkte gesetzt, an deren Ergebnisse sich auch nach der Coronakrise anknüpfen lässt. Die erneute Aufstockung der Landesförderung schuf Gestaltungsräume, die von den Gedenkstätten auf unterschiedliche Weise genutzt wurden.

Gedenkstättenförderung

Die Gedenkstättenförderung des Landes Baden-Württemberg wurde in den Jahren 2018 und 2019 erneut deutlich ausgebaut. Der Doppelhaushalt sah eine Aufstockung der institutionellen Förderung der Gedenkstätte Grafeneck und des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg (DZOK) in Ulm auf jeweils 140.000 Euro jährlich vor. Auch das Projekt Lernort Kislau wurde in die institutionelle Förderung in dieser Höhe aufgenommen. Die institutionelle Förderung des Gedenkstättenverbands Gäu-Neckar-Alb e. V. konnte mit 35.000 Euro bzw. 36.500 Euro verstetigt werden. Für die mehr als siebenzig weithin ehrenamtlich oder kommunal getragenen Gedenkstätten im Land stand erstmals knapp eine halbe Million Euro zur Verfügung, um Projekte vor Ort zu unterstützen, um die ehrenamtlichen Strukturen der baden-württembergischen Erinnerungslandschaft mit Festbeträgen zu fördern und um landesweite Kooperationen der Stätten in enger Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und

Gedenkstätteninitiativen (LAGG) verwirklichen zu können. Wie in den vergangenen Jahren floss ein wachsender Anteil der Fördermittel in die Vermittlungsarbeit. Das Interesse, die Geschichte an historischen Stätten zu erkunden, ist groß: 2018 besuchten mehr als 324.000 Personen die Gedenk- und Erinnerungsstätten an Orten der Diktatur- und Demokratiegeschichte im Land. Dies hat die jährliche Nutzungsabfrage des Fachbereichs Gedenkstättenarbeit ergeben.

Ein besonderes Augenmerk richtete sich in den Jahren 2018 und 2019 auf die Situation der Gedenkstätte Grafeneck. Seit das Schloss Grafeneck von der Samariterstiftung nicht mehr für die Unterbringung für die Heimbewohnerinnen und -bewohner benötigt wird, ist das Gebäude vom Leerstand gezeichnet. Entsprechend schwierig und ungewiss ist seine Nutzung für den Seminarbetrieb der Gedenkstätte. In mehreren Rundgesprächen auf Einladung des Direktors der LpB wurde deutlich, mit welchen Widrigkeiten sich die Vermittlungsarbeit an der Gedenkstätte mit den meisten

Besucherinnen und Besuchern auseinandersetzen muss. An einer Lösung wird seither gearbeitet.

Auch das Projekt Lernort Kislau stand im Fokus der Aufmerksamkeit. Die Anschubfinanzierung des Landes in den Jahren 2015 bis 2017 wurde zur institutionellen Förderung von 140.000 Euro weiterentwickelt. Noch aber fehlten dem Verein Lernort Zivilcourage & Widerstand e. V. Räumlichkeiten in oder bei der historischen Stätte.

Europäisches Kulturerbe-Siegel

Für die gemeinsame grenzüberschreitende Erinnerungsarbeit haben die Gedenkstätten an Orten des ehemaligen Konzentrationslagers Natzweiler im Elsass das Europäische Kulturerbe-Siegel erhalten. Im März 2018 nahmen Gedenkstättenvertreterinnen aus Baden-Württemberg und Frankreich die Auszeichnung bei einem Festakt im bulgarischen Plovdiv entgegen. Damit wurden die Gedenkstätten im KZ-Komplex Natzweiler als bisher erstes transnationales Netzwerk der Erinnerung in diesem Rahmen gewürdigt. Mit dem Siegel werden Stätten ausgezeichnet, die einen bedeutenden europäischen und symbolischen Wert haben. Der Verbund der Gedenkstätten im ehemaligen KZ-Komplex Natzweiler e. V. (VGKN) setzt die gute Zusammenarbeit mit den französischen Partnern weiter fort. Die Handreichung „Das Konzentrationslager Natzweiler im Elsass“ wurde im März 2019 neu aufgelegt. Es folgte eine erste Ausgabe in französischer Übersetzung, die als Grundlage für eine deutsch-französische Lehrkräftefortbildung genutzt werden konnte. Das Pilotprojekt stieß auf großen Anklang. Die Mitarbeitenden der Natzweiler-Gedenkstätten nahmen das Siegel auch zum Anlass, die Erinnerungskultur in anderen Ländern kennenzulernen. Im Oktober 2019 besuchte eine De-

legation aus Baden-Württemberg Gedenkstätten in Luxemburg, Belgien und den Niederlanden. Auch die Gedenkstätte Westerbork, einst Durchgangslager nach Auschwitz, hat das Europäische Kulturerbe-Siegel erhalten. Die Exkursion, organisiert vom Fachbereich in Zusammenarbeit mit dem VGKN, ermöglichte auch einen fachlichen Austausch.

Forschungsprojekt von Gedenkstätten

Die Enteignung der jüdischen Bevölkerung und die Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz durch die Nationalsozialisten gelten als die wohl umfassendste Raubaktion in der neueren Geschichte Europas. Wie wurde der Prozess in Württemberg und Hohenzollern vorangetrieben? Der Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb e. V. gab den Anstoß zu einem mehrjährigen Forschungsprojekt, an dem etwa 30 Historikerinnen und Historiker, Aktive an Gedenkstätten und Geschichtsforschende ehrenamtlich mitwirkten. Im September 2019 konnte das Ergebnis im Gemeindesaal der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg (IRGW) in Stuttgart vorgestellt werden: die fast 600 Seiten starke Publikation „Ausgren-

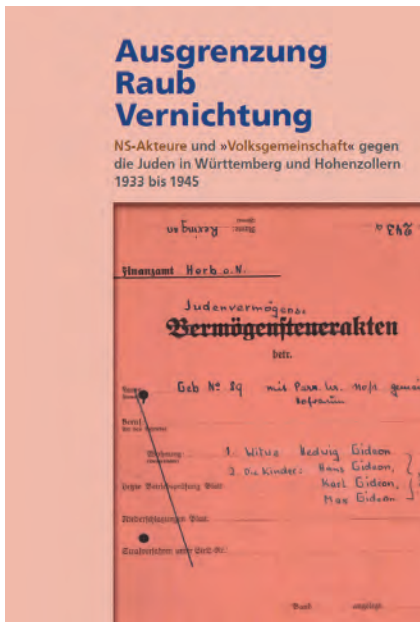
zung – Raub – Vernichtung. NS-Akteure und ‚Volksgemeinschaft‘ gegen die Juden in Württemberg und Hohenzollern 1933 bis 1945“, herausgegeben vom Gedenkstättenverbund in Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv Baden-Württemberg und der LpB. Auf die Buchpräsentation folgten im November 2019 eine Tagung am Staatsarchiv Ludwigsburg und die Eröffnung einer Wanderausstellung des Gedenkstättenverbunds in Zusammenarbeit mit dem Landesarchiv Baden-Württemberg.

(Denk-)Zeichen für die Ulmer NS-Opfer

In Ulm konnte im Oktober 2019 das erste Erinnerungszeichen im Land für die Opfer der NS-Zwangssterilisation und der „Euthanasie“-Morde der Öffentlichkeit übergeben werden. Der Ort für das Mahnmal wurde mit Bedacht gewählt. Es steht vor dem Justizgebäude, dem ehemaligen Sitz des NS-Erbgesundheitsgerichts. Dort, aber auch in Stuttgart und in Berlin, saßen Verantwortliche für die Sterilisationsverbrechen. Auch die „Euthanasie“-Morde wurden arbeitsteilig von Reich, Land und Akteuren vor Ort vorbereitet. Ulmer Bürgerinnen und Bürger hatten die Initiative für das (Denk-)Zeichen ergriffen. Beteiligt an der Umset-



Benelux-Reise-Gruppe vor Deportationswagon – Memorial Camp Westerbork, NL..



Cover des Forschungsbands „Ausgrenzung - Raub - Vernichtung“

zung, die federführend vom Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg (DZOK) vorangetrieben wurde, waren auch die Stadt und das Land. Die breite Beteiligung, nicht zuletzt auch die hälftige Förderung durch die Stadt Ulm und das Land Baden-Württemberg, verweist auf die gemeinsam getragene Verantwortung für die Verbrechen. Flankierend zum Mahnmal wurden eine Forschungsarbeit zu den lokalen Sterilisationsopfern und Vermittlungsprojekte gefördert.

Netzwerke der Erinnerungskultur

Auch die Gedenkstätten nutzten das LpB-Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ in Bad Urach zu Fortbildung und Vernetzung. 2018 und 2019 war dies gleich mehrfach der Fall:

- In beiden Jahren versammelten sich die Ehrenamtlichen und wenigen Hauptamtlichen zur LAGG-Delegiertenversammlung im LpB-Tagungszentrum. Die Treffen ermöglichten Austausch und Fortbildung. Im Mittelpunkt 2018 standen Workshops zu den Schwerpunkten „Widerstand ge-

gen das NS-Regime“, „Antisemitismus heute“ sowie „Rechtspopulismus und Gedenkstätten“. 2019 sprach der Freiburger Historiker Prof. Dr. Ulrich Herbert zum Thema „Der Nationalsozialismus als deutsche Vergangenheit und Gegenwart“ und diskutierte mit den LAGG-Mitgliedern über Konjunkturen der Aufarbeitung und Erinnerung.

- Unter dem Titel „Gesplante Erinnerung? Diktatur und Demokratie an Gedenkorten und Museen in Baden-Württemberg“ trafen sich im März 2018 erstmals Vertreterinnen und Vertreter der Gedenkstätten für die Opfer der NS-Diktatur einerseits und der Erinnerungsstätten der Demokratiegeschichte andererseits. Sie tauschten sich über Blickwinkel, Forschungsansätze und Vermittlungskonzepte aus. Die Dokumentation der Tagung, die von LpB und LAGG zusammen mit der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus durchgeführt worden war, erschien im Januar 2019. Sie bündelt die Vorträge der Aktiven aus dem Land sowie des Gastredners Prof. Dr. Martin Sabrow, der einen kritischen Blick von außen auf die Erinnerungslandschaft im Land warf.

- Auch die Tagung „Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager. Bestandsaufnahme, Perspektiven und Vernetzung“ im September 2018 führte auf Neuland. Sie bot Gedenkstättenmitarbeitenden aus ganz Deutschland die Möglichkeit, sich mit Forschung, Vermittlungsarbeit und Denkmalpflege an diesen Orten zu befassen. Das Programm war von der LpB in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg (DZOK) Ulm, dem Projekt Lernort Kislau, der Stiftung Topographie des Terrors sowie der Bundeszentrale für politische Bildung erstellt worden. Aus der Tagung, deren Ergebnisse auf dem Gedenkstättenportal dokumentiert sind, ist inzwischen ein neues Netzwerk hervorgegangen. Seither stehen die verstreut liegenden Gedenkstätten an Orten früherer Lager in einem produktiven Austausch.

Gedenkstättenreisen der Landtagspräsidentin

Eine breit verankerte, in die Zukunft weisende Erinnerungskultur ist nach Ansicht der Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg Muhterem Aras MdL mitentscheidend für einen offenen Umgang innerhalb unserer Gesellschaft. Re-



Besuch der Fachtagungsteilnehmenden vor Ort – am Ulmer DZOK.

regelmäßig suchte sie in den Jahren 2018 und 2019 den Austausch mit den Aktiven an den Gedenkstätten. Ihre zweitägige Gedenkstättenreise im Juli 2018, veranstaltet in Kooperation mit der LpB, führte die Landtagspräsidentin nach Kippenheim, Emmendingen und Breisach, an Orte aktiven jüdischen Lebens vor dem Holocaust, und weiter von Haslach im Kinzigtal, einst Standort eines KZ-Außenlagers, zum ehemaligen Konzentrationslager Natzweiler-Struthof im Elsass. Am Abend des ersten Exkursionstags lud die Stadt Emmendingen nach einem Vortrag des Freiburger Historikers Prof. Dr. Jörn Leonhard über europäische Erinnerungskultur seit dem Ersten Weltkrieg zum Empfang. Eine zweite Gedenkstättenreise der Landtagspräsidentin führte im Juli 2019 nach Südwürttemberg. Auch die Stellvertretende Präsidentin des Landtags Sabine Kurtz MdL erkundete die Gedenkstätten im Land, darunter die Georg Elser Gedenkstätte in Königsbronn und das neugestaltete Museum der KZ-Gedenkstätte Bisingen.

Reisen nach Israel und Polen

- Einmal im Jahr bietet der Fachbereich Gedenkstättenarbeit eine fünftägige Exkursion an die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau in Polen an. Regelmäßig, wenn auch nicht jährlich, findet zudem eine zehntägige Informationsreise nach Israel statt – so auch im Frühling 2019. Wichtige Station ist die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem und der Ort Shavei Zion an der nördlichen Mittelmeerküste des Landes, der auf die Gründung der südwestdeutschen Jüdinnen und Juden nach ihrer gemeinsamen Flucht 1938 aus dem nationalsozialistischen Deutschland zurückgeht.



Delegationsreise des Landtags: Zu Gast in Shavei Zion, Israel.
Foto: Landtag Baden-Württemberg

- Shavei Zion war 2019 auch das Ziel einer Delegation der Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL, der stellvertretenden Landtagspräsidentin Sabine Kurtz MdL und weiteren Landtagsabgeordneten. Die Reise, an der auch der Fachbereich Gedenkstättenarbeit beteiligt war, ermöglichte Gespräche mit Zeitzeugen und den Besuch des Ortsarchivs mit den Gründungsakten der Gemeinde. Mit Fördermitteln des Landes wird das Archiv nun in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich und dank der vermittelnden Tätigkeit des Vereins Ehemalige Synagoge Rexingen renoviert und arbeitsfähig gemacht.

Jugend- und Vermittlungsarbeit

Gemeinsam mit dem Arbeitskreis Jugend- und Vermittlungsarbeit der LAGG und dem Kompetenzzentrum für geschichtliche Landeskunde am Kultusministerium hat der Fachbereich das Angebot „Qualifizierung von Schülerguides“ ausgebaut. In diesem Rahmen werden Schüler:innen der gymnasialen Oberstufe in Wochenend-Workshops dazu qualifiziert, eigenständig an Gedenkstätten zu führen. Im Jahr 2019 wurde die Ausbildung von Ju-

gendlichen zu Jugendbegleiter:innen an Gedenkstätten abgeschlossen. Die Jugendlichen, die die Ausbildung durchlaufen haben, wurden sowohl methodisch als auch inhaltlich für die Arbeit an Gedenkstätten zu den Themen „KZ-System“ und „Jüdisches Leben“ weitergebildet.

Der Fachbereich Gedenkstättenarbeit arbeitet eng mit anderen Fachbereichen innerhalb der LpB zusammen. In diesem Rahmen wurde 2019 das Format „Exkursion zu Gedenkstätten in der Region“ in Kooperation mit dem Fachbereich Politische Tage, der Außenstelle Freiburg und dem Team meX weiter ausgebaut.

Der Fachbereich qualifiziert Gedenkstättenmitarbeitende, Lehrkräfte und Mitarbeitende anderer Kooperationspartner im Rahmen von Seminaren und Fortbildungen. In diesem Rahmen fanden 2019 u. a. Fortbildungen zu Natzweiler und seinen Außenlagern und Seminare zum Thema „Gedenkstättenpädagogik für Lehrkräfte“ u. a. für Mitglieder der GEW statt. Eine weitere Fortbildung richtete sich an Pflegeschüler:innen der AWO.

4.4 Servicestelle Friedensbildung



Peace-Counts-Workshop am Gymnasium Achern 2018.

Friedensbildung an Schulen – ein fächerübergreifendes Anliegen

Frieden ist spannend und vielseitig. Ihn zu schaffen und zu erhalten erfordert interdisziplinäres Denken, Erkennen und Handeln auf sämtlichen Ebenen unserer Gesellschaft. Für die Schulen bedeutet Friedensbildung eine fächerübergreifende Aufgabe. In der Präambel zu den Bildungsplänen 2016 von Hans Anand Pant heißt es: „Der Bildungsplan 2016 ist angelegt auf vernetztes und nachhaltiges Lernen insbesondere in den Feldern Demokratieerziehung, Friedensbildung und kulturelle Bildung.“ Die Servicestelle Friedensbildung unterstützt Schulen bei diesem Auftrag mit Lernmedien, Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte sowie Beratung.

Gut vernetzt in Baden-Württemberg und bundesweit

Die Servicestelle Friedensbildung wird mittlerweile landes- und bundesweit als „Baden-Württemberger Modell“ wahrgenommen. Ihre Expertise wurde in den Jahren 2018 und 2019 für diverse Veranstaltungen, Workshops und Vorträge für unterschiedliche Zielgruppen landes- und bundesweit angefragt.

Selbst veranstaltete die Servicestelle am 27. und 28. September 2018 gemeinsam mit Netzwerkpartnern die Fachtagung „SDGs: Globale Ziele, unterschiedliche Perspektiven?! Friedensbildung – Globales Lernen – Bildung für nachhaltige Entwicklung“ im LpB-Tagungszentrum Haus auf der Alb. Teilnehmende und Referierende aus Land und Bund waren dabei. Die Tagung war ein Beitrag zum UNESCO-Weltaktionsprogramm Bil-

dung für nachhaltige Entwicklung. Eine Dokumentation der Tagung wurde veröffentlicht und ist im LpB-Webshop erhältlich.

Außerdem war die Servicestelle im Juni 2018 erneut Kooperationspartnerin der Evangelischen Akademie Bad Boll für die im Zweijahresrhythmus stattfindende Tagung zum Thema „Gewaltprävention“, 2018 unter dem Titel „Zusammenwachsen in einer pluralen Gesellschaft. Impulse – Konzepte – Vernetzung“.

Unterrichtspraktische Publikationen

Auch in den Jahren 2018 und 2019 wurden die Veranstaltungen der Servicestelle von Publikationen flankiert. Dazu gehörten in diesen Jahren insbesondere weitere Ausgaben der Handreichung Friedensbildung AKTUELL. Darin wurden die Themen Wirkung von Propaganda, Demokratie und Frieden, Frieden im Netz – Umgang mit Hate

Speech und Fake News sowie Gandhi – gewaltfrei gegen Gewalt aufgegriffen und didaktisch aufbereitet. Die Entwicklung und Erprobung weiterer Lernmedien wie einem Bilderset zum Thema „Krieg und Frieden“ und die Neuauflage der Ausstellung „Peace Counts – Erfolge der Friedensmacher“ erfolgte parallel in Veranstaltungen mit Lehrkräften und Schüler:innen.

Frieden und Demokratie

Fake News, Hate Speech und die damit verbundene Gefährdung des friedvollen und demokratischen Zusammenlebens und Zusammenhaltens der Gesellschaft hat auch die Friedensbildung in den Jahren 2018 und 2019 gefordert. Als neues Format bot die Servicestelle erstmalig zusammen mit einem Trainer und einer Trainerin von Diversity Works Duisburg und in Kooperation mit der LpB-Stabsstelle „Demokratie stärken!“ Seminare nach dem Betzavta-Programm an. Die Konflikt-Dilemma-Methode wurde vom Jerusalemer ADAM-Institut als Konzept zur Demokratie- und Friedenserziehung entwickelt und mehrfach ausgezeichnet. „Betzavta“ wird in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit wirkungsvoll eingesetzt. Nach drei zweieinhalbtägigen Basisseminaren begann im September 2019 die erste Betzavta-Trainer-ausbildung bei der LpB für knapp zwanzig Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung.

Pilotprojekt „Modellschulen Friedensbildung“

Im November 2019 startete die Servicestelle das Pilotprojekt „Modellschulen Friedensbildung“ mit bis zu zehn ausgewählten Schulen unterschiedlicher Schularten. Im „Haus auf der Alb“ fand die Auftaktveranstaltung mit Teilnehmenden aller Schulen und mit Gästen aus dem



Roll-up „Modellschule Friedensbildung“.

Kultusministerium und der Schulverwaltung statt. Ziel des Pilotprojektes ist es, über einen Zeitraum von zwei Jahren, bis Ende 2021, ganzheitlich mit Schulen zusammenzuarbeiten und Friedensbildung strukturell und systematisch im System Schule zu stärken. Dabei profitieren die Modellschulen in besonderem Maße von den Erfahrungen und Angeboten der Servicestelle. Dazu zählen Inhouse-Schulungen für Lehrkräfte, Einführung in bestehende und neue Lernmedien, Begleitung von Projektaktivitäten, Vermittlung von Referentinnen und Referenten zu Themen der Friedensbildung, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit.

Fortbildungen für Lehrkräfte, Referendarinnen und Referendare

Der Standort Comburg ist für Lehrkräftefortbildungen bereits fest verankert im Angebotskatalog der Servicestelle. Im November 2018 führte sie dort eine Fortbildung für Lehrkräfte der Sekundarstufe II aller Fächer und Schularten durch zum Thema „Hass, Gewalt, Krieg – wie Jugendliche zum Frieden bilden? Lehren aus der Vergangenheit und friedenspädagogische Ansätze für heute“. Im Januar 2019 folgte eine



Gruppenbild vom Betzavta-Basisseminar 2019 im „Haus auf der Alb“.

Veranstaltung für Lehrkräfte der Sekundarstufe I aller Fächer und Schularten zum Thema „Streitkultur 3.0“ – Krieg, Frieden, Gewalt und Konflikt im Internet“. Flankiert wurden die Fortbildungen jeweils von thematisch passenden Handreichungen der Reihe Friedensbildung AKTUELL. Die Evaluation der Kurse zeigte in beiden Fällen hohe Werte bei Aktualität, Praxisrelevanz, Transfermöglichkeiten in den Lehralltag und bei der Nachhaltigkeit der vermittelten Inhalte.

Auch wurde die Zusammenarbeit mit den Seminaren für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte in Stuttgart und Esslingen über die Jahre 2018 und 2019 verstetigt.

Workshops mit Schulklassen

Im Berichtszeitraum führte die Servicestelle rund 50 Workshops allein mit der Zielgruppe der Schülerinnen und Schüler aller Schularten durch. Die Angebote reichten von 90 Minuten bis zu mehreren Tagen. Vielfach gefragt waren die bewährten Formate „Peace Counts – ein Workshop zu ziviler Konfliktbearbeitung weltweit“ und „Konflikte bearbeiten – aber wie? 90 Minuten zu Konflikten, ihrer Eskalation und ihren Chancen“. Teilnehmende waren auch Schülerinnen und Schüler aus Vorbereitungsklassen an beruflichen Schulen mit keinen oder nur geringen Deutschkenntnissen.

Parallel wurden laufend neue Formate zu aktuellen Themen entwickelt. So engagierte sich die Servicestelle in 2018 im Rahmen des Pilotprojekts „Global Citizenship – SDG 4“ von Engagement Global in der Region Stuttgart. Gemeinsam mit Teamenden führte sie mehrere Workshops an den beteiligten Schulen zum Thema „Ressourcen und Frieden“ durch.

Im Sommer 2019 war die Servicestelle gemeinsam mit der Berghof Foundation erstmalig Partnerin im Landesprogramm Sommerschulen des Kultusministeriums. Zusammen mit Lehrkräften der Walther-Großschule Albstadt, einer der „Modellschulen Friedensbildung“, und der



Foto links: Beim Fachbereichs-übergreifenden Quali-Wochenende im HadA 2018.

Foto unten: Sommerschule in Albstadt 2019.



benachbarten Hauswirtschaftlich-Sozialpädagogischen-Schule, gestaltete sie in der letzten Sommerferienwoche ein Programm für Schülerinnen und Schüler mit erhöhtem Förderbedarf. Inhalte des Vormittagsunterrichts in den Kernfächern Deutsch, Mathematik und Englisch wurden nachmittags lebensnah mit Themen, Methoden und Zugängen der Friedensbildung verbunden. Ziel war es, die Schülerinnen und Schüler in ihrer Friedenskompetenz und -fähigkeit zu stärken und ihnen Impulse für ihr persönliches Friedenshandeln und Engagement zu geben.

5 Jahre Gemeinsame Erklärung

Bei einem kleinen Stehempfang in den Räumlichkeiten der LpB in Stuttgart feierten Vertreterinnen und Vertreter der Unterzeichnerorganisationen am 30.10.2019 auf den

Tag genau das fünfjährige Jubiläum der „Gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in den baden-württembergischen Schulen“. Ein Vertreter des Kultusministeriums und der damalige Kultusminister Andreas Stoch MdL stießen mit an. Die Gemeinsame Erklärung ist Grundlage für die Gründung der Servicestelle im darauffolgenden Jahr 2015. Die 18 Unterzeichnerorganisationen bilden seither den Beirat der Servicestelle. In den Jahren 2018 und 2019 fanden insgesamt vier Beiratssitzungen und acht Sitzungen der Steuerungsgruppe der Servicestelle statt.

Dank an das Team

Viele Aktivitäten der Servicestelle wären auch in den Jahren 2018 und 2019 ohne die freien Mitarbeitenden nicht möglich gewesen. Ihnen

gilt ein besonderer Dank! Um friedenspädagogisch und inhaltlich geschult in die Veranstaltungen zu gehen, besuchten viele alte und neue Mitarbeitende 2018 und 2019 das jährliche Schulungswochenende im Frühjahr im Haus auf der Alb. Hinzu kam das LpB fachbereichsübergreifende Qualifizierungswochenende für freie Mitarbeitende im Herbst 2018. Zwei der Teamenden aus der Servicestelle wirkten selbst als Trainerinnen für Erlebnispädagogik und Interkulturelle Kompetenzen für politische Bildnerinnen und Bildner daran mit.



Gruppenbild beim Stehempfang – mit Prof. Uli Jäger von der Berghof Foundation, Kultusminister Andreas Stoch MdL, Sascha Pelmann vom Kultusministerium, dem stellv. LpB-Direktor Karl-Ulrich Templ und Claudia Möller, Leiterin der Servicestelle Friedensbildung (hintere Reihe von rechts).

5.1 Baden-Württemberg



Exkursion zum Thema „Nachhaltigkeit“ am Bodensee: Austausch über Wissenschaft und Forschung im Max-Planck-Institut für Ornithologie in Möggingen.

Verbindung von historisch-politischer Bildung mit aktuellen Themen

Der Fachbereich Politische Landeskunde kann mit seinem Schwerpunkt auf historisch-politische Bildung aus einem reichhaltigen Fundus schöpfen und sie mit aktuellen, politischen und landespolitischen Themen der Landespolitik verbinden. Exemplarisch vertieft wurden in den Jahresprogrammen von 2018 und 2019 Regionen und Schwerpunktthemen in Exkursionsseminaren, die historische, politische, kulturelle und aktualitätsbezogene Zugänge miteinander verbinden.

Inhaltliche Schwerpunkte

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten in den Jahren 2018 und 2019 gehörten Veranstaltungen zu den Themen „Nachhaltigkeit“, „100 Jahre Revolution – 100 Jahre Frauenwahlrecht“ sowie Wochenend- und Tagesseminare und -exkursionen, die sich einem ausgewählten Thema bzw. einer Region widmeten. Im Fachbereich entstanden 2018/2019 zwei Publikationen: Die Zeitleiste „Der Weg zu Frauenwahlrecht und Demokratie“ als Beitrag zum LpB-Schwerpunkt „100 Jahre Frauenwahlrecht“ sowie die zweibändige Landeskunde in einfacher Sprache „Baden-Württemberg. Einfach kennenlernen – eine Landeskunde“. Hinzu kamen Kooperationen mit Bildungspartnern, u. a. der Schwäbischen Bauernschule in Bad Waldsee, im Rahmen von landeskundlichen Angeboten, u. a. zur Geschichte des Klosterlands Oberschwaben (2018) und zur Rolle und Geschichte des Dialekts in Oberschwaben (2019).

Nachhaltigkeit als Thema bei Exkursionen

Das vor dem Hintergrund des Klimawandels relevante Thema Nachhaltigkeit wurde mit zwei Wochenendexkursionen exemplarisch untersucht. Unter dem Titel „Seezeichen“ startete 2019 eine Reihe, welche die Perspektiven der Bodenseeregion als Modellregion für Nachhaltigkeit und zugleich als eine der meistbesuchten Tourismusregionen in Baden-Württemberg aufzeigte. Auf dem Programm standen Erkundungen und Austausch beim Max-Planck-Institut für Ornithologie in Radolfzell/Möggingen, die Ortserkundung des Vorzeigedorfes für Nachhaltigkeit und Bürgerbeteiligung Möggingen zusammen mit Ortsvorsteher Ralf Mayer, der Austausch über die Denkansätze des BUND in der Hauptgeschäftsstelle ebenfalls in Möggingen, der Erhalt des Streuobstbestandes am Beispiel einer Streuobstmosterei sowie das Thema Naturschutz am gelebten Beispiel des Naturschutzgebietes Mindelsee, des Wollmatinger Rieds in Kon-



Im Gespräch bei Exkursionen zu UNESCO-Welterbestätten, z. B. mit Benediktinerpater der Cella Reichenau Pater Stephan Vorwerk (links) am Bodensee oder mit Ranger Benedikt Schmidt im Biosphärengebiet Südschwarzwald.

stanz sowie dem dazu gehörigen Naturschutzzentrum des NABU.

Eine zweite Seminarexkursion zum Thema Nachhaltigkeit führte in das seit 2017 von der UNESCO anerkannte Biosphärengebiet Südschwarzwald, eine Modellregion, in der in ausgewogener Partnerschaft von Mensch und Natur eine umfassende nachhaltige Entwicklung in ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht verwirklicht werden soll. Von einem der beiden neuen Ranger auf dem Belchen in die Gesamthematik eingeführt, fanden sich im weiteren Verlauf Beispiele für diesen Weg in der naturnahen Landwirtschaft mit regionalen Produkten, u. a. auf einem Biobauernhof. Innovative und naturverträgliche Erlebnis- und Vermarktungs-

angebote erschlossen sich beim Projekt eines genossenschaftlichen Dorfladens und eines Feriendorfes, bei der Begegnung mit Alpakas als Landschaftspfleger, denen die mageren Böden genügen, sowie in einem Wirtshausmuseum, das sich zum soziokulturellen Treffpunkt der Dorfgemeinschaft von Tegernau entwickelte.

Welterbe in Baden-Württemberg

Im Land gibt es aktuell sechs UNESCO-Welterbestätten, die als besondere Zeugnisse der Menschheitsgeschichte gelten. Zu ihnen gehört auch die Insel Reichenau im Bodensee, nahe Konstanz. Am Beispiel der Klosterinsel untersuchte ein Wochenendseminar die Frage nach dem Auftrag und den Perspektiven, die ein Welterbetitel mit

sich bringt. Im Jahr 2000 wurde, für die damals verantwortlichen Akteure vor Ort überraschend, die Reichenau als bedeutendes religiöses, politisches, wissenschaftliches und künstlerisches Zentrum des Mittelalters ausgezeichnet. In der Folge stellte sich die Aufgabe nach dem harmonischen Ausgleich zwischen landwirtschaftlicher Nutzung, Tourismus, Natur- und Landschaftsschutz sowie der Erhaltung der wertvollen Zeugnisse aus der Vergangenheit. Im Zentrum des Austausches vor Ort, u. a. mit der Expertin Dr. Ulrike Laible vom Landesamt für Denkmalpflege, mit dem für den Tourismus Verantwortlichen der Gemeinde Karl Wehrle und dem Benediktinerpater der Cella Reichenau Pater Stephan Vorwerk stellte sich aus unterschiedlichen Perspektiven die Frage nach dem manchmal



Iran-Seminar 2019: Referentin Silvia Kuske und Referent Ali Nasseri.

widersprüchlichen und auch spannungsvollen Verhältnis eines denkmalgerechten Tourismus und einer nachhaltigen Denkmalpflege sowie den Herausforderungen für die Gemeinde und Bevölkerung: Lust oder Last – was bedeutet es, mitten in einem Welterbe zu leben?

100 Jahre Revolution

2018 und 2019 nahm das Wochenendseminar „Zwischen Umsturz und Restauration“ die Ereignisse der Revolution in den Blick, die 100 Jahre zuvor zum Ende der Monarchie und zur Begründung der Weimarer

Republik geführt hatten. Dazu gehörte die Erkundung von Schauplätzen des Umbruchs, in Friedrichshafen, einem frühen Zentrum der revolutionären Bewegung, in Ravensburg und Konstanz sowie im Kloster Salem, wo Prinz Max von Baden, letzter Reichskanzler des Deutschen Kaiserreichs, zusammen mit dem Pädagogen Kurt Hahn das pädagogische Projekt einer Internatsschule begründete.

100 Jahre Frauenwahlrecht

Im Rahmen des LpB-Schwerpunkts „100 Jahre Frauenwahlrecht“ wurde

der lang währende Kampf der Frauenbewegung für Frauenwahlrecht und Demokratie entlang einer Zeitleiste nachgezeichnet, der mit der Revolution 1918 endlich zum Erfolg gebracht werden konnte. Ausgehend von Olympe de Gouges präsentiert die Zeitleiste korrespondierend zur allgemeinen historischen Entwicklung im deutschen Südwesten, Protagonistinnen der Frauenbewegung und ihren Kampf für das Frauenwahlrecht.

Landesgeschichtliche Exkursionen

2018 und 2019 wurde die Reihe der Stadtexkursionen fortgesetzt. Ziel war u. a. Waiblingen, wo – unter dem Motto „eine historische Stadt im Spannungsfeld der Moderne“ – der frühere StadtbauDirektor Kurt Christian Ehinger an Beispielen vor Ort die Epochen der Stadtentwicklung und das Fortschreiten der Stadtsanierung sowie das Projekt Gartenschau im Remstal 2019 und die Planungen für die Internationale Bauausstellung (IBA) in der StadtRegion Stuttgart vorstellte. Auch Stuttgart stand wieder auf dem Programm, das mit dem Politiker und Literaten Theodor Heuss und dem Gestalter und Architekten Le Corbusier, dessen Bauten in der Stuttgarter Weißenhofsiedlung zum UNESCO-Welterbe gehören, zwei überzeugte Reisende und Europäer in den Mittelpunkt stellte.



Zeitleiste zu „100 Jahre Frauenwahlrecht“ in Kooperation mit dem Fachbereich „Frauen und Politik“.

Reihe „Poesie und Politik“

Großen Zuspruch fand die Reihe „Poesie und Politik“, die auf den Spuren des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss die politische Geschichte und die Ideen- und Literaturgeschichte im Südwesten miteinander verbindet. Wie immer unter der fachkundigen Leitung von Susanne Blach, Leiterin des Theodor-Heuss-Museums Brackenheim, folgte die dritte Tour 2018 den Spuren der Reformation, ausgehend vom Reuchlin-Museum in Pforzheim, weiter zu Melanchthon in Bretten und setzte im Kloster Maulbronn ihren Schlusspunkt. 2019 stand die Region um Ludwigsburg auf dem Programm, beginnend bei der Festung Hohenasperg, wo über Jahrhunderte auch Dichter, Revolutionäre, Minderheiten und RAF-Häftlinge unter Verschluss waren. Zweite Station war die Zentrale Stelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen im ehemaligen Frauengefängnis in Ludwigsburg, gefolgt vom Stadtmuseum in Ludwigsburg, das seinen unkonventionell und freiheitlich denkenden Literaten eine Ausstellung widmet.

Reihe „Vielfältig“

Unter dem Motto „Vielfältig“ bietet der Fachbereich immer wieder Tagesseminare zum Thema „Muslimisches Leben“ sowie zum Iran an. Beim muslimischen Leben liegt der Schwerpunkt auf Baden-Württemberg, aber auch, wie 2018, bei allgemeinen Entwicklungen in der Rezeption der Religion des Islam, u. a. zu neuen Ansätzen der Koraninterpretation und von islamischen Reformtheologinnen und -theologen.

Das Iran-Seminar 2019 stellte unter dem Eindruck von 40 Jahren Islamischer Revolution (1979) die Frage: Iran, ein Land im Aufbruch oder Niedergang? Es beleuchtete neben der allgemeinen geschichtlichen,



wirtschaftlichen sowie innen- und außenpolitischen Entwicklung insbesondere auch den Alltag der iranischen Bevölkerung zwischen privat und öffentlich, zwischen Rückzug und Protest.

Landeskundliche Publikation in einfacher Sprache

Ende 2019 erschien die zweibändige Landeskunde in einfacher Sprache „Baden-Württemberg. Einfach kennenlernen – eine Landeskunde“. Die Landeskunde stellt das Land in seinen wichtigen Grundzügen vor und präsentiert anschaulich und in einfacher Sprache die geografische, historische, politische sowie kulturelle Vielfalt Baden-Württembergs.

- Band 1 zeigt die geografischen Besonderheiten, die Landschaften, die kulturelle Vielfalt und die Besonderheiten der Natur. Zudem geht es hier um die Geschichte Baden-Württembergs bis in die Gegenwart, um die Bevölkerung, die Religionen, das Leben in der Stadt und auf dem Land und um die Wirtschaft.
- Band 2 erklärt die Grundlagen von Demokratie und Verfassung und gibt wesentliche Grundinfos



mit den Schwerpunkten Kommunal- und Landespolitik. Der Band vermittelt politische Zusammenhänge und gibt Einblicke in die Möglichkeiten gesellschaftlicher und politischer Teilhabe vor allem auf der kommunalen und Landesebene.

Der Text folgt Empfehlungen für eine „einfache Sprache“, um die Informationen klar und verständlich aufzubereiten und die Hemmschwelle für die Beschäftigung mit gesellschaftlichen und politischen Themen zu senken.

Die Landeskunde eignet sich für eine erste Orientierung über Politik und Gesellschaft und bietet die Grundlage für eine weitere Vertiefung. Sie richtet sich an allgemein Interessierte, die sich einen schnellen und anschaulichen Überblick verschaffen möchten. Sie möchte vor allem Jugendliche, Gäste des Landes und Menschen informieren, deren Erstsprache nicht Deutsch ist. Angesprochen sind auch Personen, die eine eher geringere Leseerfahrung haben.

5.2 Integration



Nicht mehr wegzudenken aus dem Angebotsportfolio der Landeszentrale: die Lehr- und Lernfibel „Leben in Deutschland“ und das Kursbuch „miteinander leben“.

Herausforderung Integration

Die Integration geflüchteter Menschen ist eine Aufgabe, an der sich auch die politische Bildung beteiligen muss, denn unter Expert:innen ist unstrittig, dass Sprachkenntnisse alleine nicht reichen, um für ein gedeihliches Miteinander und eine positive Integration fremder Menschen zu sorgen. Wirklicher Zusammenhalt entsteht erst auf der Basis gemeinsamer Werte und einem konstruktiven Umgang mit der Vielfalt. Wer Integration in diesem Sinne versteht, investiert in die Zukunft.

Neuaufgabe „Leben in Deutschland“ – Erstororientierung für Flüchtlinge

Die Landeszentrale engagiert sich mit vielfältigen Aktivitäten für die Integration von Geflüchteten in Baden-Württemberg. Zu dem breiten Spektrum an Angeboten der LpB in diesem Bereich gehören auch Materialien, in denen wir Geflüchtete mit unserem Land, seiner demokratischen Grundordnung, interkulturellen Aspekten und Themen wie Schule und Bildung vertraut machen. Unter dem Titel „Leben in Deutschland“ entwickelte die LpB dazu eine Lehr- und Lernfibel, die ehrenamtliche Helfer/-innen und kommunale Bildungsträger bei der Erstorientierung für Geflüchtete einsetzen können. Grundlegender Unterschied zu bereits bestehenden Leitfäden und Orientierungshilfen: Wir gehen über eine reine Informationsvermittlung hinaus und beziehen die Menschen mit ihren Erfahrungen und Prägungen aktiv in Gespräche über ihre neue Lebenswirklichkeit ein. Um dies zu ermöglichen, werden alle Themenbausteine in leichter Sprache verfasst und sprachdidaktisch überarbeitet. So entsteht eine Verzahnung von Sprachför-

derung mit einer Erstorientierung zu Grundlagen eines konstruktiven Zusammenlebens und anderen integrationsrelevanten Themen. Eine Vielzahl von Zeichnungen und Fotos in den Materialien illustrieren dabei die wichtigsten Grundrechte und machen ihre Bedeutung für Freiheit und Gerechtigkeit anschaulich. Diese Visualisierungen dienen auch dazu, wechselseitige Erwartungen von Flüchtlingen und der Aufnahmegesellschaft zu benennen und zu diskutieren. Erst aus diesem Klärungsprozess heraus erwächst die Fähigkeit, Irritationen und Abwehrhaltungen vorzubeugen und konstruktiv mit entstehenden Konflikten umzugehen. Mit den Materialien lässt sich anschaulich, verständlich und wertebasiert vermitteln, was Demokratie ausmacht und welche Bedeutung sie für unser Zusammenleben hat.

Neuaufgabe „miteinander leben – Unterrichtsmaterial für Orientierungs- und Sprachkurse“

Mit etwa 115.000 verkauften Exemplaren ist „miteinander leben“ inzwischen zu einem Bestseller im Publikationsprogramm der Landeszentrale ge-

worden. Es erscheint 2019 bereits in achter Auflage und wird bundesweit in Integrationskursen eingesetzt.

„miteinander leben“ macht Migrantinnen und Migranten mit Grundlagen der deutschen Geschichte vertraut, bringt ihnen Demokratie und Beteiligungsmöglichkeiten näher und liefert Impulse für Diskussionen über Familie, Bildung und Integration. Großformatige Fotos und eine einfache, aber authentische Sprache machen komplexe Zusammenhänge verständlich. Lebensweltbezogene Fälle zeigen, wie uns Politik betrifft und wie sich Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungen einmischen können.

Ursprünglich für die politische Bildungsarbeit mit Migrantinnen und Migranten entwickelt, wird das Buch inzwischen auch von vielen Lehrerinnen und Lehrern im Unterricht eingesetzt.

Neuaufgabe „Ansichtssache(n)! – 100 Zeichnungen und Fotos zu Demokratie und Grundrechten

Was bedeutet Demokratie eigentlich? Was ist ein Rechtsstaat? Wie unterscheiden sich Demokratien von Diktaturen? Die Fragen mögen banal klingen, Studien belegen jedoch, dass viele Menschen allenfalls ein diffuses Verständnis von diesen Begriffen haben. Die meisten Erklärungen in den Medien und Klassenzimmern sind abstrakt, kompliziert oder sprachlich nur schwer verständlich. „Ansichtssache(n)!“ will diese Barrieren reduzieren und als inklusives Lernmedium breite Zugänge für unterschiedliche Lerngruppen ermöglichen.

Die 100 Zeichnungen und Fotos im Bildersetz machen Demokratie und Grundrechte zu „Ansichtssache(n)“: Sie zeigen, was zur Demokratie gehört, und machen erfassbar, welche Bedeutung sie für ein selbstbe-

stimmtes Leben und ein konstruktives Miteinander hat. Dass visuelle Zugänge zu diesen Themen gefragt sind, zeigt die Resonanz aus Schulen und anderen Bildungseinrichtungen: Das Bildersetz erschien 2019 bereits in zweiter Auflage.

Workshops und Seminare

Ein besonderes Highlight im Berichtszeitraum stellte das Theaterstück „Wie ich will“ im Ausbildungscampus in Stuttgart dar. Die teilnehmenden jungen Geflüchteten setzten sich während des einwöchigen Theaterworkshops mit den Grundrechten auseinander, erzählten ihre Geschichten, schrieben Texte und inszenierten und spielten diese selbst. Neben dieser erfolgreichen und bewegenden Veranstaltung wurden viele weitere Workshops für Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund durchgeführt. So wurden z. B. Kindern in einer Stuttgarter Flüchtlingsunterkunft alle zwei Wochen Spielnachmittage zu den Themen Ankommen, Regeln, Selbstbestimmung oder Konflikte angeboten, Schülerinnen und Schülern einer Vorbereitungsklasse vier Tage lang die demokratischen Grundprinzipien nähergebracht, mit Jugendlichen im Zentrum für internationale Begegnung über Diskriminierung und Toleranz diskutiert, mit jungen Geflüchteten über Vorurteile gesprochen oder mit VABO-Klassen Workshops zu den Themen Identität, Gemeinschaft und Gesellschaft oder Geschlechterrollen durchgeführt.

Qualifizierungen und Seminare für Lehrkräfte

Der bundesweite Integrationskurs besteht aus zwei Teilen: einem Sprachkurs und einem Orientierungskurs, der Migrantinnen und

Migranten Grundlagenkenntnisse zu Themen aus Politik, Geschichte und Gesellschaft vermittelt. Der Orientierungskurs ist in den letzten Jahren gewachsen: von 30 über 45 und 60 auf 100 Unterrichtseinheiten. Die LpB hat diesen Prozess immer wieder mit Impulsen begleitet und das zugrundeliegende Curriculum im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vollständig überarbeitet. Damit ist nicht nur der Umfang neu, sondern auch der Anspruch. Werte rücken in den Mittelpunkt, nicht abstrakt, sondern immer mit der Frage, was Demokratie und Grundrechte für unser Handeln in konkreten Situationen im Alltag bedeuten. Das Curriculum macht auf diese Weise Integration zum zentralen Thema. Dazu gehören auch das Einüben von Beteiligung und Toleranz und die Auseinandersetzung mit wechselseitigen Erwartungshaltungen von Migranten und der Aufnahmegesellschaft.

In Integrationskursen unterrichten in der Regel Lehrkräfte, die zwar über eine sprachdidaktische Ausbildung verfügen, aber mit den Methoden und fachlichen Grundlagen politischer Bildung wenig vertraut sind. Dabei geht der Orientierungskurs in seinem Anspruch und Zielen weit über traditionelle Landeskunde hinaus und stellt die Kursleiterinnen und Kursleiter vor fachliche, pädagogische und methodische Herausforderungen. Gemeinsam mit dem BAMF hat die LpB deshalb eine Zusatzqualifizierung für Lehrkräfte in Orientierungskursen erarbeitet. Bis Ende 2019 haben fast 1.300 Kursleiter/-innen diese Qualifizierung durchlaufen. Das Angebot stößt nach wie vor auf große Resonanz, weil die LpB bundesweit als eine der wenigen Einrichtungen für die Durchführung durch das BAMF zertifiziert wurde.

5.3 Medienpädagogik



Im Workshop „Harry Potter und die Freiheit der Elfen“ entstanden selbst gemachte Flyer (rechts), die gesamte Veranstaltungsreihe wurde auf Social Media begleitet (links).

Medienpädagogische Veranstaltungsreihe: „Von Hogwarts nach Wakanda“

Flugzettel für die Rechte der Elfen bei Harry Potter gestalten, Fortnite tanzen und am eigenen Leib den Teamgeist der Avenger-Heldinnen und -helden erfahren – das durften Kinder und Jugendliche ab 10 Jahren bei „Von Hogwarts nach Wakanda. Eine Reise zu Demokratie und Werten in modernen Mythen“, einer von der LpB und dem Kulturzentrum Merlin Stuttgart ins Leben gerufenen Veranstaltungsreihe. In Workshops beschäftigten sie sich gemeinsam mit politischen Fragestellungen am Beispiel ihrer Fantasy- und Superheldinnen und -helden.

Politische Bildung mit Fantasy- und Superheldinnen und -helden

Mit Unterstützung von Medienpädagoginnen und -pädagogen sammelten die jungen Teilnehmenden der Veranstaltungsreihe „Von Hogwarts nach Wakanda“ in unterschiedlichen thematischen Workshops ihr Wissen zu ihren Superheldinnen und Superhelden und stellten es auf spielerische Art und Weise in den Kontext demokratischer Werte. So lernten sie, bestimmte Verhaltensweisen ihrer Vorbilder zu hinterfragen, aber auch Bezüge zur realen Welt herzustellen. Denn ob Harry Potter, Star Wars oder Superman: Superheldinnen und -helden sowie Fantasy sind bei Kindern und Jugendlichen gefragter denn je. Dabei haben diese modernen Mythen politische Dimensionen, die es sich lohnt, genauer zu betrachten: Batman und Selbstjustiz, Harry Potter und der Widerstand, Star Wars und der Wandel von Gut zu Böse. Die Kinder lernen hier viel über Politik und Gesellschaft, über Ethik, Macht, Gerechtigkeit und Freiheit. Direkt nach den Workshops gab es Vor-



träge, die mit Filmbeispielen und erstaunlichem Insiderwissen die Aspekte von Demokratie und Widerstand, der Menschenrechte und ihrer Verteidigung in popkulturellen Welten für die breite Öffentlichkeit thematisierten. Hier fanden anregende Diskussionen über die Rettung von Frieden, Freiheit und Demokratie in der Welt der Orks, Jedi-Ritter, Zauberinnen, Piraten und Superhelden – und in der Realität statt.

Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL hat die Schirmherrschaft über das Projekt übernommen. Die Nachfrage und das Interesse von Eltern, Jugend- und Kinderorganisationen sowie anderen Einrichtungen wie Volkshochschulen oder städtischen Einrichtungen an den Workshops der Veranstaltungsreihe an die LpB waren groß. Darum erstellt die LpB eine Publikation, die die Veranstaltungsreihe dokumentieren soll und als Workshop-Anleitung dienen kann.

**Vortrag:
„Wahlkampf in Social Media“**

Bei Wahlen spielen die sozialen Medien eine immer größere Rolle und nehmen Einfluss auf die Bürgerinnen und Bürger. Wie der Wahlkampf in Social Media bei den Kommunalwahlen 2019 in Baden-Württemberg ablief – diesem Thema widmete sich der aus TV, Twitter sowie Politik- und Journalistenkreisen bekannte Politikberater Martin Fuchs in seinem Vortrag in der Landeszentrale in Stuttgart. Dabei stellte er fest, dass man mit Social Media in Baden-Württemberg keine Wahlen gewinnt, sie aber verliert, wenn man diese nicht richtig nutzt.

Fuchs klärte auf, wie Politiker:innen auf Facebook, Twitter und Co. um die Gunst der Wählerschaft werben. Oft fehle es an einer Strategie. Und auch die Zeit zwischen den Wahlen nutzten die Politiker:innen nicht entsprechend, um die Menschen mitzunehmen und sie über ihre Aktivitäten auf dem Laufenden zu halten. Daraus zog er den Schluss, dass in Baden-Württemberg viele Politikerschaffende die Potentiale von Social Media noch nicht erkannt hätten. Für große Lacher sorgten die von Fuchs ausgewählten „Wahlplakate from hell“, die Beispiele missglückter Wahlwerbung auf den digitalen Kanälen zeigten.

Workshop: Sicherheit im Netz und in den sozialen Medien.

Beim Einkaufen, dem Kontakt mit Freunden oder in der Arbeit – das Internet und die sozialen Medien gehören inzwischen zum festen Bestandteil unseres Alltags. Dabei legen wir uns eine digitale Identität zu, geben unsere Daten preis und hinterlassen Spuren im Internet.

Beim Workshop ging es um die eigene digitale Identität, die Ottonormalverbraucher:in bei der Nutzung von Facebook, Google, Amazon und Co. von sich preisgibt. Dabei lernten die Teilnehmenden, wie man mit sozialen Medien reflektiert umgehen und sich generell datensparsam im Netz verhalten kann, welcher Risiken man sich bewusst sein muss, wie es um die eigene Datensicherheit bestellt ist, welche Einstellungen man beachten sollte, welche Alternativen es gibt und wo man Unterstützung bekommt. Denn „Nichts – auch nichts im Netz ist kostenlos. Wir bezahlen mit unseren Daten“, so die Referenten Jonas Vollmer und Jens Glutsch vom Verein Selbstbestimmt.Digital e. V. Sie klärten auf, wie wir uns in der digitalen Welt besser schützen können und gaben dazu praktische Tipps.

41. Stuttgarter Tage der Medienpädagogik

Bei den 41. Stuttgarter Tagen der Medienpädagogik stand das „Aufwachsen mit Medien“ im Mittelpunkt. Die Gestaltung und Begleitung des Medienumgangs von Kindern und Jugendlichen ist eine wichtige Aufgabe, vor allem für Familien. Einige aktuelle Medienstudien schlagen einen kritischen Ton an und warnen vor den Gefahren der Mediennutzung für Heranwachsende. Dies kann Eltern verunsichern. Sie sehen sich vor die vermeintliche Alternative gestellt, ihren Kindern die Mediennutzung zu verbieten,

was kaum durchsetzbar wäre, oder sich permanent in Sorge zu wähen, ihre Kinder zu gefährden.

Gleichzeitig richtet sich die Gesellschaft immer mehr auf eine digitale Welt aus: Industrie 4.0, digitale Bildung und mobiles Lernen, Smart Home und Toolification sind nur einige Stichworte. In der Familie wird der Grundstein für einen kompetenten Medienumgang gelegt. Wie können Familien im Hinblick auf die wachsenden Anforderungen der Mediengesellschaft gestärkt werden?

Die 41. Stuttgarter Tage der Medienpädagogik beschäftigten sich mit Ansätzen und Praxisbeispielen der Medienbildung und -pädagogik in Familien und der Frage, was Eltern für eine gelingende Medienerziehung brauchen. Dabei kam auch eine kritische Auseinandersetzung mit neuen Medienstudien nicht zu kurz. In Vorträgen und Workshops wurde die Mediennutzung von Familien vorgestellt, Problemfelder herausgearbeitet und Handlungsstrategien diskutiert.

LpB-Podcast „POLITISCH BILDET“

Politische Bildung zum Hören gibt es seit Anfang 2019 mit dem Podcast „POLITISCH BILDET“. Bei diesem neuen Format geht es regelmäßig 20 Minuten lang um eine gesellschaftliche, politische oder historische Kontroverse – bearbeitet mit den Handwerkzeugen der politischen Bildung. Wissenswerte Fakten, das Für und Wider dazu, gesellschaftliche Hintergründe und die Bedeutung demokratischer Werte kommen zur Sprache. Mit dem Podcast sollen Gedanken angestoßen und zur eigenen Meinungsbildung angeregt werden.

Sie können unseren Podcast POLITISCH BILDET über www.lpb-bw.de/podcast-lpb oder bei Soundcloud, Spotify, podcast.de und iTunes hören und abonnieren!

5.4 Europa und Internationales



Junge Menschen für Europa begeistern – das ist das Ziel der Europawochen, an denen sich die Landeszentrale jährlich im Mai mit unterschiedlichen Aktionen und Infoständen an Schulen und Rathäusern beteiligt. Foto: Adobe Stock

Europa als zentrales Veranstaltungsthema, vor allem im Wahljahr 2019

Der Fachbereich Europa und Internationales bereitet im Rahmen seiner politischen Bildungsarbeit aktuelle und relevante europäische Themen auf und bespricht diese mit den Menschen in unterschiedlichen Veranstaltungsformen. Dies fand 2018 in über 50 Veranstaltungen statt. 2019 stand ganz im Zeichen der Wahl zum Europäischen Parlament, die zum 9. Mal vom 23. bis 26. Mai 2019 stattfand. Rund 400 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus 28 EU-Mitgliedstaaten waren aufgerufen, an der Europawahl teilzunehmen. Wie üblich in Wahljahren, so steigerte der Fachbereich auch im Wahljahr 2019 die Zahl seiner Veranstaltungen auf über 80 Stück.

Europa-Wochen 2018

Im Zentrum des Jahres 2018 standen die Europawochen der LpB (2. bis 18. Mai). Der Fachbereich beteiligte sich im Rahmen der Europawochen mit unterschiedlichen Veranstaltungsformaten und verschiedenen europapolitischen Themen. Stellvertretend für einige Veranstaltungen steht der Diskussionsabend „Freiheit. Wohlstand. Schutz. Neue Konzepte für Europa“ (14. Mai 2018, Kooperation mit dem Europe Direct Informationszentrum Stuttgart und dem Evangelischen Bildungszentrum Hospitalhof Stuttgart).

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatte 2017 bemerkenswerte Vorschläge zur Weiter-

entwicklung der Europäischen Union eingebracht und damit die Debatte um die Zukunft Europas sehr inspiriert. Es geht um tiefgreifende Reformen u. a. in den Bereichen Finanzen und Wirtschaft, Sicherheit und Verteidigung sowie Migration. Für die Umsetzung seiner Pläne setzte Macron auf eine unverzagte deutsch-französische Kooperation. Aber wie wurden seine europapolitischen Visionen in Frankreich, in Deutschland und auf europäischer Ebene aufgenommen? Darüber diskutierten die Teilnehmenden der Veranstaltung ein Jahr vor der Europawahl mit Expertinnen und Experten wie Prof. Dr. Gabriele Abels, Jean Monnet-Professorin für deutsche und europäische Politik an der Universität Tübingen, Prof. Dr. Henrik Uter-

wedde vom Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg und Markus Grabitz, Brüssel-Korrespondent der Stuttgarter Zeitung/Stuttgarter Nachrichten.

Soziales Europa im Gespräch

Die langjährige Reihe „Soziales Europa im Gespräch“ wurde auch in den Jahren 2018 und 2019 im Haus der Katholischen Kirche Stuttgart mit den Kooperationspartnern Europe Direct Informationszentrum Stuttgart, dem Katholischen Bildungswerk Stuttgart und dem Ministerium der Justiz und für Europa Baden-Württemberg fortgesetzt. Vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosenzahlen, unterschiedlicher gesellschaftlicher Realitäten in den EU-Ländern und Globalisierungsängsten ging die Veranstaltungsreihe 2018 der Frage nach: „Ein soziales Europa? Wunsch und Wirklichkeit“. 2019 standen dagegen mit den Gelben Westen in Frankreich oder der Fridays for Future-Bewegung die Protestbewegungen im europapolitischen Kontext im Mittelpunkt der Veranstaltungsreihe. „Was bewegt Europa?“ war hier die Leitfrage.

Seminar mit Jugendlichen aus Deutschland, Frankreich & Polen

Das Jahr 2018 – hundert Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs – gab Anlass genug, mit jungen Europäerinnen und Europäern aus Frankreich, Polen und Deutschland europäische Entwicklungen zu betrachten, ohne die Wirklichkeit der Jugendlichen zu vergessen.

Europa entdecken – durch den direkten Kontakt mit Schülerinnen und Schülern aus Deutschland, Frankreich und Polen sollten Vorurteile abgebaut, aber auch Fragen nach der eigenen und einer europäischen Identität in den Fokus gerückt werden. In diesem Seminar erlebten die Schülerinnen und Schüler



Donausalon 2018
Ungarn – ein Donauland in der Mitte Europas

Freitag, 16. November 2018
17 bis 21 Uhr
Donaubüro



2018 war Ungarn, das Donauland in der Mitte Europas, Thema des Donausalons in Ulm.

Europa durch die Begegnung miteinander und den Besuch Straßburgs konkret, um so zu erkennen, dass nur ein tolerantes, demokratisches und offenes Europa Vielfalt ermöglichen, Frieden sichern und ein Leben in Freiheit garantieren kann. Durch die Vermittlung grundlegender Informationen und Beschäftigung mit aktuellen Entwicklungen wurde den jungen Teilnehmenden der politische Alltag in Europa nahegebracht und Interesse für europäische Politik geweckt. All dies geschah bei der Veranstaltung „Wir sind Europa! – Unsere Rechte als europäische Jugendliche“ vom 8. bis 13. April 2018 im Haus auf der Alb in Bad Urach.

Donaufest 2018

Gemeinsam mit den Gästen des Internationalen Donaufestes 2018 wurden wesentliche Fragen des Zusammenlebens – Vielfalt und Ein-

heit – aufgeworfen und diskutiert. Und im gleichen Jahr wurde die aktuelle politische Situation des EU-Mitgliedslandes Ungarn, dem Donauland in der Mitte Europas, im sogenannten Donausalon des Donaubüros Ulm/Neu-Ulm mit vielen Kooperationspartnerinnen und -partnern intensiv beleuchtet. Der Fachbereich war in Kooperation mit der Stabsstelle Kommunikation und Marketing vor Ort mit einem Themenzelt und dem Format „EUROPEAN HOUSE“ präsent (9. bis 11. Juli und 13. bis 15. Juli). Das European House ist ein Modell, die EU und Europa anschaulich zu erklären. Gemeinsam mit den Gästen des Donaufestes wurde das Europäische Haus gebaut. Dabei wurden wesentliche Fragen des Zusammenlebens aufgeworfen. Unter anderem konnten Gäste herausfinden, wie Vielfalt mit Einheit verbunden werden

kann, sie konnten ihr Wissen über die EU erweitern und sich selbst als EU-Bürger erfahren und reflektieren.

Afrika, Lateinamerika und Amerika im Fokus

Der Fachbereich „Europa und Internationales“ nimmt auch Regionen und Länder außerhalb Europas ins besondere Blickfeld. So bildete der Nachbarkontinent Afrika in der Reihe „Afrika im Fokus“ mit den Ländern südlich der Sahara bzw. die gegenseitigen Beziehungen zu Europa in Kooperation mit einigen Volkshochschulen im Land im Jahr 2018 einen Schwerpunkt. 2019 konzentrierte man sich dagegen auf Lateinamerika mit einem besonderen Fokus auf Bolivien in Kooperation mit dem Sudhaus Tübingen. Zu beiden Kontinenten wurden zudem Offene Seminare angeboten.

Aber auch Amerika war Thema mit einer Halbzeitbilanz der Trump-Administration im Rahmen einer Kooperation mit dem Verein der Städtepartnerschaft Tübingen – Ann Arbor e. V., dem d.a.i. und der Stadt Tübingen. Dieser Abend beschäftigte sich unter anderem mit der Frage, wie Donald Trump und die EU zueinander stehen. Ein besonderes Augenmerk wurde außerdem auf die Automobilindustrie in den USA gelegt.

Innereuropäische Entwicklungen

Doch auch innereuropäische Entwicklungen waren Gegenstand diverser Veranstaltungen. So beschäftigte sich der Fachbereich beispielsweise mit Großbritannien und den Ursachen und möglichen Folgen des Brexit, Polen („Polen – EU-Staat ohne Gewaltenteilung?“ bzw. „100 Jahre Wiedererlangung der staatlichen Souveränität Polens“ in Kooperation mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Pforzheim-Enzkreis)

und Georgien. Anlässlich des Gastauftrittes von Georgien auf der Frankfurter Buchmesse im Herbst 2018 stellte der Historiker und Autor Stephan Wackwitz sein Buch „Die vergessene Mitte der Welt“ bei einer Lesung in Bad Urach vor und berichtete von seinen Beobachtungen über die dramatischen politischen Umwälzungen in Georgien und seinen Eindrücken aus den Nachbarländern Armenien und Aserbaidschan.

Offene Seminare im HadA

Im LpB-Tagungszentrum „Haus auf der Alb“ führte der Fachbereich in 2018 und 2019 verschiedene Offene Seminare durch, etwa zur Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU, zur Frage nach der Aktualität der Theorien von Karl Marx anlässlich seines 200. Geburtstags oder zu den Ursachen und Folgen eines erstarkten Populismus in Europa auf und in den europäischen Grenzregionen.

Zusammenarbeit mit der Bundeswehr

Schon seit mehreren Jahren arbeitet der Fachbereich „Europa und Internationales“ produktiv und wechselseitig mit der Bundeswehr im Bereich der politischen Bildung zusammen und befördert dabei auch den zivil-militärischen Dialog nachhaltig. Diese Zusammenarbeit orientiert sich in Inhalt und Kooperationsform am Prinzip der „inneren Führung“ sowie an den didaktischen Leitgedanken des „Beutelsbacher Konsens“. Das Spektrum der Themen für die Soldatinnen und Soldaten war auch in 2019 breit und reichte von Deutschlands Rolle im UN-Sicherheitsrat über die gewalttätigen Konflikte in der östlichen und südlichen EU-Nachbarschaft bis hin zu Veranstaltungen zu sicherheitspolitischen



Herausforderungen vor dem Hintergrund von Cyberangriffen oder dem Klimawandel.

Neues Planspiel zur Ukraine

Der Fachbereich lieferte 2019 mit dem neuen Planspielheft „Ukraine – Zwischen Europäischer Union und Eurasischer Wirtschaftsunion“ einen Beitrag in der LpB-Reihe „Planspiele“. Das Planspielheft ermöglicht die Simulation einer internationalen Krisensituation, um ein Grundverständnis des Konflikts zu erlangen, politische Abläufe nachvollziehbarer zu machen und dabei Ansätze anzuwenden, die der Konfliktbearbeitung dienen. Im Planspiel treffen sich sechs Akteure: Ukraine, Russland, die „Volksrepubliken“ Donezk/Lugansk, die Europäische Union, „Human Rights Watch“ sowie die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). In Verhandlungsgruppen suchen diese Akteure nach einem Konsens bei den Themen Sicherheit, politische Zusammenarbeit, humanitäre Belange und Wirtschaft. Neben einer methodischen und inhaltlichen Einführung enthält das 84-seitige Planspielheft Materialien



zur eigenständigen Durchführung der Simulation. Zielgruppen des Planspiels sind neben Schulklassen außerschulische Gruppen wie junge Erwachsene in Freiwilligendiensten, Soldat:innen oder Seniorengruppen.

Schwerpunkt Europawahl 2019

Am 26. Mai wählten die 400 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union ihre Abgeordneten zum Europäischen Parlament. Die Wahlen fanden vor dem Hintergrund zahlreicher Krisen und Herausforderungen in Europa statt: Euro- und Finanzkrise, Krise der europäischen Asyl- und Migrationspolitik, der Brexit und das Aufkommen von populistischen und nationalistischen Strömungen, die die EU ablehnen oder sogar aktiv bekämpfen. Vor diesem Hintergrund wurden bei zahlreichen LpB-Veranstaltungen unterschiedliche Szenarien und Perspektiven zur künftigen Ent-

wicklung der Europäischen Union vorgestellt und kritisch reflektiert. Vorträge vor und nach der Wahl erfolgten an vielen Orten Baden-Württembergs in Kooperation mit den örtlichen Volkshochschulen (u. a. Landkreis Karlsruhe, Crailsheim, Calw, Laichingen/Blaubeuren, Lahr, Leinfelden-Echterdingen, Schwäbisch Hall, Wangen im Allgäu).

Ein Höhepunkt war der Informationsabend zum Thema „Was bedeuten die aktuellen politischen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten für die Europäische Union?“ am 5. April 2019 in Heilbronn. Dr. Timo Lochocki, Sozialwissenschaftler und Buchautor aus Berlin, informierte in einem Impulsvortrag zu den aktuellen politischen Entwicklungen in Europa und den nationalistischen Tendenzen in vielen Ländern der EU. Daran schloss sich eine offene Diskussion gemeinsam mit Prof. Dr. Ulrich Eith von der Universität Freiburg an.

Bustour – Europawahl zum Anfassen

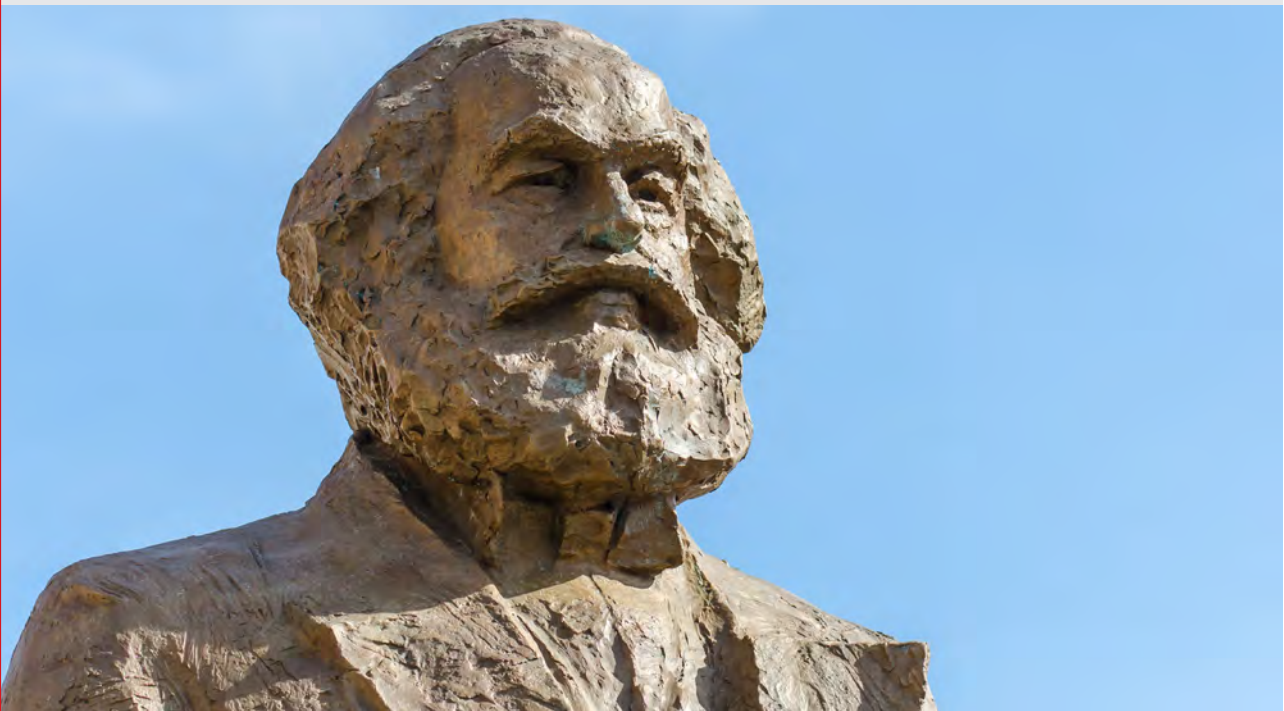
In Kooperation mit dem Ministerium der Justiz und für Europa tourte der Europawahlbus vom 6. bis 25. Mai durch insgesamt 14 Städte in ganz Baden-Württemberg. Die Landeszentrale war an fünf Orten live dabei: Freudenstadt, Ravensburg, Ulm, Villingen-Schwenningen und auch in Stuttgart (hier kombiniert mit dem Europaaktionstag 2019). Ziel der Bustour war es, die Wahlberechtigten in Baden-Württemberg über die Europawahl zu informieren und sie zu motivieren, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Neben Infomaterial und der Möglichkeit zum persönlichen Gespräch erwarteten die Besucherinnen und Besucher am Bus zahlreiche Interaktionsmöglichkeiten wie ein Europa-Puzzle, ein Europa-Duell oder eine Foto-Aktion.

Europanacht

Zu einer „bunten europäischen Denkwerkstatt“ lud das Landesnetzwerk Politische Bildung Baden-Württemberg am 11. April 2019 nach Stuttgart ein. Im Kulturwerk-Ost gab es unter dem Titel „Welches Europa wollen wir?“ Wissenswertes, Bedenkenswertes und Hörenswertes. Dem einleitenden Impuls zur Frage „Europa am Scheideweg: Kommen die vereinigten Staaten von Europa?“ folgte ein World Café mit sechs Thematischen, unter anderem zu Migration, Soziales, Umwelt und europäischen Werten. Schließlich regte die Podiumsdiskussion „Welches Europa wollen wir?“ zur Diskussion an. Mitwirkende am Programm waren unter anderen „MrWissen2Go“ Mirko Drotschmann und Dominik „Dodokay“ Kuhn, Regisseur und Comedian.



5.5 Bildungsreisen



Der 200. Geburtstag von Karl Marx führte 2018 eine Reisegruppe in seine Geburtsstadt Trier (Foto: Wikimedia Commons | Jan Maximilian Gerlach | CC BY-SA 2.0).

Geschichte und Politik vor Ort erleben

Der Fachbereich „Europa und Internationales“ hat seit vielen Jahren auch Bildungsreisen im Angebot – und stößt damit Jahr für Jahr auf große Nachfrage. Diese werden selbst oder in Kooperation durchgeführt – und führten 2018 und 2019 aufgrund der hohen Nachfrage erneut in zentrale europäische Städte (Brüssel, Straßburg, Frankfurt) und in Regionen, die von europäischer Geschichte geprägt wurden und werden. Im Jubiläumsjahr 2018 waren zum 200. Geburtstag von Karl Marx außerdem Reisen zu den Wirkungsstätten des europäischen Denkers im Angebot und 2019 aus aktuellem Anlass ins EU-Mitgliedsland Griechenland.

Bildungsreisen 2018

Frankfurt/Main: Europäische Zentralbank (1 Tag), Ravensburg: Europa und der 30-jährige Krieg (1 Tag), Trier und Luxemburg: Auf den Spuren von Karl Marx (3 Tage), 2x Straßburg: Europäisches Parlament (je 1 Tag), Irland und der Brexit (7 Tage), Serbien und Montenegro (9 Tage), Sizilien (8 Tage).

Bildungsreisen 2019

Frankfurt/Main: Europäische Zentralbank (1 Tag), 2x Straßburg: Europäisches Parlament (je 1 Tag), Brüssel (4 Tage), Griechenland (10 Tage).

Zentrale europäische Städte (2018/2019)

Straßburg: Die Zukunft Europas wird nicht zuletzt in Straßburg entschieden. Die Metropole versteht sich als „Hauptstadt Europas“ und ist Sitz zahlreicher europäischer Einrichtungen. Das Programm

beinhaltet stets einen Besuch des Europäischen Parlaments sowie eine Führung durch die Straßburger Altstadt.

Frankfurt/Main: Die Europäische Zentralbank gilt als Garant für einen stabilen Euro und für Preisstabilität im Euroraum. Die Maßnahmen dafür sind allerdings nicht unumstritten. Bei der Bildungsfahrt hatten die Teilnehmenden Gelegenheit, die EZB von innen kennenzulernen und sich vor Ort über Rolle und Aufgaben der EZB zu informieren.

Brüssel: Die Reisegruppe lernte auf dieser Bildungsreise die Zentralen der politischen Entscheidungsträger der Europäischen Union kennen. Sie sprach mit Mitarbeitenden des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission und Abgeordneten des Europäischen Parlaments sowie Vertreter:innen von Interessengruppen und -verbänden. Gespräche mit EU-Expert:innen und

Mitarbeitenden der Institutionen und Lobbyistenvereinigungen halfen zudem das komplexe EU-System zu verstehen.

Trier und Luxemburg (2018)

Karl Marx ist vor 200 Jahren in Trier auf die Welt gekommen. Er war Journalist, Autor, Philosoph, Ökonom und Revolutionär, der die Entwicklungen in Deutschland und Europa stets kritisch im Blick hatte. Aus diesem Anlass widmeten sich zwei Ausstellungen in Trier diesem bedeutenden Denker des 19. Jahrhunderts. Zudem besuchte die Gruppe am Dreiländereck den europäischen Nachbarn Luxemburg und dort den Europäischen Gerichtshof, der gewährleisten soll, dass EU-Recht in allen EU-Mitgliedsländern auf die gleiche Weise angewendet wird.

Ravensburg (2018)

Im 17. Jahrhundert befand sich ganz Europa im Krieg. Es ging um die Vorherrschaft im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und in Europa und zugleich um einen Religionskrieg. Die Folgen für die Bevölkerung waren durch die Kriegshandlungen, durch Hungersnöte und Seuchen entsetzlich. In der Ausstellung „Der Dreißigjährige Krieg“ des Museums Humpis-Quartier in Ravensburg bekamen die Teilnehmenden einen Eindruck von damals und setzten sich mit den Auswirkungen auf Europa und Oberschwaben auseinander. Eine Stadtführung am Nachmittag durch die ehemals Freie Reichsstadt rundete das Programm ab.

Irland (2018)

In Dublin, Belfast und (London) Derry machte sich die Gruppe ein Bild von der ‚Grünen Insel hinter der Insel‘. Welche Folgen könnte der „Brexit“ für die Iren haben? Wie könnte sich dies auf den Status der inner-irischen Grenze und das Ver-

hältnis der beiden Irlands zueinander auswirken? Diesen und anderen Fragen gingen die Teilnehmenden auf den Grund und erfuhren allerhand über irische und nordirische Geschichte und Gegenwart sowie das irisch-britische Verhältnis.

Serbien und Montenegro (2018)

Für die Beitrittskandidaten Serbien und Montenegro haben die Verhandlungen bereits begonnen. Doch es gibt noch viele politische, wirtschaftliche und soziale Probleme in beiden Ländern. So laufen in Serbien die diplomatischen Verhandlungen um die Unabhängigkeit des Kosovo. Montenegro, im Nordosten an Serbien angrenzend, ist ein Land, das nach seinem Ausscheiden aus der Föderation mit Serbien mit politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu kämpfen hat. Zudem droht Serbien zu einer der größten Warteallen für Flüchtlinge im Herzen Europas zu werden, seit Ungarn seine Grenzen dicht gemacht hat. Wie gehen Serbien und die serbische Bevölkerung damit um? Und wie sieht die Lage im Nachbarland Montenegro aus – dem neuesten Mitglied der NATO 2017 und erst seit 2006 unabhängig von Serbien? Dazu hat sich die Gruppe vor Ort intensiv informiert.

Sizilien (2018)

Die größte Insel im Mittelmeer blickt zurück auf eine bewegte Vergangenheit. Alle kamen irgendwann auf diese Insel: die Phönizier, die antiken Griechen, die Sarazenen, die Römer, die Araber, die Normannen, die Staufer, die Franzosen und die Spanier. 1861 wurde die Insel italienisch. Heute ist sie eine autonome Republik Italiens mit einem Sonderstatus, der eine größere Autonomie bei der Gesetzgebung und im Bereich der Finanzen gewährleistet. Insbesondere im letzten Jahrhundert hatte die Mafia Sizilien „im Griff“.

Einwanderer und Eroberer haben Sizilien also geprägt. Heute kommen wieder tausende Menschen, Bootsflüchtlinge, über das Mittelmeer auf die Insel. Was tut die Politik, um mit Strukturproblemen, mit ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen umzugehen? Informationen und Einblicke in die gegenwärtige gesellschaftliche und politische Situation durch Besuche bei verschiedenen Organisationen auf einer Insel voller Natur- und Kulturschätze – das war das Inhalt dieser Bildungsreise.

Griechenland (2019)

Die Zeiten der schlechten Nachrichten aus Griechenland scheinen vorbei zu sein. Ist das Land dank umfassender Reformen auf dem Weg zur europäischen „Normalität“, nachdem die weltweite Finanzkrise Griechenland in eine tiefe Krise gestürzt hatte und das Land unter den EU-Rettungsschirm kam? Die Reise begann in Thessaloniki in der nordgriechischen Provinz Mazedonien. Die benachbarte ehemalige jugoslawische Teilrepublik Mazedonien heißt offiziell seit dem vergangenen Jahr Nordmazedonien und ist anerkannt von beiden Ländern. Was ändert sich nun nach der Beilegung des Namensstreites? Auch die türkische Grenze ist nicht weit. Wie versteht man sich mit dem östlichen Nachbarn? Wie ist die aktuelle Situation mit den über die Türkei kommenden flüchtenden Menschen? Die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage 2019 waren gute Gründe, mehr über das Land, seine reiche Kultur und vor allem über die Menschen und ihren Umgang mit den Krisen zu erfahren.

6.1 Menschen in prekären Lebenslagen



Mann beim Einkauf in einem Tafel-Laden. Foto: Adobe Stock

Landesweites Netzwerk

Armut darf nicht länger allein als materieller Mangel begriffen, sondern muss als Benachteiligung mit Blick auf die Teilhabechancen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen verstanden werden. Denn Menschen in prekären Lebenssituationen nehmen deutlich seltener an Veranstaltungen teil, sind weniger in Organisationen und Vereinen aktiv und beteiligen sich weniger an politischen Wahlen als Menschen aus der Mittel- und Oberschicht. Das wirkt sich unmittelbar auf die Berücksichtigung ihrer Interessen im politischen Prozess aus. Um hier gegenzusteuern und Teilhabe zu fördern, hat die Landeszentrale gemeinsam mit der Landesarmutskonferenz ein landesweites Netzwerk zur politischen Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenssituationen gegründet. In diesem Netzwerk arbeiten Selbsthilfeorganisationen, Organisationen der sozialen Arbeit, Bildungseinrichtungen, Ministerien, Gewerkschaften und politische Stiftungen zusammen.

Maßnahmen des Netzwerks

Das Netzwerk selbst hat sich folgende Maßnahmen zum Ziel gesetzt:

- Unterstützung von Aktiven/Hauptamtlichen in Selbsthilfeorganisationen im Hinblick auf didaktisch-methodische Hilfen,
- Erstellung von Informationsmaterial,
- Zugang zu den Bildungsmaßnahmen,
- Zusammenarbeit bei aufsuchender politischer Bildung,
- Zugang zu marginalisierten Gruppen,
- Vernetzung im Rahmen von inklusiver politischer Bildung.

Fachtag**„Demokratie geht nur mit allen!“**

Am 18. Oktober 2018 hatte das Netzwerk zu einem Fachtag mit dem Titel „Demokratie geht nur mit allen! – Teilhabe durch politische Bildung“ eingeladen. In Vorbereitung für den Fachtag hatten bereits im Februar und März ein Workshop und ein Hearing mit unterschiedlichen Organisationen und Betroffenen stattgefunden. Am Fachtag selbst wurde mit Beiträgen aus der Perspektive der Betroffenen, der Sozialwissenschaft, der Erwachsenenbildung und der Sozialen Arbeit die Diskussion zusammengeführt. 130 Teilnehmende aus unterschiedlichen Einrichtungen diskutierten über die Entwicklung eines gemeinsamen Grundverständnisses im Hinblick auf politische Bildung von und mit Menschen in prekären Lebenslagen. Ein wichtiger Schritt für die weitere Arbeit war die Beratung der öffentlichen Erklärung „Stuttgarter Manifest zur politischen Bildung von und mit Menschen in prekären Lebenslagen“.

Modellprojekt**„Demokratiebegleiter“**

Im Rahmen des Landesnetzwerks unterstützt die Landeszentrale auch das Modellprojekt „Demokratiebegleiter“ des Gemeinnützigen Sozialunternehmens „Neue Arbeit“ (ein Unternehmen der EVA-Gruppe im Verbund der Diakonie). Projektstart war Anfang 2018. Heute sind neun Demokratiebegleiter:innen aktiv, die rund 300 Personen die Teilnahme an über 30 Veranstaltungen bzw. Aktivitäten möglich gemacht haben. Die Teilnehmenden sind zumeist männlich und über 40 Jahre alt. Demokratiebegleiter:innen arbeiten im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit nach § 16d SGB II. Die Zuweisung erfolgt über das Jobcenter Stuttgart für maximal drei Jahre.

Das Projekt „Demokratiebewusstsein stärken“ setzt sich zum Ziel, politisches und demokratisches Bewusstsein bei Menschen in prekären Lebenslagen – durch Aktionen, niederschwellige Informationsvermittlung und Veranstaltungen – zu fördern und allgemein zu mehr demokratischer Teilhabe anzuregen. Wo sinnvoll, werden die Bildungsangebote der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, der Bundeszentrale für politische Bildung, des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg, der politischen Stiftungen u. a. genutzt. Die Angebote werden von Demokratiebegleiterinnen und -begleitern organisiert und betreut, die selbst Erfahrungen mit Langzeitarbeitslosigkeit haben und im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit beschäftigt sind. Das grundlegende Ziel hierbei ist, die Teilnehmenden zu ermutigen, ihr Recht auf demokratische Teilhabe wahrzunehmen.

Veranstaltung „Algorithmen und wachsende soziale Ungleichheit“

Gemeinsam mit der Landesarmutskonferenz lud die Landeszentrale im Rahmen der 16. Aktionswoche 2019 „Armut bedroht alle – Der Mensch ist mehr als eine Zahl“ im Oktober 2019 zu einer Veranstaltung „Algorithmen und wachsende soziale Ungleichheit“ ein. Algorithmen, also Computer-Anweisungen für die Verarbeitung von Daten, sind heutzutage allgegenwärtig. Sie bestimmen weitestgehend automatisch, welche Ergebnisse uns als erstes auf Suchmaschinen angezeigt werden oder welche Produkte zu unserem bisherigen Kaufverhalten passen. Aus einer Vielzahl an gesammelten Daten über unser Verhalten im Internet, unseren Wohnort, unseren Laptop-Hersteller und viele weitere Indikatoren versuchen die Entwicklerinnen und Entwickler dieser Algorithmen

unser künftiges Verhalten abzuschätzen.

Das Ziel ist es hier, passende und gewinnbringende Empfehlungen und maßgeschneiderte Werbung anzuzeigen. Aber nicht nur im Bereich des (Informations-)Konsums spielen diese Technologien eine immer größere Rolle; vor allem aus den USA häufen sich Berichte über Algorithmen, deren Berechnungen negative gesellschaftliche Auswirkungen haben. So kann die Algorithmisierung sensibler Bereiche des Sozialstaats zu einer Zementierung oder gar Verstärkung von gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen führen. Auch in Deutschland sind diese Systeme auf dem Vormarsch und spielen in einigen Fällen eine immer größere Rolle bei Entscheidungen, welche das Leben der Menschen existenziell beeinflussen können. Dabei sind Algorithmen alles andere als fehlerfrei. Erste Untersuchungen liefern Beweise für die hohe Fehleranfälligkeit einiger Systeme.

Auf der Veranstaltung setzten sich die Teilnehmenden mit zentralen Fragen auseinander, die einen großen Teil der Anwesenden selbst betreffen: Sollen Algorithmen bei existentiellen Entscheidungen – sei es in Bezug auf Bewilligung von Sozialhilfe, Beeinflussung von Asylverfahren oder auch die Gewährung eines Kredits – tatsächlich einen so großen Einfluss haben dürfen? Wie sehen Regulierungsmöglichkeiten oder Alternativen aus? Woher kommt der Glaube an die Objektivität von Algorithmen? Kann ein Algorithmus den Menschen überhaupt als etwas Anderes wahrnehmen als „nur eine Zahl“?

6.2 Kinder und Jugendliche



Titel Ausschnitt: Studie „Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg 2018“

Studie „Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg 2018“

Die LpB hat 2018 zum dritten Mal nach 2012 und 2015 die Daten zur kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg erhoben. An der Umfrage, die sich an die kommunalen Mitarbeitenden richtete, haben 1068 von 1101 Kommunen teilgenommen. Besonderes Augenmerk wurde auf die Aspekte „Formate der Jugendbeteiligung“, „Kleine Kommunen“, „Digitale Beteiligungsmethoden“ und „Kinderbeteiligung“ gelegt.

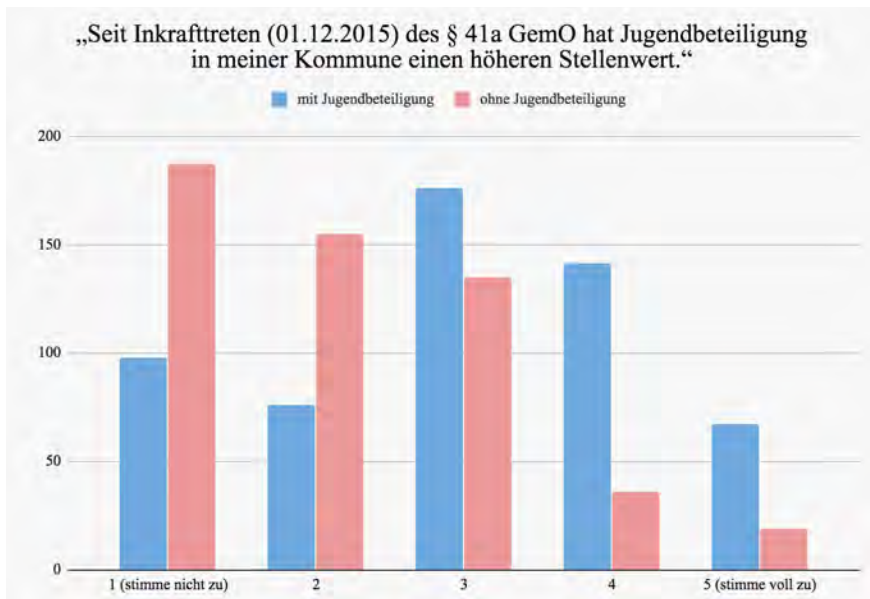
Ergebnisse der Studie

Im Erhebungszeitraum März bis Juli 2018 haben rund 30 freie und hauptamtliche Mitarbeitende der LpB per Online-Fragebogen und in ca. 700 Telefoninterviews Bürgermeister:innen, Angestellte der Rathäuser, Jugendreferent:innen, Hauptamtsleiter:innen und Sozialarbeiter:innen zu Wort kommen lassen. Hauptanlass für die Befragung war der Ende 2015 novellierte § 41a GemO in Baden-Württemberg, der alle Kommunen dazu verpflichtet, eine kommunale Jugendbeteiligung anzubieten: „Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen.“ Da bislang keine ähnliche Übersicht zur Datenlage in Baden-Württemberg vorlag, schien das Unterfangen in jedem Fall lohnend und von breiterem Interesse.

53 Prozent der Befragten gaben an, ein kommunales Beteiligungsangebot für Jugendliche zu ha-

ben oder zumindest schon mal ausprobiert zu haben. In dieser Zahl sind sowohl diejenigen enthalten, die bisher einmalig und eventuell ermuntert durch den § 41a ein einzelnes Projekt oder ein eintägiges Jugendforum durchgeführt haben, als auch diejenigen, die seit 20 Jahren eine etablierte regelmäßige Jugendbeteiligung mit einem Mix aus Formaten und Methoden praktizieren.

Interessant war auch die Frage nach dem Effekt des neuformulierten Paragraphen. Hat § 41a in den ersten drei Jahren dazu geführt, dass mehr Kommunen sich mit Jugendbeteiligung auseinandersetzen und ihr mehr Bedeutung beimessen? Die Verlaufskurven zeigen, dass vielen Kommunen schon vorher das Thema nicht fremd war. Insbesondere in den 1990er-Jahren hat Jugendbeteiligung mit der Gründung vieler Jugendgemeinderäte im Land an Bedeutung gewonnen. Seit den Nullerjahren stieg insbesondere die Zahl der offenen und projektbe-



zogenen Formen an. Die neue Mussbestimmung in der Gemeindeordnung hat dem Anspruch der Mitbestimmung durch junge Menschen aber nochmals zusätzlichen Auftrieb gegeben.

Trotzdem zeigt die Positionierung der kommunalen Mitarbeitenden zur Aussage „Seit Inkrafttreten des § 41a hat Jugendbeteiligung in meiner Kommune einen höheren Stellenwert“, dass vor allem da der Wert gestiegen ist, wo es ohnehin schon Jugendbeteiligung gab.

Das ist für Landespolitikerinnen und -politiker, die das Gesetz verabschiedet haben, eine wichtige Erkenntnis, aber auch für alle anderen, die in der Jugendarbeit und Jugendbeteiligung tätig sind. Ein Gesetz allein kann die Haltung der Entscheidungsträger:innen nicht verändern, eine Vorschrift reicht noch nicht, um den Sinn von Jugendbeteiligung zu vermitteln. Ganz im Gegenteil: Damit § 41a zur Grundlage von Demokratiebildung und zu einer ausgewogeneren Repräsentation in kommunalen Entscheidungsprozessen werden kann, muss noch viel Überzeugungsarbeit geleistet und Weiterbildungen für die Kommunen angeboten werden.

Gute Beispiele sichtbar zu machen, ist dabei in mehrfacher Hinsicht ein Schlüssel zum Erfolg. Für die Landeszentrale gehört es daher mittlerweile zu den Hauptaufgaben, gelungene Beteiligungsformate und langjährige Beteiligungserfahrungen der Kommunen zu zeigen und die zuständigen Jugendreferent:innen zu Wort kommen zu lassen, Beteiligungsmodelle auf Workshops vorzustellen und auf der Homepage zu dokumentieren. Das ist zum einen Wertschätzung und Anerkennung der geleisteten Arbeit und zum anderen Motivation und Inspiration für diejenigen, die sich auf den Weg machen wollen.

Darin lag auch eines der Ziele dieser Studie – neben dem fundierten Feedback an die Landes- und Kommunalpolitikerinnen und -politiker zur Wirkung von Gesetzen: Nämlich möglichst viele Kommunen in Baden-Württemberg aufzufordern und zu motivieren, sich ein eigenes Jugendbeteiligungskonzept zuzulegen, aber auch, sie inhaltlich und beratend dabei zu begleiten.

Was die Studie 2018 vernachlässigt hat, nämlich die Jugendlichen zu befragen, wurde mit einer gesonderten Jugendstudie 2019 nachgeholt.

Jugendstudie 2019

Die Jugendstudie versteht sich als Ergänzung zur Befragung der Kommunen im Jahr davor. Die Fragen lehnen sich zum Teil an die der Erwachsenen an und beschreiben den Rahmen, der für Jugendbeteiligung eine Rolle spielt wie „Interesse an politischen Themen“, „Wunsch nach Veränderung“ oder „Zufriedenheit mit dem Wohnort“. Die Jugendlichen konnten per Online-Fragebogen antworten, Aussagen bewerten und eigene Kommentare abgeben.

Auffällig ist, dass die Jugendlichen generell an politischen Themen Interesse haben, das aber nicht automatisch bedeutet, dass sie sich auch politisch engagieren. Es ist ihnen wichtig gehört und von Erwachsenen in ihrer Meinung ernst genommen zu werden, das heißt aber nicht, dass sie sich regelmäßig oder gar längerfristig beteiligen wollen.

Die Ergebnisse der Jugendstudie sollten alle in der Jugendarbeit, in der (politischen) Bildung und in der Politik darin bestärken, Jugendliche viel häufiger nach ihrer Meinung zu fragen und sie selbst ihre Themen setzen zu lassen. Solange Jugendliche nicht auch bei den Themen mitreden und mitgestalten dürfen, die für das Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger in einem Gemeinwesen relevant sind, solange müssen sich Entscheidungsträger:innen mangelnde Ernsthaftigkeit vorwerfen lassen. Erst wenn wir alle lernen, auch mal unbequeme und unkonventionelle Forderungen der Jugendlichen auszuhalten und im demokratischen Aushandlungsprozess zu berücksichtigen, nähern wir uns einer echten Jugendbeteiligung an.

Die beiden Studien sind zum Download oder zur Bestellung im Webshop unter www.lpb-bw.de/shop zu finden.

6.3 Schule und kommunale Jugendbeteiligung



Modellprojekts „Schule und kommunale Jugendbeteiligung“. Schulen, Kommunen und kommunale Jugendreferate zusammen. Foto: Adobe Stock | Monkey Business

Modellprojekt „Schule und kommunale Jugendbeteiligung“

In den südbadischen Kommunen Gundelfingen, Ettenheim und Waldkirch wurden im Rahmen des 2018 gestarteten Modellprojekts „Schule und kommunale Jugendbeteiligung“ von Schulen und Kommunen neue Wege beschritten. Partner dieses Projektes der Landeszentrale sind das Regierungspräsidium Freiburg sowie die staatlichen Schulämter Freiburg und Offenburg. Im Pilotprojekt ist die Form der kommunalen Jugendbeteiligung nicht methodisch konkret definiert. Ob ein Jugendforum, eine noch zu entwickelnde Jugendvertretung oder ein Jugendgemeinderat aktiv ist, entscheiden die Akteurinnen und Akteure der Gemeinde. Durch die aktive Vernetzung mit dem Gemeinschaftskundeunterricht und der SMV-Arbeit kann eine ganz neue Form der politischen Bildungsarbeit und der Jugendbeteiligung entstehen, die möglichst viele und auch unterschiedliche Jugendliche anspricht.

Bildungsplan und Kommunalpolitik verzahnen

Die Einführung einer verbindlichen Jugendbeteiligung und des kommunalen Wahlrechts ab 16 Jahren sowie der neue Bildungsplan liefern wichtige Impulse für eine bessere Vernetzung der politischen Bildung in der Schule mit der kommunalen Jugendbeteiligung. Mit der Änderung der Gemeindeordnung im Oktober 2015 wurde die Kinder- und Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene strukturell und nachhaltig verankert. Ebenso wurde das kommunale Wahlrecht mit 16 eingeführt.

Im Rahmen des neuen Bildungsplans Gemeinschaftskunde wurde der Kommunalpolitik im Bildungsplan der achten Klassen ein großer Stellenwert eingeräumt. Ebenso wurde mit dem neuen Bildungsplan dem Themenfeld „Mitwirkung in der Schule“ eine größere Bedeutung beigemessen.

Demokratisch kompetentes Verhalten, die Fähigkeit mitzubestimmen und Verantwortung zu übernehmen, muss man erlernen. Der Erwerb demokratischer Kompetenzen gelingt, wenn junge

Menschen in entsprechenden Lern- und Lebenssituationen Erfahrungen machen können. Durch die Verbindung mit der konkreten Kommunalpolitik bereichert Jugendbeteiligung den Gemeinschaftskundeunterricht, kann zu einem lebensweltbezogenen politischen Interesse für das Gemeinwohl führen und ermöglicht zudem noch Lern- und Lebenserfahrungen zur Entwicklung von demokratisch kompetentem Verhalten. In der Schule kann so beispielsweise durch eine aktive SMV ein demokratisches Kompetenzzentrum entstehen. Alle Schüler:innen sind eingeladen, sich in Arbeitsgruppen, in Klassenräten und im Schülerrat in die eigenen Angelegenheiten einzumischen. Alle am Schulleben Beteiligten sind gefordert, die Arbeit der SMV zu unterstützen. Gibt es z. B. die unterschiedlichen Schultypen in den Kommunen, in denen auch Jugendgemeinderäte aktiv sind, so könnte durch diese Vernetzung z. B. eine Jugendgemeinderatswahl eine höhere Bedeutung erhalten.

Erfahrungen aus Pilotprojekt

In den drei Gemeinden Gundelfingen, Ettenheim und Waldkirch mit insgesamt zwölf weiterführenden Schulen wurde seit 2018 gezielt an einer intensiven Vernetzung zwischen Schule und der Kommune gearbeitet. Vertreterinnen und Vertreter aus dem Regierungspräsidium Freiburg, den staatlichen Schulämtern Freiburg und Offenburg und der Landeszentrale arbeiteten mit den Kommunen, den kommunalen Jugendreferaten und den Schulen zusammen. Ziel des Projektes war der Aufbau einer nachhaltigen Verknüpfung des Gemeinschaftskundeunterrichts, der SMV-Arbeit, der Jugendbeteiligung und der Kommunalpolitik. Jährlich sich wiederholende kommunalpolitische

Aktionstage und Workshops an Schulen sowie im Rahmen des regulären Gemeinschaftskundeunterrichts umsetzbare Module sollen dafür die Grundlage bieten. Sie sorgen für eine Öffnung und Handlungsorientierung des Unterrichts und für eine nachhaltige Zusammenarbeit der Partner vor Ort (Lehrende, Schüler:innen, Schulleitungen, Schulsozialarbeiter:innen, Gemeinderät:innen, Bürgermeister:innen, kommunale Bildungsträger und Jugendorganisationen).

Neben den bereits erwähnten Partnern beteiligen sich am Pilotprojekt auch die beiden beruflichen Schulen aus Emmendingen, die GHSE und die Carl-Helbing-Schule. Da die Umsetzung eines kommunalen Jugendbeteiligungskonzeptes in den beruflichen Schulen aufgrund des sehr großen Einzugsgebietes schwierig ist, lag hier der Schwerpunkt des Modellprojekts auf der politischen Bildung. Jugendliche sollten darauf vorbereitet werden, im Rahmen eines Peer to Peer-Angebots ihr Wissen weiterzugeben.

In allen drei Modellkommunen fanden Politik-Workshops statt, an dem alle Schülerinnen und Schüler der achten Klassen teilnahmen. Diese dienten dazu, das politische Interesse und die Motivation der Schülerinnen und Schüler zu vertiefen. Die Ergebnisse der Diskussionsrunden wurden dann von den Jugendlichen selbst in den jeweiligen Gemeinderäten vorgestellt. Diese jährlichen Politiktage haben sich bereits fest als Jugendbeteiligungsformate der jeweiligen Kommunen etabliert.

In Gundelfingen beispielsweise entwickelten Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler schulübergreifend (Förderschule, Gemeinschaftsschule, Gymnasium) das „Gundelfinger Modell“. Es

sieht vor, dass gewählte Schülerinnen und Schüler als sogenannte „Außenminister:innen“ die Brücke zwischen der schulischen SMV-Arbeit, dem Gemeinderat sowie der Kommunalverwaltung bilden. Umgekehrt haben alle Gemeinderatsfraktionen Jugendbeauftragte als Partner der Schulen bestimmt. Seit 2018 arbeiten so acht Jugendliche, fünf Gemeinderät:innen, das Jugendreferat und der Bürgermeister in einem Jugendbeirat zusammen.

6.4 Schülerinnen und Schüler



Neues Angebot „Politischen Tagen“ der Außenstelle Heidelberg: Besuch beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

Schule für Demokratie - Demokratie für Schule: Der Leitfaden Demokratiebildung

Erstmals erhalten Schulleitungen und Lehrkräfte in Baden-Württemberg ein kohärentes Konzept zur Stärkung demokratiebezogener Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern. Unterstützt durch eine Gruppe von Expert:innen aus Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Kultusverwaltung hat die Landeszentrale für politische Bildung einen Leitfaden für Demokratiebildung an den Schulen des Landes erarbeitet. Dieser Leitfaden richtet sich an alle Schularten und Schüler:innen aller Klassenstufen.

Warum Demokratiebildung so wichtig ist...

Die Demokratie in Deutschland und anderswo steht unter Druck. Sie ist gefordert, Gestaltungskonzepte und Lösungsansätze für komplexe Herausforderungen wie Globalisierung, Digitalisierung, Migration/Integration und Klimawandel zu entwickeln und umzusetzen. Dabei hat die Demokratie keine Ewigkeitsgarantie: Sie muss ihre Bürgerinnen und Bürger immer wieder erneut von sich überzeugen und für sich gewinnen. Und sie muss möglichst früh Räume schaffen, in denen (ganz) junge Menschen Selbstbewusstsein, Selbstwirksamkeit und politische Mündigkeit entwickeln und trainieren können.

„Man muss sich aufraffen für Demokratie“ – diese Feststellung des Bundespräsidenten gilt nicht nur für politische Akteure und Institutionen, sondern auch für jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger. Demokratie lebt von der Beteiligung, von der Bereitschaft, sich konstruktiv in die Bearbeitung von Problemen und Herausforderungen



rungen einzubringen. Dies setzt ein hohes Maß an politischer Mündigkeit und an entsprechenden Kompetenzen voraus. Informationen sammeln, Zusammenhänge erkennen, Interessen gewichten, eigene Positionen selbstbewusst formulieren, bestehende Regeln und abweichende Vorstellungen akzeptieren, andere Menschen für Ideen gewinnen: All dies will erfahren, gelernt und geübt werden.

In diesem Sinne will der neue Leitfaden junge Menschen zur Demokratie „anstiften“ und sie für Demokratie gewinnen: Er soll vermitteln, welche Bedeutung die Verfassungsprinzipien im Grundgesetz für ein freies und gerechtes Zusammenleben haben, welche Beteiligungschancen ihnen die Demokratie für die Mitgestaltung ihres Umfeldes, der Gesellschaft und Politik einräumt und in welchem Zusammenhang demokratische Grundrechte mit einem selbstbestimmten Leben stehen. Gleichzeitig versteht sich Demokratiebildung als Beitrag zur Immunisierung gegen eine Kultur der Abwertung und als Präventionskonzept gegen Desintegrationsprozesse, Populismus und Extremismus.

Warum Schule für Demokratiebildung so wichtig ist...

Für die Entwicklung von Demokratiekompetenzen stellt die Schule einen wichtigen Erfahrungs- und Erprobungsraum dar: Hier begegnen sich erstens Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichen Vorprägungen und Vorstellungen. Diese Heterogenität bildet die Basis dafür, Schülerinnen und Schüler an einen konstruktiven Umgang mit dem Anderssein und damit einhergehenden Spannungsfeldern heranzuführen.

Zweitens erreicht die Schule Kinder und Jugendliche in ihrer Gesamt-

heit und zu einem Zeitpunkt, zu dem sich Einstellungen und Orientierungen in der Regel noch nicht verfestigt haben. Dadurch lassen sich demokratische Werte, Grundhaltungen und Kompetenzen sehr früh mit altersgemäßen Methoden und entwicklungsangemessenen Zugängen fördern und einüben.

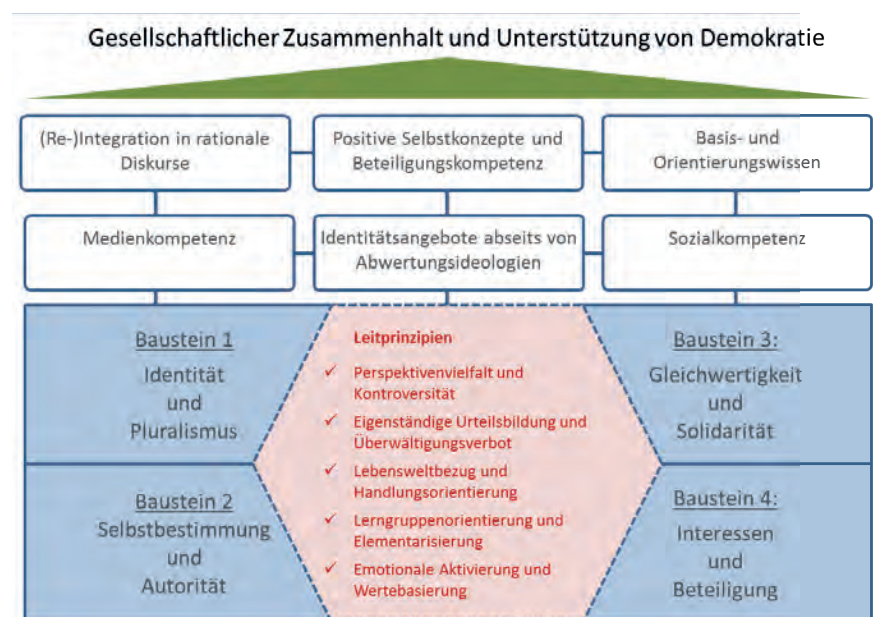
Drittens bietet die Schule einen Erfahrungsraum, in dem sich junge Menschen in ihren Positionen wahrgenommen fühlen und sichtbar machen können. Gleichzeitig bestehen vielfältige Möglichkeiten, politische Mündigkeit zu trainieren, indem die Schülerinnen und Schüler in die Gestaltung von Schule und Unterricht einbezogen werden.

Demokratiebildung als ganzheitliche Aufgabe

Demokratie erfahren, Demokratie lernen, Demokratie erproben – die Schule bietet dafür Zugänge weit über den Unterricht hinaus. Die Bildung zur politischen Mündigkeit betrifft als gesellschaftspolitischer Auftrag die Schule in ihrer Gesamtheit und setzt voraus, dass sich de-

mokratische Grundrechte, Prinzipien und Beteiligungsmöglichkeiten im Alltag des Unterrichts, des Schullebens und in der Schulkultur widerspiegeln.

Mit einer demokratischen Schulentwicklung leisten die Schulen einen wichtigen Beitrag zu ihrer gesellschaftlichen Funktion („Schule für die Demokratie“). Sie erzielen damit auch einen Mehrwert für die Schulkultur, die Identifikation mit dem Lebensraum Schule, für das soziale Miteinander und die Gestaltung von Lernprozessen („Demokratie für die Schule“). Eine Kultur der Wertschätzung und Beteiligung bedeutet auch, Schule und Unterricht innerhalb des schulgesetzlichen Rahmens verhandelbar zu machen. Schülerinnen und Schüler sollen Lust entwickeln, sich in die Gestaltung des Unterrichts und des Schullebens einzubringen und einzumischen. Mit den zehn Prüfsteinen im Leitfaden verfügen Lehrkräfte und Schulleitungen nun über Qualitätskriterien für eine Bestandaufnahme und Weiterentwicklung einer demokratischen Schulkultur.



Das steckt hinter dem Leitfaden Demokratiebildung.



Besuch beim Europäischen Parlament in Straßburg zur Vorbereitung eines neuen Exkursionstags für Schulen im Regierungsbezirk Stuttgart.

Bildung muss sich an Menschen anpassen

Der Leitfaden Demokratiebildung ist von allen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen umzusetzen und bezieht sich auf alle Klassenstufen. Dieser Herausforderung begegnet das Konzept mit einem Höchstmaß an Flexibilität und Spielräumen in der jeweiligen Umsetzung. Entscheidungen über inhaltliche Schwerpunktsetzungen, Projekte und Aktivitäten können entlang den spezifischen Bedarfen, bestehenden schulcurricularen Ausrichtungen und Profilen getroffen – idealerweise unter Einbeziehungen von allen schulischen Akteuren: Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrkräften und Schulleitungen. Der Leitfaden weist dabei vier Handlungsfelder aus: den Unterricht in allen Schulfächern, fächerverbindende Projekte, die Schulkultur und die Zusammenarbeit mit externen Partneereinrichtungen. In allen Handlungsfeldern liefert der Leitfaden eine Fülle von Ideen, Impulse und Good-Practice-Beispielen, wie Demokratiebildung an den Schulen des Landes mit Leben gefüllt werden kann.

Politische Tage an Schulen

Bei den „Politischen Tagen“ können sich Schülerinnen und Schüler über den regulären Unterricht hinaus altersgemäß mit politischen Fragen auseinandersetzen, soziales Interagieren einüben und politische Zusammenhänge verstehen.

Zum Schuljahr 2017/2018 wurde neben den Außenstellen Freiburg und Heidelberg und dem bereits existierenden Fachbereich „Politische Tage für den Regierungsbezirk Tübingen“ ein weiterer gleichnamiger Fachbereich eingeführt, der jedoch den Regierungsbezirk Stuttgart mit Schulveranstaltungen versorgt. Zuvor hatte die Außenstelle Heidelberg viele Jahre lang den Regierungsbezirk Stuttgart bei den Politischen Tagen mitbedient.

Nun bieten zwei Außenstellen und zwei Fachbereiche Planspiele und Aktionstage für weiterführende Schulen zu den Themenfeldern Demokratie, Europa, Flüchtlingspolitik, Globalisierung, Nachhaltigkeit und Kommunalpolitik in allen Landesteilen an. Für die Grundschulen gibt es spezielle spielerische Formate.

Regierungsbezirk Karlsruhe

Im Schuljahr 2018/2019 führte die Außenstelle Heidelberg rund 170 Politische Tage im Regierungsbezirk Karlsruhe durch. Neben bewährten Angeboten zu Gesetzgebungsprozessen im Bundestag, europapolitischen Planspielen und Simulationen internationaler Gremien wurden neue Angebote zu den **Grundlagen unserer Demokratie sowie dem Grundgesetz und den Grundrechten** sehr gut nachgefragt. Neu im Portfolio war eine **Fahrt nach Karlsruhe** mit einer Führung im Bundesverfassungsgericht mit anschließender Rechts-Rallye durch die Karlsruher Innenstadt.

Für die **Grundschulen** wurde neben den bewährten landeskundlichen Workshops „BWpoly“ und „Europoly“ ein neues EU-Planspielformat ab Klasse 3 angeboten, das auf reges Interesse stieß.

Regierungsbezirk Stuttgart

185 Politische Tage veranstaltete der gleichnamige Fachbereich im Regierungsbezirk Stuttgart (Nordwürttemberg) im Schuljahr 2018/19.

Der kommunalpolitische Aktionstag **„Schule trifft Rathaus“** wurde erneut stark nachgefragt und insgesamt 28 Mal mit vielen Schulklassen erfolgreich durchgeführt. In 18 Kommunen, meist größeren Kreisstädten, konnten Schülerinnen und Schüler mit dem jeweiligen Oberbürgermeister ins Gespräch kommen. In Kooperation mit dem Verband Region Stuttgart wurde das Format **„Schule trifft Region Stuttgart“** weiterentwickelt und mit zwei Realschulklassen in den Räumen des Verbandes durchgeführt.

Mit dem Verein „aus:sicht mobil“ e.V wurde wieder an **Grundschulen** in der Region Stuttgart über zehn Mal der **Aktionstag „So gesehen – eine Welt ohne Licht!“** durch-

geführt, bei dem Schülerinnen und Schüler zusammen mit blinden und sehbehinderten Menschen einen Perspektivenwechsel erfuhren.

Im Rahmen der historisch-politischen Bildung vor Ort wurden gemeinsam mit dem LpB-Fachbereich „Gedenkstättenarbeit“ neue **Gedenkstätten** in das Angebot der Politischen Tage im Exkursionsformat aufgenommen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Fachbereichsarbeit waren die Europawochen vor der **Europawahl** am 26. Mai 2019. Im Mai wurden 13 Politische Tage zu europapolitischen Themen an weiterführenden Schulen durchgeführt, außerdem fünf Politische Tage an Grundschulen.

Ein besonderes Format war dabei die Kompaktversion des **Online-Planspiels „Fokus Balkan“**, das sich mit Fragen der Grundlagen und Grundwerte der Europäischen Union am Beispiel der Erweiterungspolitik mit einer Simulation des Beitrittsprozesses in der EU auseinandersetzt.

Regierungsbezirk Tübingen

Im Schuljahr 2018/19 konnten etwa 100 Veranstaltungen von erfahrenen Teamenden im Regierungsbezirk Tübingen durchgeführt werden. Darunter waren zahlreiche **Planspiele** wie „Bundestag macht Schule“, das die Gesetzgebung im Bundestag behandelt, „Festung Europa“ zu Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU oder „Kurz mal die Welt retten“, eine Simulation des UN-Sicherheitsrats. In **Workshops und Aktionstagen** konnten Jugendliche die Grundlagen der Kommunalpolitik kennenlernen und Grundschüler:innen konnten in Europoly, BWpoly oder dem EU-Planspiel für Grundschulen etwas über Europa oder Baden-Württemberg lernen.

Das Format **„Schule trifft Rathaus“** fand im Regierungsbezirk

Tübingen mit Schulklassen in den zehn Kommunen Bad Schussenried, Balingen, Friedrichshafen, Mössingen, Ravensburg, Sigmaringen, Tübingen, Ulm, Wangen im Allgäu und Weingarten statt.

Nicht erst seit „Fridays for Future“ Fahrt aufgenommen hat, ist das Thema **Nachhaltigkeit** zentral, weshalb ein neues Format entwickelt wurde. Das Angebot richtet sich an Schülerinnen und Schüler ab Klasse 9. Sie lernen die Grundzüge des Konzepts „Nachhaltigkeit“ kennen. Anhand eines von drei Beispielschwerpunkten – Fast Fashion, Mikroplastik in den Weltmeeren oder Internationaler Tourismus – wird Nachhaltigkeit konkret. Das seit Oktober 2019 angebotene Format erfreut sich bei den Schulen großer Beliebtheit.

Regierungsbezirk Freiburg

Im Regierungsbezirk Freiburg führte das **Schülerformat „Backstage“** Schülerinnen und Schüler ab Klasse 10 im Schuljahr 2019/2020 hinter die Kulissen der Nachhaltigkeitsdebatte in Politik und Wirtschaft. Sie hatten die Möglichkeit, mit Entscheidungsträger:innen, Abgeordneten und (Umwelt-)Aktivist:innen zu diskutieren. Die Exkursionen führten die Teilnehmenden unter anderem in ein Kohlekraftwerk (Energie), sie sprachen mit Vertreter:innen des Stuttgarter Flughafens, eines Automobilzulieferers oder eines Verpackungsherstellers und sie besuchten den Landtag in Stuttgart und das Europaparlament in Straßburg.

Zu ihren **„Erzählstunden“** hatte die Außenstelle Freiburg im Jahr 2019 drei Europäer:innen eingeladen, um ihre beruflichen und persönlichen Erfahrungen vor allem zum Thema „Europa und Migration“ mit Schülerinnen und Schülern zu teilen. Beim ersten Termin war der Arzt Dr. Georg Albiez zu Gast, der bei mehre-

ren Einsätzen des Rettungsschiffs „lifeline“ auf dem Mittelmeer mitgefahren ist, um das Leben von Geflüchteten zu retten. Am zweiten Termin sprach Daniela Weingärtner, Journalistin und Brüssel-Korrespondentin der Badischen Zeitung, über ihre Eindrücke aus Europas Hauptstadt zu Thema „Zuwanderung“. Schließlich schilderte der Musiker Max Mutzke, Teilnehmer am Eurovision Song Contest 2004, seine vielfältigen positiven Erfahrungen zu seinem europäischen Leben.

An dritte und vierte Grundschulklassen im Regierungsbezirk Freiburg richtete sich der neue **Aktionstag „Spielwiese Wahlen“**. 2019 drehte sich alles um die Demokratie im Allgemeinen und die Gemeinderatswahl im Besonderen. Denn auch Grundschulkindern sehen die Wahlplakate am Straßenrand und hören politische Einstellungen, die von Erwachsenen geäußert werden. Das Ziel des Bildungsangebots war es, die Fragen der Kinder rund um das Thema „Wahlen“ aufzugreifen und spielerisch zu beantworten. Insgesamt fanden rund 40 Termine statt.

Qualifizierungsworkshops

Ein Team aus qualifizierten freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führt die Politischen Tage an Schulen, außerschulischen Lernorten oder in Räumlichkeiten der LpB durch. Sie werden in Qualifikationsworkshops auf ihre Arbeit vorbereitet und stehen im regelmäßigen Erfahrungsaustausch, um einen hohen Standard zu garantieren.

6.5 Wählerinnen und Wähler



„OB-Zimmer frei! Das Wahlcasting zur Oberbürgermeisterwahl 2018“ in Freiburg war mit 1.500 Teilnehmenden die besucherstärkste Veranstaltung der Außenstelle seit 25 Jahren.

„Superwahljahre“ 2018 und 2019

2018 war ein „Superwahljahr“, zumindest wenn es um OB-Wahlen in Baden-Württemberg geht. In drei großen Städten Baden-Württembergs – Freiburg, Villingen-Schwenningen und Offenburg – waren die Bürger:innen aufgerufen, ein neues Stadtoberhaupt zu wählen. 2019 stand dagegen ganz im Zeichen der Kommunalwahlen und der Europawahl. Zu den Kommunalwahlen startete die Landeszentrale mit Kooperationspartnern eine Erstwählerkampagne (s. S. 8ff.), bei der Europawahl war auch der Fachbereich „Europa und Internationales“ sehr aktiv (s. S. 60ff.). Auf den folgenden Seiten erfahren Sie, mit welchen Aktivitäten die Außenstellen Bürgerinnen und Bürger zum Wahlgang bei unterschiedlichen Wahlen zu motivieren versuchten.

OB-Wahlen in Freiburg mit Kandidat-O-Mat als neuem innovativen Tool

Den Anfang des Wahljahres 2018 bildete die Wahl des/der Oberbürgermeister:in in Freiburg, bei der in der Stichwahl mit 44,2 Prozent der Stimmen der parteilose, von der SPD unterstützte Kandidat Martin Horn zu einem der jüngsten Oberbürgermeister Deutschlands gewählt wurde.

Zum ersten Mal überhaupt war für diese Wahl der Einsatz des sogenannten Kandidat-O-Mat geplant. Mit diesem Tool sollten die Wähler:innen in die Lage versetzt werden (ähnlich dem Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung), ihre Positionen zu spezifischen Themen mit denen der Kandidierenden zu vergleichen. In Arbeitsgruppen konnten interessierte Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren Thesen und Statements vorberei-

ten, zu denen die Kandidierenden dann Stellung beziehen sollten. Allerdings sagte der noch amtierende Oberbürgermeister Dieter Salomon seine Teilnahme an dem Pilotprojekt kurzfristig ab. Er begründete dies damit, dass der Kandidat-O-Mat „komplexe Themen auf wenige Klicks reduziere“. Nach intensiven Diskussionen verzichtete die LpB daraufhin auf die Freischaltung, da die Vergleichbarkeit der Kandidierenden so nicht mehr gegeben war. Trotzdem konnte man so wertvolle Erfahrungen für den künftigen Einsatz sammeln.

Weitere Formate wie etwa „OB-Zimmer frei! Das Wahlcasting zur Oberbürgermeisterwahl 2018“ zogen viele Interessierte an. Tatsächlich war diese Veranstaltung mit über 1.500 Teilnehmenden die besucherstärkste der Außenstelle Freiburg in den letzten 25 Jahren.

Viele Zugriffe auf den Kandidat-O-Mat bei OB-Wahlen

Zum ersten Mal kam der Kandidat-O-Mat dann bei der OB-Wahl in Villingen-Schwenningen, bei der sich Jürgen Roth (CDU) in der Stichwahl mit 53,7 Prozent der Stimmen durchsetzen konnte, zum Einsatz. Vier Wochen lang konnten interessierte Nutzerinnen und Nutzer sich auf www.kandidatomat.de mit dem Wahlkampf und den Inhalten der OB-Wahl auseinandersetzen und die Stellungnahmen der Kandidierenden mit ihren Vorstellungen vergleichen. Als Medienpartner war hier der „Schwarzwälder Bote“ gewonnen worden.

Bei der OB-Wahl in Offenburg konnte sich bereits im ersten Wahlgang Marco Steffens (CDU) mit 52 Prozent der Stimmen durchsetzen. In Kooperation mit dem „Offenburger Tageblatt“ als Medienpartner wurde auch hier der Kandidat-O-Mat eingesetzt. 18.000 Zugriffe auf den Kandidat-O-Mat während dieser beiden Wahlen sprechen eine deutliche Sprache und dokumentieren die große Akzeptanz der Öffentlichkeit für dieses Tool.

Dementsprechend kam der Kandidat-O-Mat auch 2019 bei den Wahlen zum/zur Oberbürgermeister:in in Reutlingen und Lahr zum Einsatz. Die LpB plant, den Kandidat-O-Mat künftig bei OB-Wahlen in baden-württembergischen Städten mit mehr als 100.000 Einwohner:innen durchzuführen.

Europawahl 2019

Vom 23. bis 26. Mai wählten die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) bereits zum neunten Mal das Europäische Parlament in Brüssel bzw. Straßburg. Mit dem Brexit und dem Erstarken EU-skeptischer und rechtspopulistischer Parteien stand diese Wahl je-



Der „Wahl-O-Mat“ zum Aufkleben vor den Europawahlen in der Außenstelle Heidelberg.

doch unter besonderen Vorzeichen. Die Außenstellen Freiburg und Heidelberg nahmen dies zum Anlass, um zahlreiche Vorträge, Veranstaltungen und Exkursionen anzubieten. Dazu gehörten beispielsweise Vorträge zur Zukunft der EU und über die Folgen des Brexit für Europa. Eine Bildungsreise ging unter anderem zum Europäischen Parlament nach Straßburg.

Zwei Angebote der Außenstelle Freiburg entstanden in Kooperation mit der „Badischen Zeitung“. Bei der ersten Veranstaltung mit dem Titel „Korrespondenten-Talk“ sprachen die vier Korrespondenten der Badischen Zeitung aus Brüssel, Warschau, Rom und Paris über die Stimmungslage und die politischen Vorgänge in den Ländern, aus denen sie täglich berichten. Bei der zweiten Veranstaltung bot die LpB mit der Seminarreihe „Wahljahr 2019. Kommunal- und Europawahlwahlen im Fokus von Journalist:innen“ den Volontär:innen der Badischen Zeitung die Gelegenheit, sich mit der kommunalen und europäischen Politikebene zu beschäftigen.

Auch für die Außenstelle Heidelberg spielte die Europawahl eine wich-

tige Rolle. Im Vorfeld der Wahlen und zur Bilanzierung der Wahlergebnisse fanden zahlreiche Vorträge und Workshops mit unterschiedlichen Zielgruppen statt. Besonders erfreulich war die steigende Anzahl von Veranstaltungen in Leichter Sprache. So fand etwa ein Seminar „Europawahl einfach erklärt“ für Menschen mit geistiger Behinderung im Pilgerhaus in Weinheim und ein Vortrag „Europawahl in Leichter Sprache“ bei der AWO Mannheim für Bewohner:innen der Einrichtungen der Eingliederungshilfe statt.

Dank der neuen Räumlichkeiten im Erdgeschoss konnte zudem der „Wahl-O-Mat“ zum Aufkleben über eine Laufzeit von drei Wochen stationär in der Außenstelle Heidelberg präsentiert werden. Besucher:innen konnten hierbei 38 Thesen zur Europapolitik per Aufkleber beantworten und am Ende ihr Ergebnis als Ausdruck mitnehmen.

Zusätzlich gab es für Schulen bzw. Jugendliche verschiedene Angebote, allem voran die Europawoche der LpB mit diversen Aktionen, Infoständen und europapolitischen Planspielen in Schulen und Rathäusern.

6.6 Bürgerinnen und Bürger



Vor knapp 100 Zuhörerinnen und Zuhörer hielt der Leiter des Hauses der Geschichte Baden-Württembergs, Prof. Dr. Thomas Schnabel, einen Vortrag zur Novemberrevolution 1918 in Baden.

Regionale politische Bildungsarbeit vor Ort

Die Außenstellen Freiburg und Heidelberg haben neben der politischen Bildungsarbeit für Schulklassen den Auftrag, auch in der Erwachsenenbildung in ihrem Regierungsbezirk tätig zu werden. Dazu gehören neben Vorträgen und Diskussionsrunden für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger auch Veranstaltungen für Multiplikator:innen, etwa Fortbildungen für Lehrkräfte und Workshops für Studierende und Referendar:innen. Themenschwerpunkte in den Jahren 2018 und 2019 waren unter anderem das 100-jährige Jubiläum der Beendigung des Ersten Weltkriegs und das 30-jährige Jubiläum des Mauerfalls.

100 Jahre Ende des Ersten Weltkriegs und Ausrufung der Weimarer Republik

2018 jährte sich das Ende des Ersten Weltkriegs und die Ausrufung der Weimarer Republik zum 100. Mal. Im Ersten Weltkrieg kam dem Elsass eine tragische Rolle zu, betrachteten Franzosen und Deutsche das Elsass gleichermaßen als ihr Gebiet, weswegen es besonders brutal umkämpft war. Ein stummer Zeuge für diesen Stellungskrieg ist der Hartmannswillerkopf, der von 1914 bis 1918 zunächst als strategischer Knotenpunkt, später als rein symbolischer Ort heftig umkämpft war.

Das 100. Jubiläum des Kriegsendes nahm die Außenstelle Freiburg in Kooperation mit der „Badischen Zeitung“ zum Anlass, diesen geschichtsträchtigen Ort für eine Gruppe interessierter Zeitungsleser:innen erfahrbar zu machen. Angeleitet wurde die Gruppe dabei vom renommierten

Düsseldorfer Historiker und Beirat des „Historical franco-allemand“ Gerd Krummeich sowie Gilbert Wagner, der den Teilnehmenden das Gelände zeigte. Den Besucher:innen wurde so der Schrecken, aber auch die Menschen und die Menschlichkeit hinter dem Krieg verdeutlicht.

Zudem bot das 100-jährige Jubiläum Anlass, sich in Zusammenarbeit mit dem „Colloquium Politicum“ der Universität Freiburg und dem Carl-Schurz-Haus in sechs Vorträgen über das Erbe von Weimar auszutauschen. Themen der Reihe waren unter anderem das Frauenwahlrecht, die Novemberrevolution 1918 in Baden oder die Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte. Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble MdB übernahm den Abschlusstermin und referierte über die Thematik „Berlin ist nicht Weimar: Über die Gefährdungen der Demokratie“.

Fußball und Gesellschaft

Im Jahr der Fußballweltmeisterschaft der Männer in Russland 2018 wurde die gesellschaftliche Rolle des Massensports Fußball wieder heftig und kontrovers in der Öffentlichkeit diskutiert. Die Außenstelle Freiburg und das „Colloquium Politicum“ trugen dieser Diskussionslust mit einer großen Vortrags- und Diskussionsreihe sowie Planspielen an Schulen zum Thema „Fußball in der Gesellschaft“ Rechnung. Dabei konnten hochkarätige Gäste gewonnen werden. Besondere Höhepunkte waren unter anderem die Diskussion zwischen dem bekannten und kontroversen Sportjournalisten Marcel Reif und dem geschäftsführenden Vorstand des SC Freiburgs Oliver Leki zur Rolle des Sports in der Gesellschaft. Zudem konnte der kaufmännische Geschäftsleiter des FC St. Pauli Andreas Rettig gewonnen werden, der einen leidenschaftlichen Vortrag zur Rolle von Kommerz und Geld im Fußball hielt.

Heimat, Familie und musikalischer Sofaplausch

Bei der Frage, was jemand unter Heimat versteht, lautet die Antwort häufig: „Meine Familie, das ist meine Heimat“. Da der Begriff „Heimat“ allerdings auch ambivalenten Gebrauch im öffentlichen Diskurs findet, ebenso wie der der Familie, waren die Heimattage der Gemeinde Waldkirch für die Außenstelle Freiburg eine gute Gelegenheit, das Verhältnis dieser beiden Begriffe in einer Gesprächsreihe von März bis September 2018 mit verschiedenen Gästen zu diskutieren. Höhepunkt war das Gespräch zwischen der Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg Muhterem Aras MdL am 28. März und den beiden Pfarrern Heinz Vogel der katholischen Kirche Waldkirch sowie dem evangelischen Pfarrer Christian Lep-



Bei den Heimattagen der Gemeinde Waldkirch diskutierte Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL mit den Pfarrern Heinz Vogel (2. von rechts) und Christian Lepper (2. von links) zum Thema „Was ist Familie wert?“.

per zum Thema: „Was ist die Familie wert? Politische Verantwortung und Werterziehung“. Im Gespräch betonte Aras, dass für sie Heimat der Ort sei, an dem sie sich sicher, vertraut und zugehörig fühle und führte aus, wie sehr das Grundgesetz dabei helfen könne, da es eine gemeinsame Wertebasis schaffe, mit der sich Heimat entwickeln ließe.

Zeitzeugen der NS-Zeit im Gespräch

Die Außenstelle Freiburg organisierte am 5. November 2019 in Zusammenarbeit mit dem Maximilian-Kolbe-Werk und dem „Colloquium politicum“ der Uni Freiburg erneut einen Abend in der Reihe „Zeitzeugen der NS-Zeit im Gespräch“. Unter dem Titel „Überleben in Auschwitz – Die Bilder des Krieges lassen mich nicht los“ sprach die heute 86-jährige Zdzisława Włodarczyk über ihre Erlebnisse. Mit sechs Jahren erlebte sie 1939 den Überfall der Wehrmacht auf Polen und berichtete über den Aufstand im Warschauer Ghetto. Als sie elf Jahre alt war, wurde sie nach Auschwitz-Birkenau deportiert und im Januar 1945 durch die Rote Armee befreit.

30 Jahre Mauerfall

Anlässlich des 30-jährigen Jubiläums des Mauerfalls am 9. November organisierte die Außenstelle Freiburg in Zusammenarbeit mit dem „Colloquium politicum“ der Uni Freiburg und dem Carl-Schurz-Haus die vierteilige Vortragsreihe „DDR um 6. Zeitreise in ein untergegangenes Land“. Diese Reise in die deutsche Vergangenheit wollte Ereignisse und Menschen aus 40 Jahren DDR in Erinnerung rufen. Thematisiert wurden Fragen nach der Art und Weise der Regierung und Führung des Staates, wie die Menschen in der DDR gelebt, was sie geleistet und wie sie ihren Alltag organisiert haben, was sie nach dem Zusammenbruch verloren oder gewonnen haben und welche Auswirkungen das auf „den Osten“ hatte bzw. bis heute hat.

Auch die Kulturveranstaltung „Politik in Watte gepackt 2.0“ hatte den Mauerfall zum Thema. Lokale Künstlerinnen und Künstler sowie Expertinnen und Experten sprachen über persönliche Erlebnisse bzw. historische Ereignisse aus dieser Zeit und gaben dem ganzen durch Musik

und Kabarett einen künstlerischen Rahmen. Mithilfe von Expert:innen wurde genauer betrachtet, wie die politische, wirtschaftliche und soziale Lage in beiden deutschen Staaten kurz vor 1989 aussah, wie die Menschen auf den Mauerfall reagierten, was heute noch von der DDR geliebt ist und inwieweit man von einem vereinten Deutschland sprechen kann.

Vortragsreihe „Die Stunde der Autoritären? Macho-Männer an der Macht“

Eine weitere Vortragsreihe in Zusammenarbeit mit dem „Colloquium politicum“ der Uni Freiburg und dem Carl-Schurz-Haus organisierte die Außenstelle über Staatsoberhäupter, die auf dem besten Wege sind, sich zu autoritären Führern zu entwickeln. Auf der ganzen Welt scheinen mehr oder weniger demokratisch legitimierte Männer mit ausgeprägtem Freund-Feind-Denken und der Bereitschaft, ihre Gegner notfalls auch mit Gewalt zu bekämpfen, das politische Geschehen aktiv mitzugestalten und zu bestimmen. In den Blick genommen wurden der brasilianische und chinesische Staatspräsident Jair Bolsonaro und Xi Jinping, der indische und ungarische Premierminister Narendra Modi und Viktor Orbán sowie der US-amerikanische Präsident Donald Trump.

Regionale Arbeit der Außenstelle Heidelberg

Auch in den Jahren 2018 und 2019 kooperierte die Außenstelle Heidelberg mit einer Vielzahl von Partnerinstitutionen, um spannende Vorträge und Seminare für vielfältige Zielgruppen anbieten zu können. Während in den vergangenen Jahren häufig die Veranstaltungsorganisation und -durchführung mit externen Referentinnen und Referenten



30 Jahre nach der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR: Reiner Eppelmann in Sinsheim bei einem Vortrag über die Umbrüche im Jahr 1989. Foto: Holger Friedrich.

im Mittelpunkt der Arbeit stand, werden in jüngster Zeit auch die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Außenstelle vermehrt für Vorträge angefragt. Das in den vergangenen beiden Jahren am meisten nachgefragte Thema war – nicht überraschend – der „Brexit“. Aber auch um Wahlen im In- und Ausland zu analysieren, die Sozialen Medien zu erklären oder für „Sprache und Politik“ zu sensibilisieren, reisten die Kolleginnen und Kollegen durch die Regierungsbezirke Karlsruhe und Stuttgart.

Highlights mit eingeladenen Referentinnen und Referenten waren im Berichtszeitraum neben der Vortragsreise von Reiner Eppelmann und der „20/40“-Reihe (siehe unten) der Vortrag „Mit „Star Wars“ Demokratie lernen“ in Kooperation mit dem Stadtjugendring Heidelberg, ein Gesprächsabend mit Christian Mihr, Geschäftsführer von „Reporter ohne Grenzen“ zur Pressefreiheit in Kooperation mit der studentischen Kulturinitiative „Querfeldein“ und ein Vortrag der ehemaligen polnischen Ministerpräsidentin Hanna Suchocka zu den

Licht- und Schattenseiten der polnischen Transformation in Kooperation mit der Initiative Partnerschaft mit Polen e. V.

Vortragsreihe „20/40 - Politisches am Donnerstag“

Die Veranstaltungsreihe „20/40 Donnerstag“ der Außenstelle Heidelberg mit der VHS und dem Bildungszentrum vor Ort wurde auch in den Jahren 2018 und 2019 erfolgreich fortgesetzt. 20 Minuten führt der Gast, der sich aus literarischer, musikalischer, zivilgesellschaftlicher oder berufspraktischer Perspektive mit einem Thema beschäftigt, in den Abend ein. Im zweiten, 40-minütigen Teil referiert ein:e Wissenschaftler:in zu aktuellen Ergebnissen im jeweiligen Forschungsfeld, um sich am Ende untereinander und mit dem Publikum auszutauschen.

Die Vielfalt der Themen – von der Rolle des Bundesverfassungsgerichts über die Schwierigkeiten der Abrüstungspolitik bis zur Halbzeit der US-Präsidentschaft Donald Trumps – und teils prominente Redner:innen sind weitere Besonderheiten dieses Formats.

Vortragsreise von Reiner Eppelmann durch Rhein-Neckar-Raum

30 Jahre nach der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR sprach Reiner Eppelmann bei mehreren Vorträgen im Rhein-Neckar-Raum über die Umbrüche im Jahre 1989 und die Zukunft der Demokratie in Deutschland. Der frühere Pfarrer der Friedrichshainer Samariter Gemeinde ist einer der bedeutendsten Repräsentanten der Opposition gegen die kommunistische Diktatur der SED. Heute ist er Vorsitzender der „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ mit Sitz in Berlin.

Auf Einladung des Kulturforums Südliche Bergstraße, des Kulturhistorischen Freundeskreises Sinsheim und der Außenstelle Heidelberg tourte der DDR-Bürgerrechtler zweieinhalb Tage lang durch die Region und kam bei Vorträgen mit Jugendlichen und Erwachsenen ins Gespräch. Am Max-Born-Gymnasium in Neckargemünd und am Ottheinrich-Gymnasium in Wiesloch lauschten je rund hundert Schülerinnen und Schüler den Ausführungen Reiner Eppelmanns und fragten ihn zu seinen Erfahrungen in den letzten Tagen der DDR vor dem Mauerfall aus. Bei den Abendveranstaltungen im Bürgersaal in Wiesloch und im „Wirts-Haus“ in Sinsheim waren alle Plätze besetzt, als Reiner Eppelmann nicht nur die Vergangenheit Revue passieren ließ, sondern auch seine Einschätzung zur Lage der Demokratie 30 Jahre nach dem Mauerfall schilderte.

Studierende, Referendar:innen und Lehrkräfte

Auch in den Jahren 2018 und 2019 führte die Außenstelle Heidelberg für Lehramtsstudierende an der Uni Heidelberg und den Pädagogischen Hochschulen in Heidelberg und

Karlsruhe sowie den Referendarinnen und Referendaren in Heidelberg zahlreiche Infoveranstaltungen und Vorträge durch, bei denen die Didaktik und Methodik der politischen Bildung wie auch die Angebote der Landeszentrale im Mittelpunkt standen. Dank der neuen Räumlichkeiten finden diese Veranstaltungen nun meist in der Plöck 22 statt und ermöglichen den zukünftigen Lehrkräften ein noch besseres Kennenlernen der Außenstelle und ihres Angebots wie dem Shop.

Auf Einladung des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) in Bad Wildbad veranstaltete die Außenstelle Heidelberg im Juli 2019 eine dreitägige Lehrkräftefortbildung zum Thema „Schicksalsgemeinschaft Europäische Union“. Im Februar 2019 fand in Kooperation mit der Handelslehranstalt Bruchsal eine Fortbildung zum Thema „Wir sind viele – Grundkonsens in einer pluralistischen Gesellschaft“ für Lehrkräfte an Berufsschulen statt. Eine Premiere gab es im September 2019 in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen im Regierungspräsidium Karlsruhe: Die beiden Baden-Ba-

dener Buchhändler Tanja Eger und Josua Straß stellten auf sehr unterhaltssame Weise neue und alte Bücher rund um das Thema „30 Jahre Mauerfall / 30 Jahre Wiedervereinigung“ vor. Die anwesenden Lehrkräfte und Bibliothekar:innen konnten sich so Ideen für die Umsetzung des Themas im Unterricht oder für Veranstaltungen in ihren Bibliotheken holen.

Politische Bildung hautnah an Infoständen der Außenstelle

Rund 20 Mal präsentierte die Außenstelle Heidelberg in den Jahren 2018 und 2019 die LpB-eigenen Publikationen und Angebote – und damit auch die gesamte Landeszentrale – bei Straßenfesten, Neujahrsempfängen, zum Semesterstart an Hochschulen oder flankierend zu unseren Veranstaltungen. Neben der Vorstellung der Angebote steht bei den Infoständen stets der Austausch mit den Besucher:innen über Politik und politische Bildung im Mittelpunkt. Beim Beantworten der Glücksradfragen oder beim Puzzeln von Großpuzzles gelingt der Gesprächseinstieg leicht und oft auch mit Menschen, die man ansonsten nur schwer erreicht.



Bei rund 20 Infoständen in den Jahren 2018 und 2019 kamen die Mitarbeitenden der Außenstelle Heidelberg mit Menschen ins Gespräch.

7.1 Publikationen



Im Mannheimer MARCHIVUM ging es am 10. Oktober 2018 um „stille Heldinnen und Helden“ aus dem Südwesten, v. l. n. r.: Prof. Dr. Ulrich Nieß (Direktor des MARCHIVUM Mannheim), Elke Zimmer MdL, Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL und Moderator Dr. Wolfgang Niess.

Die Buchreihen der Landeszentrale

Mit den „Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs“ und der „Didaktischen Reihe“ verfügt die LpB über zwei Buchreihen, die auch über Baden-Württemberg hinaus einen guten Namen haben. Die Landeskundliche Schriftenreihe ist ein im bundesweiten Vergleich einzigartiges Kompendium zur landeskundlichen Literatur und wurde mehrfach nachgedruckt. Jeder neue Band wird mit einer öffentlichen Buchpräsentation gewürdigt. Die Didaktische Reihe profiliert die LpB als einzige der bundesdeutschen Landeszentralen, die sich intensiv mit der Didaktik der politischen Bildung auseinandersetzt. Einzelne Titel, wie die beiden Bände „Methodentraining“, sind Standardwerke der politischen Bildung.

Landeskundliche Reihe

2018 ERSCHIENEN:

- Baden und Württemberg 1918/19. Kriegsende – Revolution – Demokratie (Band 48)

Herausgeber: Frank Engehausen und Reinhold Weber

Dieses Buch nimmt die Novemberrevolution von 1918 in den Blick. Die revolutionären Ereignisse in Baden und Württemberg waren zweifellos von den Vorgängen in Berlin geprägt, aber markante regionale Besonderheiten gab es dennoch. Im Fokus stehen die Erwartungen und Befürchtungen der Menschen zwischen Kriegsende, Revolution und der ersten Demokratie in Deutschland.

- Späte Aufarbeitung. LSBTTIQ-Lebenswelt im deutschen Südwesten (Band 50)

Herausgeber: Martin Cüppers und Norman Domeier

Für Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen Jahren die einzigartige Chance ergeben, durch breit angelegte wissenschaftliche Aufarbeitungsprojekte sowohl die Lebenswelten von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen sowie queeren Menschen (LSBTTIQ) als auch die gegen sie gerichteten Verfolgungsmaßnahmen umfassend in den Blick zu nehmen. Dieses Buch präsentiert erste Erträge dieser universitären und ehrenamtlich geleisteten Forschungsarbeit. Vermittelt wird damit ein vielschichtiges

Bild, das sowohl die Lebens- und Verfolgungsgeschichte von LSBTTIQ im 20. Jahrhundert als auch aktuelle Entwicklungen und Fragestellungen wie die „Ehe für alle“ und die Aufhebung von Unrechtsurteilen thematisiert.

2019 ERSCHIENEN:

- Todesfabrik KZ Dautmergen. Ein Konzentrationslager des Unternehmens „Wüste“ (Band 49)

Autor: Andreas Zekorn

Das Konzentrationslager Dautmergen bei Balingen war eines von insgesamt sieben Konzentrationslagern, die dem mörderischen Unternehmen „Wüste“ dienten. Hier sollte in großem Stil aus Ölschiefer Öl für die Rüstungsproduktion des NS-Regimes gewonnen werden. In den sieben Lagern, die als Außenlager zum KZ-Komplex Natzweiler-Struthof gehörten, arbeiteten ab Juni/Juli 1944 über 12.000 Häftlinge, weit mehr als 3.500 von ihnen starben. Das Buch ist eine umfassende Darstellung des KZ Dautmergen, die von der Planung über die Opfer und deren Haftbedingungen bis hin zu den Tätern, der juristischen Aufarbeitung und der Erinnerungsarbeit vor Ort nach 1945 reicht.

- Von Hölderlin bis Jünger. Zur politischen Topographie der Literatur im deutschen Südwesten“ (Band 51)

Herausgeber: Thomas Schmidt und Kristina Mateescu

Das Verhältnis von Literatur und Politik gilt als schwierig. Literatur, die sich politischen Zielen verschrieb, wurde nicht selten die ästhetische Qualität abgesprochen, während jener Dichtung, die sich fern von den Aktualitäten des Alltags als Schutzraum des Schönen verstand, Folgenlosigkeit oder gar ethische Verantwortungslosigkeit



Präsentation einer besonderen wissenschaftlichen Leistung und zugleich eine Hommage an die Opfer des KZ Dautmergen, einem der vielen menschenverachtenden Verbrechen des NS-Regimes: Buchpräsentation am 29. Oktober 2019 mit (v. l. n. r.) Cordula Bieber (musikalische Umrahmung), Landrat Günther-Martin Pauli, Patrizia Bieber (musikalische Umrahmung), Dr. Andreas Zekorn (Kreisarchiv Balingen und Autor) sowie Direktor Lothar Frick und Prof. Dr. Reinhold Weber (beide LpB).

vorgeworfen wurde. Diese mitunter selbst schon ideologisch gewordenen Frontlinien werden in diesem Band nicht bestärkt. Vielmehr legen die Beiträge konkrete Kontaktzonen zwischen Literatur und Politik frei und zeigen, wie eng und vielfältig die Sphären der literarischen und der politischen Kultur miteinander verknüpft sind. Sämtliche Beiträge argumentieren dabei vom Ort aus und zeigen so Baden-Württemberg als einzigartige Literatur- und Kulturlandschaft.

Buchpräsentationen

In einer Kooperationsveranstaltung mit der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte und der Universität Heidelberg wurde Band 48 der Landeskundlichen Schriftenreihe am 12. Dezember 2018 in Heidelberg der Öffentlichkeit vorgestellt. Über die zentralen Inhalte des Buches und über aktuelle Bezüge 100 Jahre nach der Novemberrevolution unterhielten sich auf einem Podium Prof. Dr. Katja Patzelt-Mattern (Universität Heidelberg, Autorin), Prof. Dr. Bernd Braun (Ebert-Gedenkstätte, Autor) und Prof. Dr. Frank Engehausen (Universität Hei-

delberg, Mitherausgeber), moderiert von dem Historiker und Publizisten Dr. Wolfgang Niess.

Im Rahmen eines von Dr. Wolfgang Niess moderierten Gesprächs zwischen der Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg, Muhterem Aras MdL, und der Mitherausgeberin Prof. Dr. Angela Borgstedt (Universität Mannheim) wurde am 10. Oktober 2018 eine kleine Tournee fortgeführt. Band 46 der Landeskundlichen Reihe („Mut bewiesen. Widerstandsbiographien aus dem Südwesten“, 2017 erschienen) war bereits in Stuttgart, Karlsruhe und Ulm mit Veranstaltungen gewürdigt worden. Nun ging es im neu eröffneten MARCHIVUM in Mannheim erneut um die Fragen, wo aktuelle Bezüge zwischen dem Widerstand von „gewöhnlichen“ Menschen in der NS-Zeit und der Gegenwart liegen.

Am 16. November 2018 fanden in einer Kooperationsveranstaltung der LpB mit dem Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg, der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld und dem Evangelischen Bildungszentrum Hospitalhof Stuttgart meh-

rere Gesprächsgäste zu einer Diskussion über historische Aufarbeitungsprojekte und aktuelle Fragen zu den Lebenswelten von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen sowie queeren Menschen (LSBTTIQ) zusammen: die Landtagsabgeordneten Brigitte Lösch, Daniel Born und Jürgen Keck, Ralf Bogen, der u. a. das Internetprojekt www.der-liebe-wegen.org leitet, sowie Dr. Carolin Küppers von der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld in Berlin, moderiert von Markus Pfalzgraf (SWR).

In mustergültiger Form hat Dr. Andreas Zekorn, Leiter des Archivs des Zollernalbkreises, die Geschichte des Konzentrationslagers erforscht und dokumentiert. Sein Grundlagenwerk, das auch Impulse für die gesamte Forschung zu den zahlreichen Gedenk- und Erinnerungsstätten in Baden-Württemberg gibt, wurde am 29. Oktober 2019 vor rund 200 Gästen im Landratsamt des Zollernalbkreises vorgestellt.

Didaktische Reihe

2019 ERSCHIENEN:

- Emotionen im Politikunterricht

Herausgeber: Siegfried Frech und Dagmar Richter

Meinen und Fühlen sind modern – in der Politik, in den Medien und seit kurzem in der Politikdidaktik. Politische Bildung ist zwar der Rationalität verpflichtet, ebenso aber auf Emotionen angewiesen. Gefühle, Stimmungen und Affekte beeinflussen Erkenntnis- und Urteilsprozesse gleichermaßen. In der politischen Bildung finden sich schon seit den 1970er Jahren Begriffe wie Interesse, Betroffenheit, affektive Einstellungskomponente oder Handlungsmotivation bis hin zu Systemvertrauen, die sich unter dem Stichwort

„Emotionen“ sammeln lassen. Doch bleiben sie häufig unpräzise und ihre Beziehung zur Rationalität, zur Vernunft und zum Wissen ungeklärt. Die Rolle von Emotionen im Zusammenhang mit Sozialisationsprozessen und politischem Lernen wurde im Rahmen der „Beutelsbacher Gespräche 2018“ angesichts neuer gesellschaftlicher Herausforderungen erörtert.

- Methodentraining für den Politikunterricht

Herausgeber: Sabine Achour, Siegfried Frech, Peter Massing, Veit Straßner

Die Klassiker „Methodentraining für den Politikunterricht I und II“ wurden aktualisiert, überarbeitet und zusammengeführt. Schwerpunkte sind: (1) der Zusammenhang zur Kompetenzorientierung im Politikunterricht bzw. zu den anzustrebenden Kompetenzen (Analyse-, Handlungs-, Urteilskompetenz); (2) die zentralen didaktischen Anforderungen an Unterrichtsmethoden, Sozialformen und Arbeitstechniken; (3) das „Leistungsspektrum“ der Methoden sowie (4) der Gesichtspunkt des sozialen Lernens (durch und mit Methoden).

Sonderpublikationen

2019 ERSCHIENEN:

- Handbuch Kommunalpolitik

Herausgeber: Siegfried Frech, Reinhold Weber, Hans-Georg Wehling, Paul Witt

Anlässlich der Kommunalwahl wurde das Standardwerk „Handbuch Kommunalpolitik“ überarbeitet und neu aufgelegt. Es skizziert in kompakten Analysen die zentralen Akteure und Themen auf kommunaler Ebene. Einschlägige Gesetzestexte

und ein umfangreicher statistischer Teil machen das Handbuch zum praktischen Nachschlagewerk.

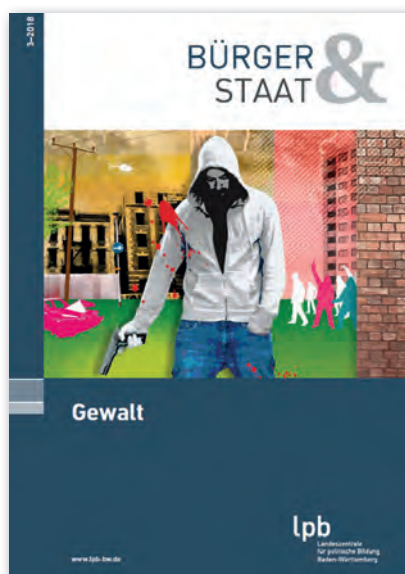
Zeitschriften

Mit den drei traditionsreichen Zeitschriften „Bürger & Staat“ (seit 1951), „Politik & Unterricht“ (seit 1975) sowie „Deutschland & Europa“ (seit 1983) verfügt die LpB über Formate mit jeweils eigenständigem Profil und unterschiedlichen Zielgruppen. Sie decken den gesamten Bereich schulischen, außerschulischen und universitären Lernens ab und erlauben es der LpB, im Vergleich mit dem Buchmarkt rasch und zeitnah auf aktuelle Themen zu reagieren und diese wissenschaftlich bzw. didaktisch aufzubereiten.

Mit allen drei Zeitschriften setzt die LpB bundesweit Standards. „Bürger & Staat“ (Regelaufgabe 14.000) gilt als „die bundesweit einzige zitierfähige Zeitschrift mit diesem konzeptionellen Zuschnitt“ (SWR). „Politik & Unterricht“ (Regelaufgabe 18.000) sowie „Deutschland & Europa“ (Regelaufgabe 16.000) bewegen sich in einem zusehends ausgedünnten, aber angesichts der Umbrüche im Bildungswesen immer wichtiger werdenden Markt didaktischer Literatur mit praxisnahen Lernbeispielen.

Alle drei Zeitschriften unterscheiden sich in Konzeption und thematischem Zuschnitt von den Printprodukten der Bundeszentrale für politische Bildung, nicht zuletzt durch die landesspezifischen Themen. Mit allen drei Zeitschriften erreicht die LpB – auch wegen der hohen Zugriffsraten im Internet sowie wegen des hohen Multiplikatoreffekts – mehrere zehntausend Leserinnen und Leser pro Ausgabe.

Der Bürger & Staat



2018 ERSCHIENEN:

- Heft 1-2/2018
Antiziganismus
- Heft 3/2018
Gewalt
- Heft 4/2018
Wasser

2019 ERSCHIENEN:

- Heft 1/2019
Das Grundgesetz
- Heft 2-3/2019
Wohnen
- Heft 4/2019
Ozeane und Meere

Politik & Unterricht



2018 ERSCHIENEN:

- Heft 1/2018
Konflikte. Erkennen – verstehen – lösen
- Heft 2-3/2018
Demokratie. (Er-)leben – gestalten – entscheiden
- Heft 4/2018
Schule und Vielfalt. Konzepte und Methoden für die Unterrichtspraxis

2019 ERSCHIENEN:

- P & U aktuell 19
Kommunalwahl 2019 in BW
- Heft 1/2019
Praxis des Widerstands 1933 bis 1945. Formen widerständigen Handelns in Südwestdeutschland
- Heft 2-3/2019
Digital ist besser? Die Leitperspektive Medienbildung in Schule und Unterricht
- Heft 4/2019
30 Jahre Deutsche Einheit

Deutschland & Europa



2018 ERSCHIENEN:

- Heft 75/2018
Herausforderungen des Sozialstaats im sozialen Wandel
- Heft 76/2018
Aktuelle Aufgaben staatlicher Wirtschaftspolitik

2019 ERSCHIENEN:

- D & E aktuell
Die Europawahl 2019
- Heft 77/2019
Die Europäische Union und ihre Grenzen
- Heft 78/2019
Friedens- und Sicherheitspolitik in der Europäischen Union



MACH'S KLAR! Politik – einfach erklärt

Seien es Ereignisse wie der Brexit, die Wahlen, die Energiewende oder der Dauerbrenner und das Bundestagswahlkampfthema Rente – die Redaktion „Unterrichtsmedien“ versteht es, mit „Mach's klar! – Politik einfach erklärt“ alle komplexen politischen Themen in eine verständliche und einfache Sprache zu verpacken. Stark elementarisierte und visualisierte Inhalte ermöglichen Schülerinnen und Schülern einen optimalen Zugang zu gesellschaftlichen Themenkomplexen. „Die Schülerinnen und Schüler dort abholen, wo sie stehen“ – genau das macht „Mach's klar!“. Klassen werden immer heterogener, sodass auch „Mach's klar!“ die im aktuellen Bildungsplan thematisierten Niveaustufen integriert hat. Mithilfe von „Mach's klar!“ kann individualisierter und kooperativer Unterricht erfolgreich umgesetzt werden, da jede Ausgabe nicht nur als Grundlage für eine ganze Unterrichtsstunde dient, sondern einzelne Aufgaben passgenau auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler zugeschnitten sind. Entwickelt wurden neue Angebote: Learning Apps, die man direkt über die Homepage aufrufen kann,

ergänzen die Lernerfahrung. Zuordnung (drag and drop) von Paaren, auf Landkarten, Lückentexte, „Wer wird Millionär“-Aufgaben und Videoanwendungen mit Hintergrundinfos samt Fragen – alles in der Learning App! Zusätzlich bietet die LpB-Homepage unter „Mach's klar“ weiterführende Links zu Lernvideos, Arbeitsblättern und Lösungen an. Mit einer Regelaufgabe von 20.000 Exemplaren kann „Mach's klar! – Politik einfach erklärt“ kostenlos als Klassensatz bestellt werden.



2018 ERSCHIENEN:

- MACH'S KLAR! 29/2018: Esst Euch fit – und die Umwelt gleich mit
- MACH'S KLAR! 30/2018: Fake News – ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt
- MACH'S KLAR! 31/2018: Diagnose Handysucht – Gefahr oder Hysterie?
- MACH'S KLAR! 32/2018: „Digitale Revolution“ und BGE – werden wir überflüssig?
- MACH'S KLAR! 33/2018: It's a plastic world – ersticken wir im Plastikmüll?

2019 ERSCHIENEN:

- MACH'S KLAR! 34/2019: Unser Trinkwasser – von Geschäften und Konflikten
- MACH'S KLAR! 35/2019: Kommunalwahlen in BaWü – wählen gehen am 26. Mai 2019 (+ Info-Blatt A4 und Info-Poster A1)
- MACH'S KLAR! 36/2019: Unsere Tour durch die EU – eine spielerische Reise
- MACH'S KLAR! 37/2019: Legalize Cannabis? „Verboten, weil es illegal ist“
- MACH'S KLAR! 38/2019: Vielfalt und Toleranz – „Ich bin ja wirklich tolerant, aber...“
- MACH'S KLAR! 39/2019: Wohnungsnot

Ankäufe von Verlagspublikationen

Über die selbst erstellten Printprodukte hinaus versucht die LpB mit Buchankäufen sowohl die zentralen Politikfelder als auch die Landeskunde Baden-Württembergs ergänzend im Sortiment abzudecken.

2018 WURDEN ANGEKAUFT:

- Gotthard Breit/Siegfried Frech: Politik durchschauen. Leitfaden für den erfolgreichen Durchblick
- Stefan Glaser/Thomas Pfeiffer (Hrsg.): Erlebniswelt Rechts- extremismus. Modern – subversiv – hasserfüllt
- Ingo Juchler: 1968 in Deutschland – Schauplätze der Revolution
- Tim Köhler-Rama: Das Rentensystem verstehen. Die politische Ökonomie der Alterssicherung
- Bart Somers: Zusammen leben. Meine Rezepte gegen Kriminalität und Terror
- Florian F. Furtak: Demokratische Regierungssysteme: Eine Einführung
- Gregor Schöllgen: Krieg. Hundert Jahre Weltgeschichte
- Andreas Vierecke u. a.: dtv-Atlas Politik. Neuauflage
- Winfried Nerdinger: Das Bauhaus. Werkstatt der Moderne

- Klaus Schubert/Johannes Klein: Demokratie in Deutschland
- Andreas Speit: Das Netzwerk der Identitären
- Steven Levitsky/Daniel Ziblatt: Wie Demokratien sterben
- Kata Raworth: Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört

2019 WURDEN ANGEKAUFT:

- Siegfried Frech/Vanessa Bäder: Leitfaden Referendariat im Fach Politik
- Hannah Schott/Volker Konrad: Klimahelden. Von Goldsammlerinnen und Meeresputzern
- Gerhard Sälter: 9. November 1989. Der Fall der Mauer
- Stefan Haußner u. a.: Europawahlratgeber 2019
- Benjamin Comparot u. a.: Das Europa-Quiz
- György Dalos: 21. August 1968. Prager Frühling. Der Mann vor dem Panzer
- Frank Willmann: Die Fußball-Weltmeisterschaft 1954 in Bern
- Wolfgang Benz: Alltagsrassismus. Feindschaft gegen „Fremde“ und „Andere“

- Markus Hünemörder: Die Simpsons
- Nicola Lindner: Recht verständlich. Eine etwas andere Einführung in das Recht
- Philipp Gassert: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1954
- Kar-Rudolf Korte: Gesichter der Macht. Über die Gestaltungspotenziale der Bundespräsidenten
- Walter Mühlhausen: Das Weimar-Experiment. Die erste deutsche Demokratie 1918-1933
- Markus Appel: Psychologie des Postfaktischen
- Ulrich Schnakenberg: 70 Jahre Bundesrepublik in Karikaturen
- Ulrich Herbert: Das Dritte Reich. Geschichte einer Diktatur
- Ewald Frie: Die Geschichte der Welt
- Philipp Manow: Die politische Ökonomie des Populismus

7.2 Internet

Kontakt Datenschutz Impressum PDF-Ansicht Suchbegriff eingeben

l**pb**
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Europawahl 2019

Wahl 2019 Wahlsystem Europäische Union Parteien Baden-Württemberg Rückblick Angebote der LpB BW

Europa hat gewählt: Ergebnisse und Analysen zur Europawahl 2019
Zum 9. Mal fand vom 23. bis 26. Mai 2019 die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Rund 400 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus 28 EU-Mitgliedstaaten waren aufgerufen, an der Europawahl teilzunehmen. (© Europäisches Parlament)

Wer wird gewählt?
Bei der Europawahl 2019 wählten wahlberechtigte Europäerinnen und Europäer die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Welche Aufgaben das EU-Parlament hat, erfahren Sie hier.
weiter

Das Wahlrecht der EU
Wie viele Stimmen hat jeder und jede Wahlberechtigte? Welche Parteien stehen zur Wahl? Und was steht auf den Stimmzetteln? Alle Informationen zum Wahlrecht.
weiter

Die Europawahl 2019 bescherte dem Wahlportal der LpB wieder neue Besucher:innenrekorde.

Die LpB im Internet

Im Internet hat sich die Landeszentrale 2018/2019 vor allem den Themen „Kommunalwahl“, Wählen ab 16 und der Europawahl im Mai 2019 gewidmet. Daneben standen 2018 die Präsidentschaftswahl in Russland und „100 Jahre Frauenwahlrecht“ im Fokus, 2019 waren es die Themen 30 Jahre Mauerfall und 100 Jahre Kriegsende des Ersten Weltkriegs. Das zählbare Ergebnis 2019 lautet: monatlich durchschnittlich 750.000 Besucherinnen und Besucher und 1,5 Millionen Seitenaufrufe.

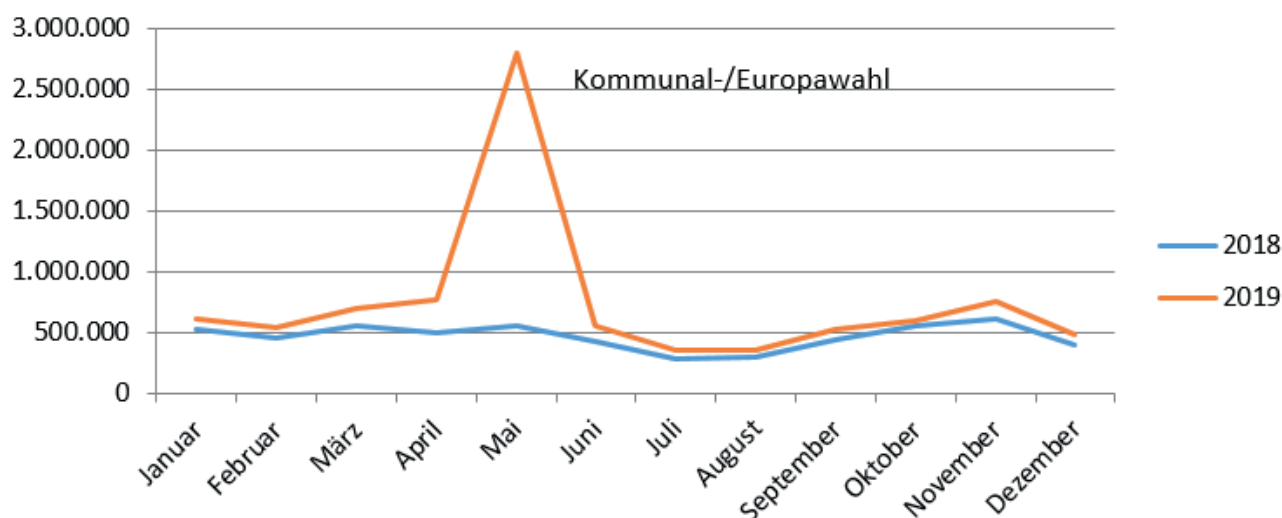
Besucherinnen und Besucher 2018/2019

In beiden Jahren stieß die Landeszentrale mit ihrem Internetangebot wieder auf großes Interesse. Die Anzahl der Besucherinnen und Besucher der Portale sank 2018 zwar im Vergleich zum Vorjahr um vier Millionen auf 5,5 Millionen, 2017 sorgte allerdings die Bundestagswahl für Rekordzahlen. Schon 2019 lag die Besucherzahl aufgrund der Europa- und Kommunalwahlen wieder bei neun Millionen, d. h. durchschnittlich bei 750.000 im Monat. Bei den Seitenzugriffen kam die LpB 2018 auf zwölf Millionen, 2019 legten die Zugriffe auf 17 Millionen zu, das waren durchschnittlich 1,5 Millionen im Monat. Ursache der Zuwächse war das enorme Interesse der Menschen an den Kommunal- und Europawahlen im Mai 2019.

Im Jahresvergleich konnten viele Portale auch 2018 und 2019 zulegen. Im sechsstelligen Besu-

cherbereich lagen 2018 und 2019 im Gesamtjahr die Webangebote bundestagswahl-bw.de, buergerimstaat.de (nur 2018), deutschlandundeuropa.de (nur 2018), europawahl-bw.de, europaimunterricht.de, foej-bw.de (nur 2018), gedenkstaetten-bw.de, kommunalwahl-bw.de, landeskunde-baden-wuerttemberg.de und politikundunterricht.de. Siebenstellige Besucherzahlen konnte die Redaktion mit den Portalen lpb-bw.de und politische-bildung.de erreichen. So konnte 2019 das gemeinsame Portal der Zentralen für politische Bildung „politische-bildung.de“ eine halbe Million User mehr als im Vorjahr verzeichnen.

Wichtigste Seite aller LpB-Angebote ist naturgemäß die Eingangsseite des Hauptportals von lpb-bw.de mit rund 600.000 Zugriffen im Jahr. Erfolgreichster PDF-Download war das P&U-Heft 3-4/2005 „Gegen den Strich – Karikaturen zu zehn Themen“ mit 38.000 Downloads, gefolgt von



	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	GESAMT
2018	520.000	450.000	550.000	490.000	550.000	420.000	280.000	300.000	440.000	560.000	610.000	400.000	5,6 Mio.
2019	610.000	540.000	690.000	770.000	2.800.000	550.000	360.000	350.000	530.000	590.000	760.000	480.000	9,0 Mio.

34.000 Downloads „Test-Leben-in-Deutschland-auf-Lernkarten“ von i-punkt-projekt.de.

Die Anzahl der monatlichen Besucherinnen und Besucher lagen 2019 durchgängig über den Zahlen von 2018.

Kommunal- und Europawahlen 2019

Die Erstellung von Wahlportalen (Kommunal-, Landtags-, Bundestags-, Europa- und US-Wahl) ist eine der Hauptaufgaben der Internetredaktion. Mit den im responsiven Design (optimiert für alle Bildschirme) komplett überarbeiteten Portalen www.europawahl-bw.de, www.kommunalwahl-bw.de und waehlenab16-bw.de hat die Landeszentrale wieder sehr viele interessierte Menschen erreicht. Zusätzlich fassten die Portale die zahlreichen Aktivitäten und Materialien der Landeszentrale rund um die Wahl zusammen, insbesondere die Erstwählerkampagne zur Kommunalwahl. Im Wahlmonat Mai 2019 konnten über zwei Millionen Be-

suche und 3,6 Millionen Seitenaufrufe auf den Wahlportalen gezählt werden. Mit insgesamt 3,1 Millionen Besuchern und 5,5 Millionen Seitenaufrufen geht allein ein Drittel aller Zugriffe des Jahres auf das Konto der Portale.

LpB-Spezial: Wählen gehen!

Mit Online-, Veranstaltungs- und Publikationsangeboten im Rahmen des 2019er LpB-Spezial „Wählen gehen!“ zur Kommunal- und Europawahl hat die LpB ein Medienecho erzeugt, das man zuletzt bei der Kommunalwahl 2014 gesehen hat.

europawahl-bw.de

Spitzenreiter im Mai 2019 war das Portal www.europawahl-bw.de. Das Ziel, eine Million Besucherinnen und Besucher im Wahlmonat Mai mit dem Wahlportal zu erreichen, wurde schon am Wahlabend (26.5.) übertroffen. Im Mai wurden insgesamt 1,5 Millionen Besuche und 2,4 Millionen Seitenaufrufe verzeichnet (2014 im Wahlmonat Mai: 550.000 Besuche, 1,2 Millionen Seiten). Allein am Wahltag gab es 417.000 Besuche und 700.000 Seitenaufrufe.



Mit modernem Design und vielen Infos versuchte die Plattform „waehlenab16-bw.de“ Erstwählende anzusprechen.



kommunalwahl-bw.de

Im Gegensatz zur Europawahl, für die sich Besucher:innen bundesweit interessieren, ist die Kommunalwahl hauptsächlich auf ein Interesse in Baden-Württemberg beschränkt. Entsprechend niedriger sind die Zugriffe, die sich dennoch sehen lassen können. Mit 570.000 (2014: 230.000) Besuchen und 1,1 Millionen (2014: 510.000) Seitenaufrufen erzielte die LpB neue Bestzahlen.

Was die Jugendlichen anbelangt, hat die LpB mit dem Webportal das gesteckte Ziel nicht erreicht, sie massenweise online anzusprechen. 19.800 User (2014: 19.000) und 55.000 Seitenaufrufe (2014: 77.000) konnten im Mai auf dem Portal gezählt werden, weit weniger als erwartet.

Selbst die Platzierung bei Google auf Nr. 1 beim Suchbegriff „wählen ab

16“ oder „wahl ab 16“ brachte nicht den erhofften Erfolg.

Dossiers

Die Internetredaktion hat mit den aktuellen und geschichtlichen Dossiers 2018 und 2019 das Interesse der Besucherinnen und Besucher an den Web-Angeboten der Landeszentrale weiter erhöhen können. Damit hat insbesondere das Hauptpor-

wahlenab16-bw.de

Die Landeszentrale hatte die Aufgabe übernommen, die zentrale Infoseite im Rahmen des Bündnisses „Wählen ab 16“ in einem neuen, jugendlichen Design aufzubauen und zu betreuen. Damit wurden Onlineinformationen zur Wahl plattformunabhängig für Erstwählerinnen und Erstwähler zur Verfügung gestellt, die landesweiten Veranstaltungsangebote wurden gelistet und auch Multiplikator:innen mit Materialien bedient.

	Download PDF (komplette Hefte)
Politik & Unterricht (www.politikundunterricht.de)	2019: 352.000 (2018: 353.000)
Bürger & Staat (www.buergerimstaat.de)	2019: 125.000 (2018: 110.000)
Deutschland & Europa (www.deutschlandundeuropa.de)	2019: 105.000 (2018: 80.000)
mach's klar! (www.lpb-bw.de/machsklar.html)	2019: 61.000 (2018: 58.000)

LpB-Webportale

- www.lpb-bw.de
- www.bundestagswahl-bw.de
- www.buergerbeteiligung.lpb-bw.de
- www.byrnese-rede.lpb-bw.de
- www.buergerimstaat.de
- www.ddr-im-unterricht.de
- www.deutschlandundeuropa.de
- www.donau-online-projekt.de
- www.elearning-politik.de
- www.europawahl-bw.de
- www.europaimunterricht.de
- www.foej-bw.de
- www.gedenkstaetten-bw.de
- www.degaulle.lpb-bw.de
- www.grundrechtelibel.de
- www.hausaufderalb.de
- www.i-punkt-projekt.de
- www.jugendlandtag.de
- www.kommunalwahl-bw.de
- www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de
- www.landtagswahl-bw.de
- www.lpb-freiburg.de
- www.lpb-heidelberg.de
- www.mehr-als-nur-gaeste.de
- www.osteuropa.lpb-bw.de
- www.politikundunterricht.de
- www.schuelerwettbewerb-bw.de
- www.lpb-schuleplus.de
- www.team-mex.de
- www.uswahl.lpb-bw.de
- www.waehlenab16.de

tal der Landeszentrale lpb-bw.de im Jahr 2018 mit 1,9 Millionen Usern und 4,1 Millionen Seitenaufrufen sowie im Jahr 2019 mit 2,5 Millionen Usern und 5,2 Millionen Seitenaufrufen zu den sehr guten Zahlen beigetragen.

Neben den Wahlen bestimmten 2018 und 2019 viele weitere Jubiläen die Schlagzeilen: 100 Jahre Kriegsende des Ersten Weltkriegs, 100 Jahre Bauhaus, 100 Jahre Oktoberrevolution, 200 Jahre Badische Verfassung, 80 Jahre Georg Elzers Attentat, 80 Jahre „Reichspogromnacht“, 30 Jahre Fall der Berliner Mauer und 100 Jahre Frauenwahlrecht. Daneben entstanden Dossiers zur Präsidentschaftswahl in Russland 2018 und den Midterms in den USA 2018.

Zeitschriften online

Neben den Dossiers, dem Veranstaltungskalender und dem Webshop stoßen die PDF-Ausgaben der drei Zeitschriften „Bürger & Staat“, „Deutschland & Europa“ und „Politik & Unterricht“, der Unterrichtshandreichung „mach’s klar!“ sowie die E-Books auf ein großes Nutzerinteresse. Insgesamt wurden 2018 611.000 und 2019 650.000 Publikationen heruntergeladen.

Spitzenreiter in den Downloads war wie schon in den vergangenen Jahren die Zeitschrift „Politik & Unterricht“ mit 353.000 Downloads im Jahr 2018 und 352.000 in 2019, ihr folgte „Bürger & Staat“ mit 110.000 Downloads im Jahr 2018 und 125.000 2019. Die Zeitschrift „Deutschland & Europa“ kam 2018

auf 80.000 Downloads und 2019 auf 105.000. „Mach’s klar!“ lag 2018 bei 58.000 Downloads, 2019 bei 61.000. Recht erfolgreich ist auch die Möglichkeit, Bücher als E-Book herunterzuladen. 2018 wurden 8.600 E-Books im .epub und .mobi-Format heruntergeladen, 2019 waren es 5.700. 2.000 Mal wurde Band 48 der Landeskundlichen Reihe „Baden und Württemberg 1918/19“ im Jahr 2019 als E-Book heruntergeladen.

Erfolgreichste Zeitschrift war auch 2018 das P&U-Heft: 3/4/05 „Gegen den Strich - Karikaturen zu zehn Themen“ mit 30.000 Downloads, gefolgt von Heft 1/2/15 „Methoden im Politikunterricht“ mit 26.000 Downloads im Jahr 2019.

7.3 Soziale Netzwerke



Foto: pixabay, Gerd Altmann

Neuer Fachbereich „Social Media“

Im Mai 2018 wurde bei der Landeszentrale für politische Bildung der Fachbereich „Social Media“ neu eingerichtet und in den darauffolgenden Monaten aufgebaut. Ziel des Fachbereichs ist es, politische Bildungsangebote für verschiedene Zielgruppen und Altersgruppen auch über die sozialen Netzwerke zu verbreiten. Die LpB ist momentan auf Instagram, Twitter, Facebook und YouTube aktiv. Das Jahr 2019 war von zwei großen Projekten geprägt: der Erstwählerkampagne zur Kommunalwahl 2019, bei der auch die Social-Media-Kampagne eine wichtige Rolle spielte, sowie die Aktionstage „Netzpolitik und Demokratie“, deren bundesweite Koordination beim Fachbereich angesiedelt war.

Krisenmanagement um Fukushima-Beitrag

Am 11. März 2018 veröffentlichte die Social-Media-Redaktion auf Twitter, Facebook und Instagram einen Post zum Jahrestag der Fukushima-Katastrophe, die 2011 in Japan stattfand. Ein Erdbeben hatte dort ein Tsunami ausgelöst, dem mehrere tausend Menschen zum Opfer fielen und der eine Nuklearkatastrophe in einem Atomkraftwerk auslöste. Der LpB-Post dazu erweckte bei einigen Userinnen und Usern den Eindruck, als würden die vielen tausend Opfer fälschlicherweise der Atomkatastrophe zugeschrieben. Neben sachlicher Kritik erreichten den Fachbereich daraufhin auch viele beleidigende Kommentare. Auf die Reichweite insbesondere der Facebook- und Twitter-Kanäle wirkte sich die Kontroverse paradoxerweise positiv aus, auch wurden dadurch Userinnen und User auf

den Kanal aufmerksam, denen die Inhalte gefielen und die daraufhin begannen, der LpB zu folgen.

Als Reaktion auf den Vorfall verbesserte der Fachbereich seine Abläufe bei der Freigabe von Posts und erstellte ein Dokument zur Krisenkommunikation für künftige Fälle. Im Rahmen der „Aktionstage Netzpolitik und Demokratie 2019“ organisierte er außerdem einen #fairspeech-Workshop mit dem Bildungsträger IB (Internationaler Bund) Süd. Dort diskutierten Mitarbeitende der LpB und anderer Institutionen über „Hate Speech“, also den Umgang mit abwertenden Äußerungen gegenüber bestimmten Gruppen. Es wurde aber auch darüber gesprochen, welche Strategien Vertreterinnen und Vertreter von Institutionen haben, mit sachlicher oder unsachlicher Kritik souverän umzugehen.

Erstwählerkampagne zu den Kommunalwahlen

Die Erstwählerkampagne (EWK) zu den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg am 26. Mai 2019 prägte maßgeblich die Aktivitäten im Bereich der Social-Media-Kanäle im ersten Halbjahr 2019. Unter dem neu entwickelten Hashtag #meinstimmzählt wurden unterschiedlichste Aktivitäten auf verschiedenen Kanälen gebündelt. Für die Erstwählerkampagne wurde der Instagram-Kanal erstwaehler.bw eingerichtet, der sich vor allem an eine junge Zielgruppe wandte. Für den Kanal wurden junge Wählerinnen und Wähler mit Plakaten fotografiert, auf denen sie ihre ganz persönlichen Gründe angaben, an der Kommunalwahl teilzunehmen.

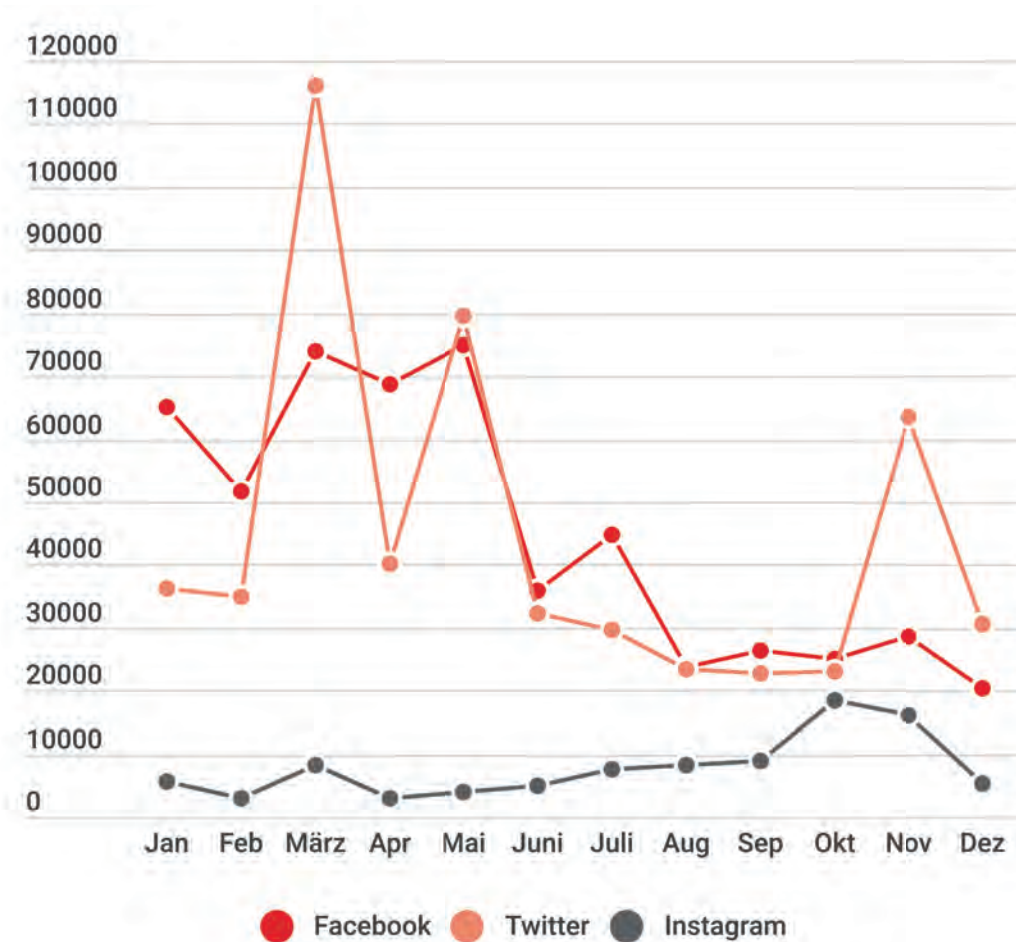
Neben diesen persönlichen, emotionalisierenden Posts gab es eine Serie mit informativen Posts zum Wahlrecht ab 16 und der Relevanz kommunalpolitischer Entscheidungen gerade auch für junge Menschen. Kommunalpolitisches Wissen wurde darüber hinaus in einer Serie von Quiz-Posts vermittelt. Inhaltlich eng mit dem Instagram-Kanal verknüpft war der Facebook-Kanal der Landeszentrale. Die Plakataktion #meinstimmzählt auf Instagram und Facebook hat gezeigt, dass personalisierte politische Themen auf Social-Media-Kanälen funktionieren.

Für das Außenbild der LpB bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen war der Erstwähler-Instagram-Kanal ein wichtiger Schritt, um die LpB in den sozialen Medien als Ort

zielgruppengerechter politischer Bildung zu etablieren. Innerhalb von wenigen Monaten gewann die LpB mehr als 1.000 Abonnent:innen. Kanäle wie dieser haben langfristig das Potential, sich als Medium für landeskundliche, kommunale und politische Informationen und den Austausch darüber zu etablieren.

Aktionstage „Netzpolitik und Demokratie“

Im Rahmen der Aktionstage „Netzpolitik & Demokratie“, die vom 14. bis 16. November 2019 stattfanden, übernahm der Fachbereich „Social Media“ die bundesweite Koordination. Dazu gehörte auch das Bespielen der Facebook- und Twitter-Kanäle der Aktionstage. Weitere Details im Kapitel 3.4 Aktionstage „Netzpolitik & Demokratie“.



Social-Media-Reichweiten im Jahr 2019.

7.4 E-Learning



Dem Thema „Smart City“ auf der Spur: Soziologin Manuela Rukavina und KI-Kenner Thomas Staehelin.

Individuelles Lernen dank E-Learning

E-Learning ist flexibel – sowohl für Nutzerinnen und Nutzer als auch bei der Konzeption der Angebote. Je nach Thema und Zielgruppe werden digitale Kursräume umgestaltet, Online-Offline-Phasen verändert und inhaltliche Fragestellungen angepasst. So kann jedes Bildungsangebot auf die spezielle Zielgruppe zugeschnitten werden. Dass Themen und Teilnehmende sehr unterschiedlich sind, zeigen die nachfolgenden Beispiele.

Digitale Ethik

„Digitale Ethik“ – der 2018 entstandene E-Learning-Kurs steht stellvertretend für ein neues Spektrum an Themen des Fachbereichs „E-Learning“. Bisher nutzte der Fachbereich digitale Möglichkeiten vor allem als Chance, Lernformate multimedial sowie orts- und zeitunabhängig anzubieten, um verschiedenste gesellschaftspolitisch relevante Fragestellungen über längere Zeiträume zu diskutieren. Mit der in immer mehr Lebensbereiche vordringenden Digitalisierung ist diese jedoch selbst zu einem gesellschaftsprägenden Themenfeld geworden. Den Auswirkungen des technischen Wandels kann sich niemand mehr entziehen und daraus ergeben sich zahlreiche Fragestellungen. Wie wahre ich meine informationelle Selbstbestimmung und schütze meine Privatsphäre? Wie lässt sich sicherstellen, dass Angst vor

Hate Speech nicht die persönliche Meinungsfreiheit einschränkt? Wer trägt die Verantwortung, wenn autonom fahrende Fahrzeuge Menschen verletzen? Wie erkennen wir Falschnachrichten und stellen sicher, dass unsere persönlichen und politischen Urteile nicht unterschwellig von Bots und dahinterstehenden Interessengruppen beeinflusst werden? Wie organisiert sich eine Gesellschaft, wenn durch die Digitalisierung zahlreiche Arbeitsplätze wegfallen?

Bei der Entwicklung neuer Kurse bestätigt sich immer wieder die Erfahrung, dass schon in der Konzeptionsphase die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen gewinnbringend ist. Der Kurs „Digitale Ethik“ entstand gemeinsam mit der Kirchlichen Landesarbeitsgemeinschaft der Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg, die ihre Expertise in ethischen Fragestellungen ein-

brachte. Nach Erstellung des Konzepts lieferte das Institut für Digitale Ethik an der Hochschule der Medien den Großteil der Inhalte. Die Führungsakademie Baden-Württemberg wiederum sorgte dafür, dass ein vierwöchiger Kurs mit Landesbeschäftigten aus den verschiedensten Ministerien zustande kam und intensive Diskussionen zum Beispiel über die Frage auslöste, inwieweit der Öffentliche Dienst Social-Media-Kanäle zur Kommunikation nutzen sollte. Hintergrund war unter anderem die Entscheidung des Landesbeauftragten für Datenschutz, sich von Twitter zu verabschieden. Andere Institutionen, darunter die LpB, nutzt dagegen diesen Dienst weiterhin, um entsprechende Zielgruppen mit ihren Angeboten zu erreichen.

Demokratie geht digital!

Der E-Learning-Kurs „Demokratie geht digital! Zivilgesellschaft im Netz“ entstand anlässlich der jähr-

lich stattfindenden Aktionstage „Netzpolitik und Demokratie“, die von allen Zentralen und der Bundeszentrale für politische Bildung organisiert werden und ein vielseitiges Programm zu netzpolitischen Themen bieten. Dank der guten Zusammenarbeit mit den Zentralen für politische Bildung konnte der Kurs „Demokratie geht digital!“ im Rahmen der Aktionstage mit einer Gruppe aus ganz Deutschland mehrfach durchgeführt werden: Von Berlin bis Freiburg tauschten sich bundesweit Personen darüber aus, wie sich die Digitalisierung auf unsere Demokratie auswirkt.

Smart City

Der Fachbereich „E-Learning“ beteiligte sich nicht nur mit diesem Online-Angebot am bundesweiten Aktionsprogramm, sondern führte außerdem im Stadtpalais Stuttgart ein offenes Talk-Format zum Thema „Stuttgart – Smart City“ durch. Die gerade eben zur „Smart City“

gekürzte Landeshauptstadt Stuttgart stellte gemeinsam mit dem Stuttgarter Stadtbahn-Verbund (SSB) ihre Digitalisierungsstrategie vor und diskutierte mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern, was es konkret bedeutet, eine „smarte Stadt“ zu sein. Dank der Unterstützung des SSB, der in den Stadtbahnen per Infoscreen auf die Veranstaltung hingewiesen hatte, waren rund 80 Personen ins Stadtpalais gekommen. Welche Konsequenzen eine solche Veranstaltung haben kann, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass eine der Teilnehmenden die Autorin des nächsten E-Learning-Kurses ist, der voraussichtlich im Rahmen der nächsten Aktionstage „Demokratie und Netzpolitik“ angeboten werden kann: der neue Kurs „Unsere smarte Stadt – Digitalisierung, die das Gemeinwesen stärkt“.



Werbung für die Veranstaltung „Smart City“ auf den Monitoren in den Stuttgarter Stadtbahnen.

8. Tagungszentrum „Haus auf der Alb“



Ostansicht des Tagungszentrums. Foto: Gerd Jütten

Einmalige Verbindung von Architektur, Geschichte und aktueller Bildungsarbeit

Seit 1992 ist das „Haus auf der Alb“ in Bad Urach Tagungszentrum der LpB. Das architektonische und historische Potenzial des Gebäudes ist in idealer Weise für den Bildungsauftrag der LpB nutzbar. Hier pflegt und profiliert die LpB ein Denkmal und seine wechselvolle Geschichte auf besondere Art. Zum einen ist das Tagungszentrum aufgrund seiner besonderen Lage und Atmosphäre ein höchst attraktiver Ort, um Seminare und Tagungen durchzuführen. Zum anderen gibt es vielerlei Querbezüge zwischen Architektur und Geschichte des Hauses sowie inhaltlicher Arbeit der LpB.

Jahrhunderthaus

Das „Haus auf der Alb“ in Bad Urach ist ein Jahrhunderthaus. In dem denkmalgeschützten Gebäude spiegelt sich die Geschichte des 20. Jahrhunderts in all seinen Facetten, Kontinuitäten und Brüchen wider: Etablierung der Demokratie und der sozialen Republik nach dem Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik, Zerstörung der Demokratie, Unrechtsregime der Nationalsozialisten mit einzigartigem Zivilisationsbruch, schließlich Wiederaufbau der Demokratie nach 1945. In seiner Architektur, Hausgeschichte und in den Biographien der zentralen Akteure erweist sich das „Haus auf der Alb“ als besonderer Ort der klassischen Moderne sowie der liberalen und sozialen Demokratie.

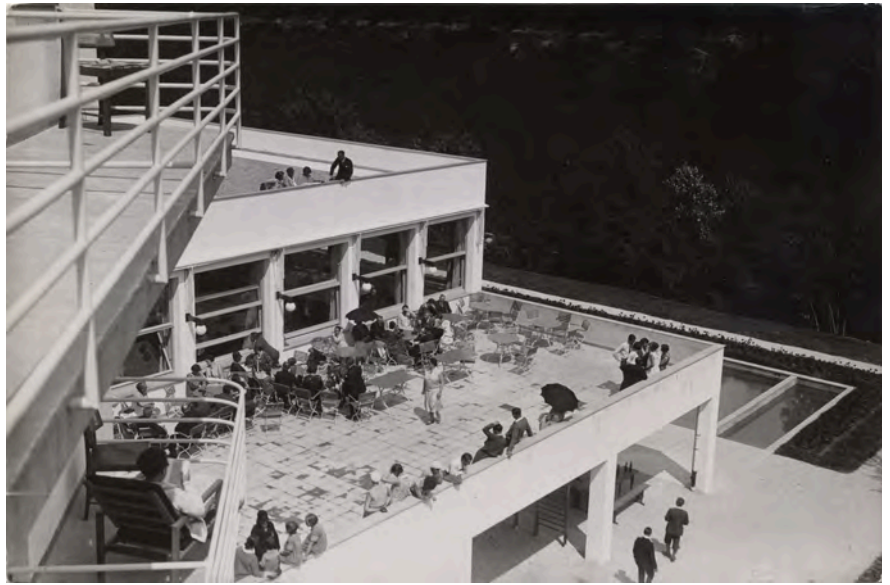
Die Geschichte des „Haus auf der Alb“ wirft darüber hinaus auch ein Schlaglicht auf die mühsame Erarbeitung unserer Erinnerungskultur: Verdrängen und Vergessen, Aufarbeitung und Erinnerung – auch dafür steht das „Haus auf der Alb“. In seiner heutigen Nutzung als Tagungszentrum der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB) ist es auf geradezu paradigmatische Weise ein „gebauter Ort für Demokratie und Teilhabe“.

100 Jahre Bauhaus

1919 gründete der Architekt Walter Gropius in Weimar das „Staatliche Bauhaus“. 2019 hat sich die Öffentlichkeit dieses Meilensteins in Architektur und Design erinnert, der das künstlerische und

gestalterische Denken und Schaffen weltweit revolutioniert hat. Dieses wichtige Jubiläum war Inhalt zahlreicher Aktivitäten der LpB. Zwar war der Architekt des „Haus auf der Alb“, der Stuttgarter Adolf G. Schneck (1883–1971), nicht selbst am Bauhaus, aber seine Bauten und viele seiner Werke als Möbeldesigner sind vom Bauhaus, vom „Neuen Bauen“ und vor allem vom Deutschen Werkbund inspiriert. Das „Haus auf der Alb“ mit seiner radikal durchdachten sachlichen architektonischen Formensprache ist das Chef d’Œuvre im beeindruckenden Lebenswerk von Adolf G. Schneck. Mit dem damaligen Erholungsheim hat er ein besonders eindrucksvolles Beispiel der klassischen Moderne in Südwestdeutschland geschaffen, das neben der Weißenhofsiedlung in Stuttgart und der Siedlung Damerstock in Karlsruhe zu den bedeutendsten Bauwerken des „Neuen Bauens“ in Süddeutschland gehört.

Im Bauhaus-Jubiläumsjahr 2019 hat das „Haus auf der Alb“ eine große mediale Resonanz erfahren. Sowohl in der regionalen und überregionalen Presse als auch in Fachzeitschriften sind zahlreiche Artikel zur Architektur und Geschichte des Jahrhunderthauses erschienen. Darüber hinaus wurden auch Beiträge in Radio und Fernsehen gesendet. Das „Haus auf der Alb“ wurde als einer von 15 Orten in Baden-Württemberg in die „Grand Tour der Moderne“ aufgenommen, einem deutschlandweiten Projekt, das bedeutende Gebäude des Bauhauses und der Moderne verbindet und somit einen besonderen Streifzug durch die deutsche Architekturgeschichte ermöglicht (www.grandtourdermoderne.de/orte/orte-details/47/). Auch das Staatsministerium Baden-Württemberg und das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg haben das „Haus auf der Alb“



Gäste im neu eröffneten Kaufmannserholungsheim „Haus auf der Alb“ in Bad Urach, aufgenommen um 1930. Foto: Architekturmuseum der Technischen Universität München.

als Ort herausragender Architektur gewürdigt.

Die öffentliche Aufmerksamkeit für die Architektur des „Neuen Bauens“ im Jahr 2019 hat sich auch in einer deutlich gestiegenen Zahl von Hausführungen und Besuchen externer Gäste niedergeschlagen, die das besondere Denkmal in Bad Urach besucht haben. Die Leiterinnen des Tagungszentrums, Julia Telegin und Nina Deiß, konnten insgesamt 16 Gruppen mit zusammen fast 300 Personen begrüßen, die sich speziell für Hausführungen zur Geschichte und Architektur des „Haus auf der Alb“ angemeldet haben.

Für das Bauhaus-Jubiläumsjahr hat die LpB die Forschung zur Geschichte des „Haus auf der Alb“, zu seinem Architekten Adolf G. Schneck und seinem Bauherrn Dr. Georg Goldstein (1877–1943) nochmals intensiviert. Der Leiter der Abteilung 2 „Haus auf der Alb“, Prof. Dr. Reinhold Weber, hat dazu zahlreiche Archive in ganz Süddeutschland durchforstet und ist dabei unter anderem der Frage nachgegangen, wie Adolf G. Schneck als li-

beral und demokratisch geprägter Mann das „Dritte Reich“ durchlebt hat. Diese und zahlreiche andere interessante Informationen rund um die Geschichte des Hauses und seiner historischen Protagonisten werden auf der neu gestalteten Homepage des „Haus auf der Alb“ umfassend und reich bebildert präsentiert (www.hausaufderalb.de).

Architektur und politische Bildung

Mit zwei offenen Seminaren hat das „Haus auf der Alb“ das Bauhaus-Jubiläumsjahr thematisiert. Vom 10. bis 12. Mai 2019 wurde gefragt, wie politisch die Bauhaus-Architektur war. In der Weimarer Zeit galt sie als links und internationalistisch, rechten Parteien war sie zu modern und „heimatlos“. Bis heute sind Bauhaus-Gebäude ein Zankapfel der Denkmalpflege. Dabei ging es doch darum, Wohnen, Arbeiten – ja den Alltag insgesamt – sozialer und menschenwürdiger zu gestalten. Zusammen mit ausgewiesenen Expert:innen konnten die Seminarteilnehmenden historisch, künstlerisch und musikalisch in die Hintergründe und in die Zeit der 1920er-

bis 1940er-Jahre eintauchen. Ein besonderer Höhepunkt war dabei das öffentlich zugängliche Konzert der Mannheimer Sängerin Barbara Zechel, die für mehr als 100 Gäste Lieder jüdischer Komponisten ausgewählt hatte, die zwischen 1930 und 1942 geschrieben wurden. Es waren bekannte und weniger bekannte Schlager voller Witz und Wärme, Sehnsucht und Hoffnung, die bis heute ihre Wirkung nicht verloren haben.

Vom 24. bis 26. Juli folgte ein zweites Seminar unter dem Titel „Das Bauhaus und die Folgen“. Im „Haus auf der Alb“ selbst, aber auch mit Exkursionen nach Waldenbuch und Stuttgart wurde die Wirkungsmacht dieses Projektes der Moderne erkundet.

Tag der offenen Tür

Am 12. Mai wurde mehreren Hundert Besucherinnen und Besuchern beim Tag der offenen Tür im „Haus

auf der Alb“ klar: Hoch über Bad Urach steht ein geschichtsträchtiges und landschaftsprägendes Haus mit wechselvoller Geschichte und besonderer Architektur. Unter dem Motto „100 Jahre Bauhaus“ bekamen die Gäste vieles geboten: einen Festvortrag des Münchener Architekten Dr. Cornelius Tafel zu Leben und Wirken von Adolf G. Schneck, Hausführungen zu Kunst und Architektur, Informationen zur generellen Arbeit der LpB und viele weitere Programmpunkte für Jung und Alt.

Ausstellungen

Im regelmäßigen Turnus nutzt das „Haus auf der Alb“ seine besonderen Räumlichkeiten, um mit Ausstellungen Themen von historisch-politischer Bedeutung zu visualisieren. Die Ausstellungen sind dabei grundsätzlich der Öffentlichkeit zugänglich, werden aber auch in die Bildungsarbeit der LpB integriert. In den beiden Jahren 2018 und 2019 gab es folgende Ausstellungen:

- **8. Oktober bis 2. Dezember 2018: „Weltreligionen – Weltfrieden – Weltethos“.** Wanderausstellung der Stiftung Weltethos. Die Ausstellung lädt dazu ein, die faszinierende Welt der Religionen besser kennenzulernen und die Bedeutung ihrer ethischen Botschaften gerade für unsere heutige Gesellschaft besser zu verstehen. Der Schwerpunkt der Ausstellung ist die Weltethos-Idee: die Frage nach gemeinsamen ethischen Werten, Normen und Maßstäben der Religionen und philosophischen Traditionen.
- **25. Februar bis 31. Mai 2019: „Klimaflucht“.** Wanderausstellung der Deutschen KlimaStiftung in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN). Zehn lebensgroße Porträts erzählen in Tonaufnahmen über ihre Schicksale und Sorgen sowie darüber, wie sich der Klimawandel auf ihr Leben auswirkt. Diese re-



Die Mannheimer Sängerin Barbara Zechel bei ihrem Konzert im „Haus auf der Alb“ im Mai 2019.

alen Geschichten stehen für Menschen aus allen Teilen der Welt. Die Ausstellung bietet darüber hinaus Hintergrundinformationen zu den Auswirkungen des Klimawandels und zur Größe des ökologischen Fußabdrucks in den einzelnen Ländern. Am 11. März 2019 fand dazu eine Tagung zum Klimawandel als globaler Fluchtursache statt.

- **7. Oktober 2019 bis 2. Februar 2020: „Nebenan. Die Nachbarschaften der Lager Auschwitz I–III“** Auschwitz ist ein vielfach ausgeleuchteter Ort, seit Jahrzehnten erforscht, von Millionen Besuchern jedes Jahr besichtigt. Trotzdem existiert um das ehemalige Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau 75 Jahre nach dessen Befreiung eine fast unbekannte Sphäre: die Lebenswelt von Menschen, die aufgrund historischer und biographischer Fügung zu Nachbarn dieser Schreckensorte geworden

sind. Die Stuttgarter Fotografen Kai Loges und Andreas Langen („die arge lola“) haben den Alltag der Menschen im heutigen Oswiecim dokumentiert. Im unmittelbaren Umfeld des ehemaligen Lagergeländes ist bei wiederholten Reisen an den Ort eines ebenso unfassbaren wie einzigartigen Menschheitsverbrechens eine große Sammlung von Bildern der einstigen Schauplätze und der Einwohner:innen heute entstanden. Zum Abschluss der Ausstellung fand am 1. und 2. Februar 2020 die große Tagung „Auschwitz heute“ im „Haus auf der Alb“ statt. 75 Jahre nach der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau kamen mehr 60 Gäste zusammen, um aktuellen Fragen nachzuspüren: Wie geht ein solcher Ort um mit den Massen und ihren Erwartungen, mit dem Auftrag zum Erhalt der Stätte und zur Aufklärung der Nachwelt? Einer der

Höhepunkte war dabei der Sonntagvormittag mit Dr. Eva Umlauf, die den Holocaust überlebte und als Zweijährige am 27. Januar 1945 in Auschwitz-Birkenau befreit wurde. Sie las aus Ihren Memoiren und unterhielt sich mit Schüler:innen der Georg-Goldstein-Schule in Bad Urach.

Besondere Tagungen

Mit großen Tagungen, die bundesweit Beachtung finden, profiliert sich das „Haus auf der Alb“ als Ort der Begegnung und des Austauschs über aktuelle Themen. Vom 27. bis 28. März 2019 kamen Expert:innen aus ganz Deutschland zusammen, um sich anlässlich des 70. Jahrestags der Verkündung des Grundgesetzes über die Widerstandsfähigkeit unserer Verfassung in Zeiten von Globalisierung, demographischem Wandel, Digitalisierung und Populismus auszutauschen.

Am 29. und 30. April 2019 fand im „Haus auf der Alb“ eine promi-



Schüler:innen der Georg-Goldstein-Schule in Bad Urach im Gespräch mit der Holocaust-Überlebenden Dr. Eva Umlauf (ganz links).

ment besetzte Tagung zur Kommunalpolitik in Baden-Württemberg statt. Als Redner traten unter anderem Roger Kehle, Präsident des Gemeindetags Baden-Württembergs, und Verkehrsminister Winfried Hermann MdL auf. In die Tagung integriert war ein öffentliches Podiumsgespräch im Bürgersaal Schlossmühle in Bad Urach. Dabei ging es – wenige Wochen vor den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg – um aktuelle Fragen und Herausforderungen der Kommunalpolitik.

Politprominenz zu Besuch

Am 19. November 1953 trat die Verfassung des Landes Baden-Württemberg in Kraft. Genau 65 Jahre später, am 19. November 2018, besuchte Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL das „Haus auf der Alb“ und unterhielt sich mit 25 Schüler:innen der Georg-Goldstein-Schule über die Bedeutung der Landesverfassung, die in der öffentlichen Wahrnehmung meist im Schatten des Grundgesetzes steht. Dabei – so hat sich im Gespräch mit den jungen und gut vorbereiteten Expert:innen gezeigt – gibt es zahlreiche hochaktuelle Aspekte in der Landesverfassung, die diskutiert wurden: Bildungsfragen, Religionsfreiheit, das Recht auf Heimat und vieles andere mehr.

Gut ein Jahr später, am 20. November 2019, besuchte die stellvertretende Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg, Sabine Kurtz MdL, das „Haus auf der Alb“. Sie stellte sich Fragen der Mitarbeitenden der LpB und diskutierte mit ihnen über die Bedeutung und die zukünftigen Aufgaben der politischen Bildung. Im Jahr 2019 waren darüber hinaus auch die Vorsitzende des Kuratoriums der LpB, Sandra Boser MdL, sowie das Kuratoriumsmitglied Dr. Timm Kern MdL zu Informationsgesprächen im „Haus auf der Alb“ zu Gast.

Partner in der Region

Das „Haus auf der Alb“ kooperiert mit zahlreichen Partneereinrichtungen in Bad Urach und in der gesamten Region. Auch in den Jahren 2018 und 2019 fand eine Fülle von Seminaren, Lesungen und Gesprächen statt, durchgeführt unter anderem mit der Stadtverwaltung Bad Urach, der vhs Bad Urach-Münsingen, der Stadtbücherei und vor allem auch mit der Georg-Goldstein-Schule in Bad Urach, deren Namensgeber Dr. Georg Goldstein der Bauherr des „Hauses auf der Alb“ ist. Im September 2019 war beispielsweise eine Gruppe von Austauschschüler:innen der Georg-Goldstein-Schule aus der Ukraine zu Gast, um sich unter anderem mit Fragen der Migration und Europäisierung zu beschäftigen.

Gut belegt und hoch geschätzt

Die LpB Baden-Württemberg ist die einzige der Landeszentralen im Bund, die über ein eigenes Tagungszentrum verfügt. Damit ist es möglich, etwa 150 der jährlich 1.200

Veranstaltungen der LpB im eigenen Haus durchzuführen. Davon profitiert die LpB enorm.

Die Arbeit der LpB ist der Garant dafür, dass das „Haus auf der Alb“ als Tagungszentrum modern, effizient und effektiv betrieben wird. Das Haus ist sehr gut ausgelastet. In den Jahren 2008 bis 2019 lagen die Übernachtungszahlen im Durchschnitt bei rund 8300, hinzu kamen noch über 1600 Tagesgäste. Der leichte Rückgang der Übernachtungszahlen in den letzten fünf Jahren ist unter anderem auf die längeren Sanierungsarbeiten in den Sommermonaten zurückzuführen. So lag die Übernachtungszahl im Jahr 2018 bei etwa 8200 und im Jahr 2019 bei rund 7600.

Gästeanzahl

In den Jahren 2018 und 2019 erreichte die Zahl der Gäste im „Haus auf der Alb“ mit rund 6500 Personen einen neuen Höchstwert. Drei Viertel davon waren bei LpB-Veranstaltungen zu Gast.



Gäste bei der Fachtagung Kommunalpolitik in Bad Urach (v. l. n. r.): Bürgermeister Elmar Rebmann, Staatssekretär Wilfried Klenk MdL (CDU), Prof. Dr. Hans-Georg Wehling (früher LpB), Dr. Maria Hackl (Stadträtin, Stuttgart, SPD), Prof. Paul Witt (Hochschule Kehl), Silke Gmeiner (Moderatorin, SWR), Dr. Timm Kern MdL (FDP/DVP), Sabine Schlager (Geschäftsführerin der kommunalpolitischen Vereinigung von Bündnis 90/Die Grünen) und Prof. Dr. Reinhold Weber (LpB).

Die guten Auslastungswerte resultieren vor allem auch aus einer hohen Gästezufriedenheit. Die Leistungen des Tagungszentrums „Haus auf der Alb“ werden jährlich evaluiert. Nach den vorliegenden Ergebnissen der Jahre 2018 und 2019 haben sich fast 97 Prozent der befragten Gäste im Haus „wohl“ oder „sehr wohl“ gefühlt. Der Gästezufriedenheitsindex, gebildet aus den Werten „Wohlfühl“, „Qualität der Mahlzeiten“ und „Freundlichkeit/Hilfsbereitschaft des Personals“, hat in diesen beiden Jahren die bisherigen Bestwerte erzielt. Insbesondere die Leistungen der Mitarbeitenden des Tagungszentrums (Küche, Zimmerservice, Rezeption und Haustechnik) tragen zu diesen sehr guten Bewertungen bei.

Gastbelegungen

Das Haus ist auch weiterhin bei externen Gruppen (u. a. Universitäten, öffentliche und gemeinnützige Einrichtungen, Firmen usw.) sehr gefragt. Die Zahl der Gastbelegungen stieg in den Jahren 2018 und 2019 auf einen Höchstwert von etwa 80 Gruppen pro Jahr. Die Gastbelegungen haben dabei nach wie vor einen konstanten Übernachtungsanteil, der bei rund 20 Prozent liegt und damit bei der Personenzahl weiterhin ein Viertel aller Gäste ausmacht.

Sanierung 2020/2021

Bereits im Jahr 2018 begannen aufwändige Planungen zur brandschutztechnischen Sanierung des Tagungszentrums, um das „Haus

auf der Alb“ als Ort der Begegnung und der politischen Bildung für die nächsten Jahre und Jahrzehnte zu erhalten. Die Umsetzung der notwendigen Sanierungsarbeiten stellt eine besondere Herausforderung für alle an den Planungen Beteiligten dar. Es gilt sowohl die geltenden Brandschutzanforderungen an das Haus als Versammlungsstätte zu erfüllen als auch die besondere denkmalgeschützte Architektur des Gebäudes zu erhalten. Die umfangreichen Arbeiten werden im Juli 2020 beginnen und voraussichtlich bis in den Herbst 2021 andauern. Neben dem Einbau einer Brandmeldeanlage werden auch die Nasszellen in allen Gästezimmern generalüberholt. Die gesamte Sanierung wird durch die Denkmalschutzbehörden begleitet.



Landtagspräsidentin Muhterem Aras MdL zu Besuch im „Haus auf der Alb“. Anlass war der 65. Jahrestag des Inkrafttretens der baden-württembergischen Landesverfassung, über die sie mit Schüler:innen der Georg-Goldstein-Schule in Bad Urach diskutierte. Ganz links der Bad Uracher Bürgermeister Elmar Rebmann.

9. Kommunikation, Marketing und Vertrieb



LpB-Infostand im März 2018 in Heidelberg.

Querschnittsaufgaben

Die Stabsstelle Kommunikation und Marketing (SKM) ist als Querschnittsabteilung direkt bei der Direktion der Landeszentrale angesiedelt. Sie kommuniziert Informationen sowie Profil und Leistungsangebot der LpB über verschiedene Kanäle an unterschiedliche Zielgruppen wie Lehrende, Schülerinnen und Schüler, politisch Interessierte, Kommunen, Vereine, Parteien und Verbände, Medien sowie alle Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg. Dabei verfolgt sie das Ziel, die politische Bildung im Land auf überparteilicher Grundlage zu fördern und zu vertiefen – und zugleich Bekanntheit und Image der LpB zu steigern.

Ausschreibungen und Druck

Die Stabsstelle Kommunikation und Marketing versteht sich auch als interner Dienstleister und bietet den publizierenden Kolleginnen und Kollegen an, sie bei Ausschreibungsprojekten zu unterstützen. Die Begleitung beinhaltet die Beratung, die Angebotseinholung, die Ausschreibung über das Logistikzentrum Baden-Württemberg (LZBW) sowie die Absprache mit Dienstleistern bis hin zur Auftragserteilung. So können Vergabeverfahren ganzheitlich abgewickelt und sichergestellt werden, dass die Kolleginnen und Kollegen den für Sie „besten“ Vertragspartner bekommen.

Personal

Der langjährige Leiter der Stabsstelle Kommunikation und Marketing, Werner Fichter, ist zum 1. Januar 2019 altersbedingt in den Ruhestand eingetreten. Seine Nachfolge übernahm zum 1. Juni 2019 Heiko Buczinski. Klaudia Saupe ist nun mit 50% für die Umsetzung und Einhaltung des Corporate Designs der LpB sowie die Redaktion des Newsletters „Einblick“ zuständig. Daniel Henrich reduzierte in diesem Zusammenhang seine SKM-Tätigkeit auf eine halbe Stelle und wechselte intern mit 50 Prozent zum Fachbereich Medien und Methoden.

Die Stabsstelle Kommunikation und Marketing betreute in den Jahren 2018 und 2019 insgesamt sechs Praktikantinnen und Praktikanten. Zusätzlich bietet sie die Möglichkeit für einwöchige BORS- oder BOGY-Praktika. Diese Möglichkeit haben vier Schülerinnen und Schüler in den Jahren 2018 und 2019 wahrgenommen.

2018 und 2019 übernahm die Stabsstelle zusätzlich die Aufgabe der Betreuung des Freiwilligen Sozialen Jahres. Wir bedanken uns bei Nora Baisch und Madeline Theil sowie Sonja Winkler und Shana Oetzel für ihren tollen Einsatz und ihre Bereicherung des gesamten SKM-Teams.

Pressearbeit

Die Landeszentrale gibt zu jeder neuen Eigenpublikation und zu besonderen Veranstaltungen und Ereignissen Pressemitteilungen heraus. 2018 waren dies in Summe 35, 2019 sogar 58. Pressekonferenzen gibt es nur zu besonderen Anlässen. Zwei bis vier Pressespiegel erscheinen jährlich und dienen der internen Information sowie der Information des Landtags und des Kuratoriums.

Öffentlichkeitsarbeit

Maßnahmen zur Selbst- und Produktdarstellung:

- Zielgruppenspezifische Werbemailings (zehn bis 15 Mailings pro Monat), unter anderem an den Verteiler der Premium-Kundinnen und -Kunden
- Der Newsletter „Einblick“ (drei bis fünf Ausgaben im Jahr)
- Der Online-Shop unter www.lpb-bw.de/shop
- Stationäre Shops in Stuttgart, Freiburg, Heidelberg und Bad Urach

- Social-Media-Kanäle Facebook, Twitter, Instagram und YouTube
- Informations- und Aktionsstände sowie Büchertische bei Veranstaltungen und Messen
- Das Jahresprogramm „Offene Seminare und Bildungsreisen“
- Pressespiegel

Aktions- und Infostände

Pro Jahr führt die LpB zirka 50 bis 60 Aktions- und Infostände sowie Büchertische durch, bei denen das Angebot der Landeszentrale vorgestellt wird. Dabei besucht die Stabsstelle Kommunikation und Marketing Ausbildungs- und Bildungsmessen, Festivals, Märkte der Möglichkeiten und ist auch regelmäßig bei Veranstaltungen des Landtags von Baden-Württemberg dabei. Die Betreuung der Info- und Aktionsstände übernehmen in der Regel geschulte freie Mitarbeitende. Nachfolgend eine kleine Auswahl an besuchten Orten und Veranstaltungen:

2018:

- Internationales Donaufest, Ulm
- Baden-Württemberg spielt, Sigmaringen
- Interkulturelles Kinderfest, Stuttgart
- Hotel Silber, Stuttgart

2019:

- Landesgartenschau, Remstal
- Landesfamilientag Europapark, Rust
- 17. Stuttgarter Kinder- und Jugendfestival
- Europaaktionstag, Stuttgart

Besucherguppen

Mit dem Umzug der LpB von der Staffenbergstraße in die Lautenschlagerstraße und einem gewachsenen Raumangebot können sich jetzt problemlos Besuchergruppen für Führungen und Workshops (max. ½ Tag) anmelden. Die Besuchergruppen werden von SKM betreut. In den Jahren 2018 und 2019 sind knapp 20 Besuchergruppen betreut worden. Zu den Besuchergruppen gehören Lehrkräfte, Studierende, Referendar:innen, weitere Multiplikator:innen der außerschulischen politischen Bildung sowie internationale Gäste.

Veranstaltungen

Die Stabsstelle Kommunikation und Marketing organisiert teilweise auch Veranstaltungen. Dazu gehören beispielsweise Filmworkshops, Partnerveranstaltungen, offene Seminare und interne Fortbildungen.

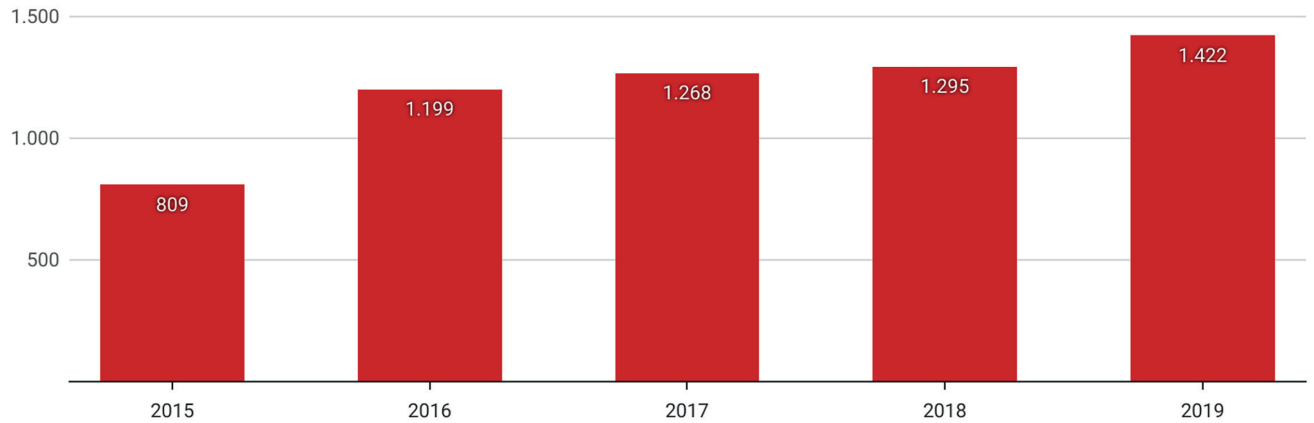
Publikationen

Im Rahmen ihrer Aufgaben beteiligt sich die Stabsstelle Kommunikation und Marketing auch an der Erstellung von Publikationen. Standardpublikationen, die regelmäßig veröffentlicht werden, sind die Broschüre „Grundgesetz und Landesverfassung“, die „Baden-Württemberg-Landkarte“ und die Mini-Puzzles. Diverse Flyer und Faltblätter sowie Werbegeschenke werden intern abgestimmt und anschließend in Auftrag gegeben und verteilt.

Anhang

1. Zahl der Veranstaltungen 2015 bis 2019
2. Zahl der Teilnehmenden 2015 bis 2019
3. Teilnehmende nach Veranstaltungsarten 2018/2019
4. Veranstaltungen nach Arten 2018/2019
5. Veranstaltungen nach Zielgruppen 2018/2019
6. Veranstaltungen nach Themen 2018/2019
7. Veranstaltungen nach Dauer 2018/2019
8. Veranstaltungen nach Geschlecht und Art 2018/2019
9. Bekanntmachung
10. Mitglieder des Kuratoriums
11. Weitere Gremien der Landeszentrale
12. Partnerinnen und Partner (Auswahl)
13. Adressen der Zentralen für politische Bildung

1. Zahl der Veranstaltungen 2015 bis 2019*



*) In den o.g. Zahlen sind die Veranstaltungen des Projekts Team meX nicht enthalten:

2015: 220 Veranstaltungen

2016: 343 Veranstaltungen

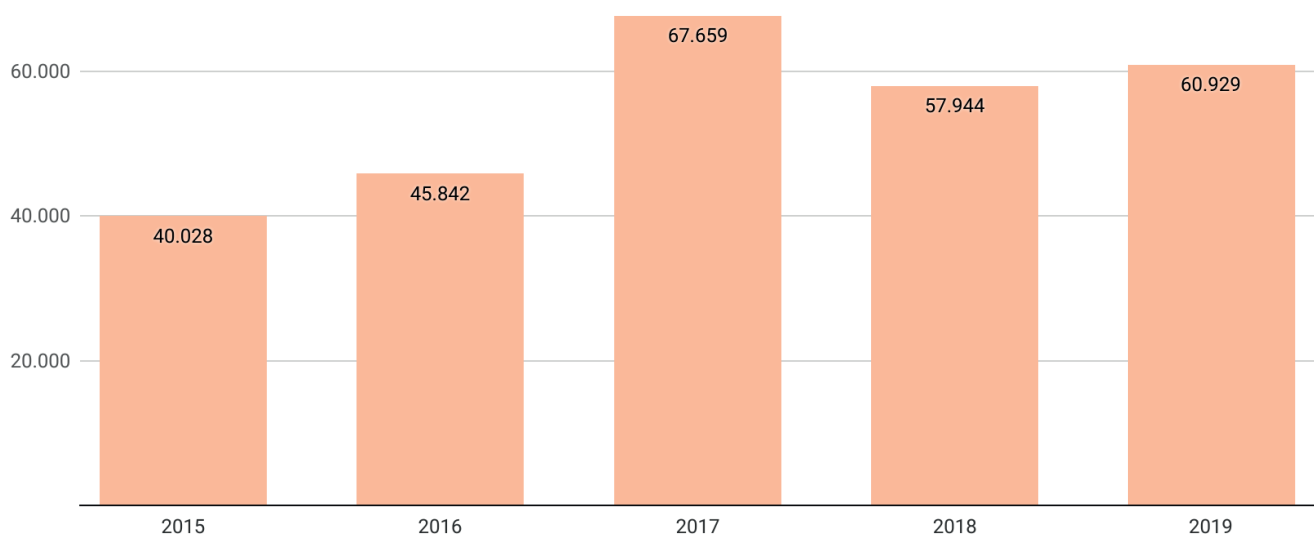
2017: 314 Veranstaltungen

2018: 320 Veranstaltungen

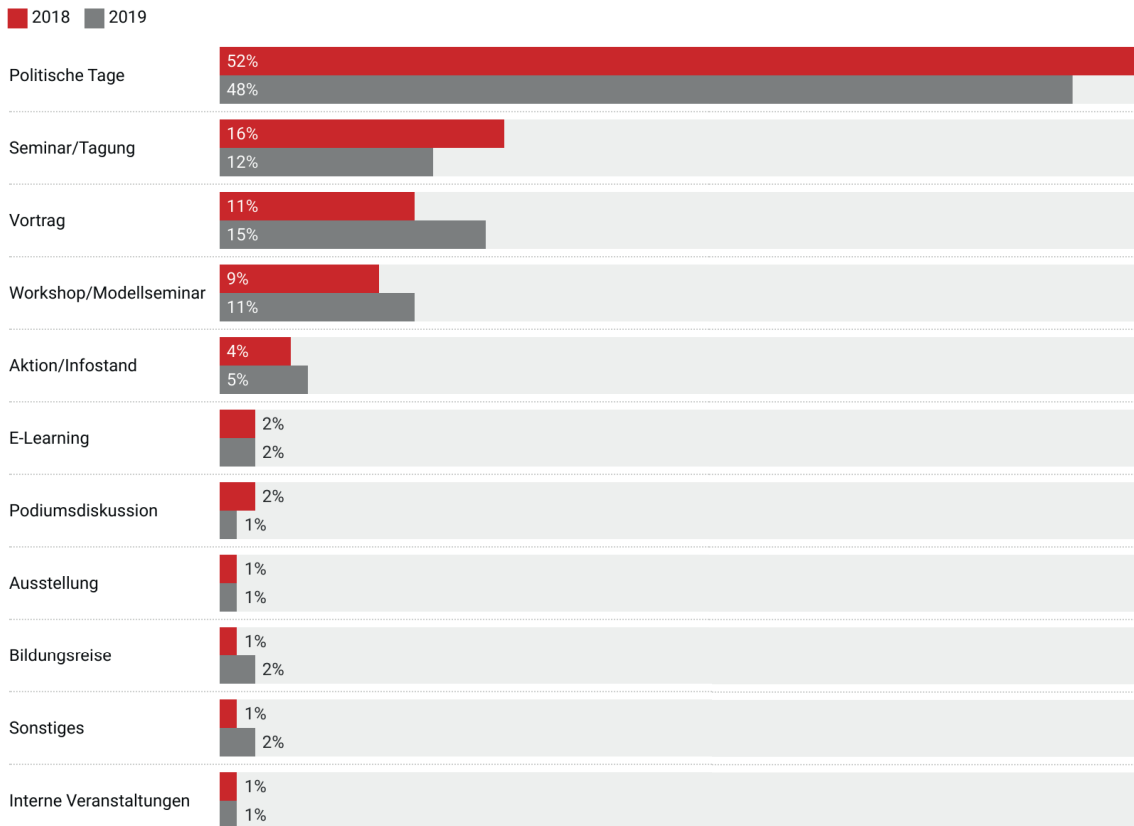
2019: 420 Veranstaltungen

Ebenso sind für das Jahr 2016 die 1.100 Veranstaltungen aus dem Bereich „Bürgerschaftliches Engagement in der Flüchtlingshilfe“ und die Veranstaltungen aus dem Bereich „Friedensbildung“ nicht enthalten.

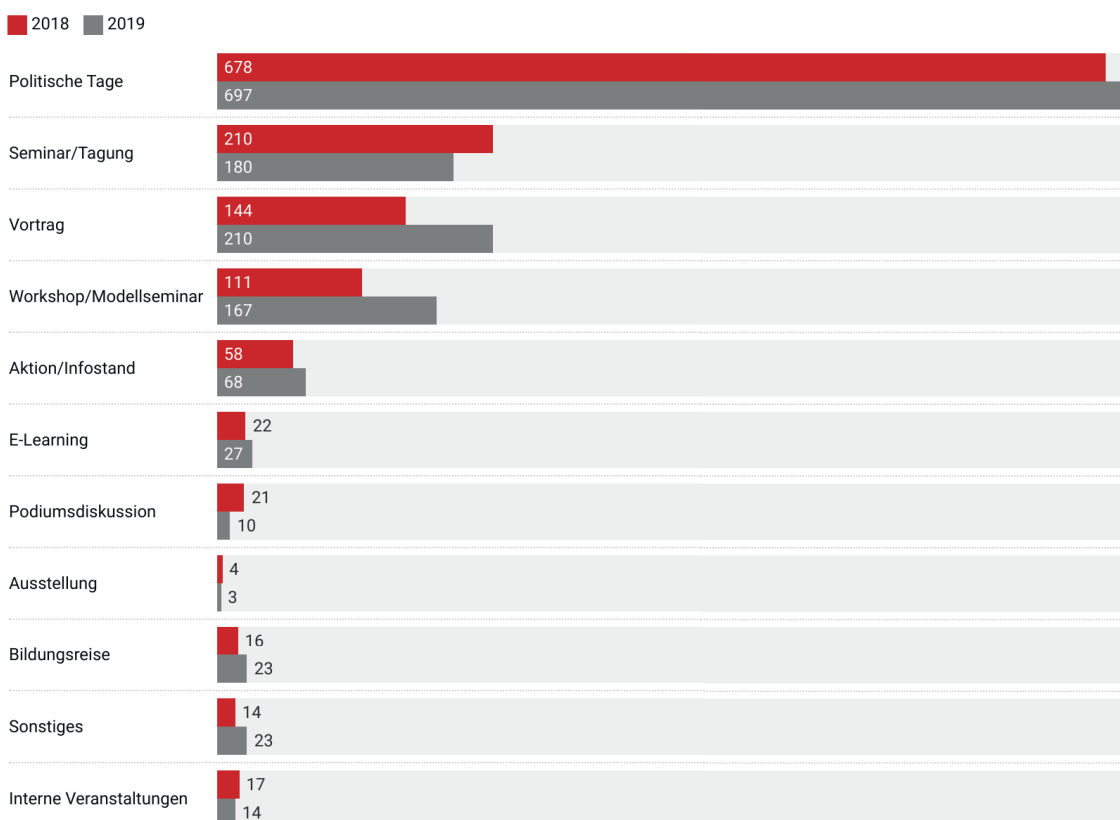
2. Zahl der Teilnehmenden 2015 bis 2019



3. Teilnehmende nach Veranstaltungsarten 2018/2019

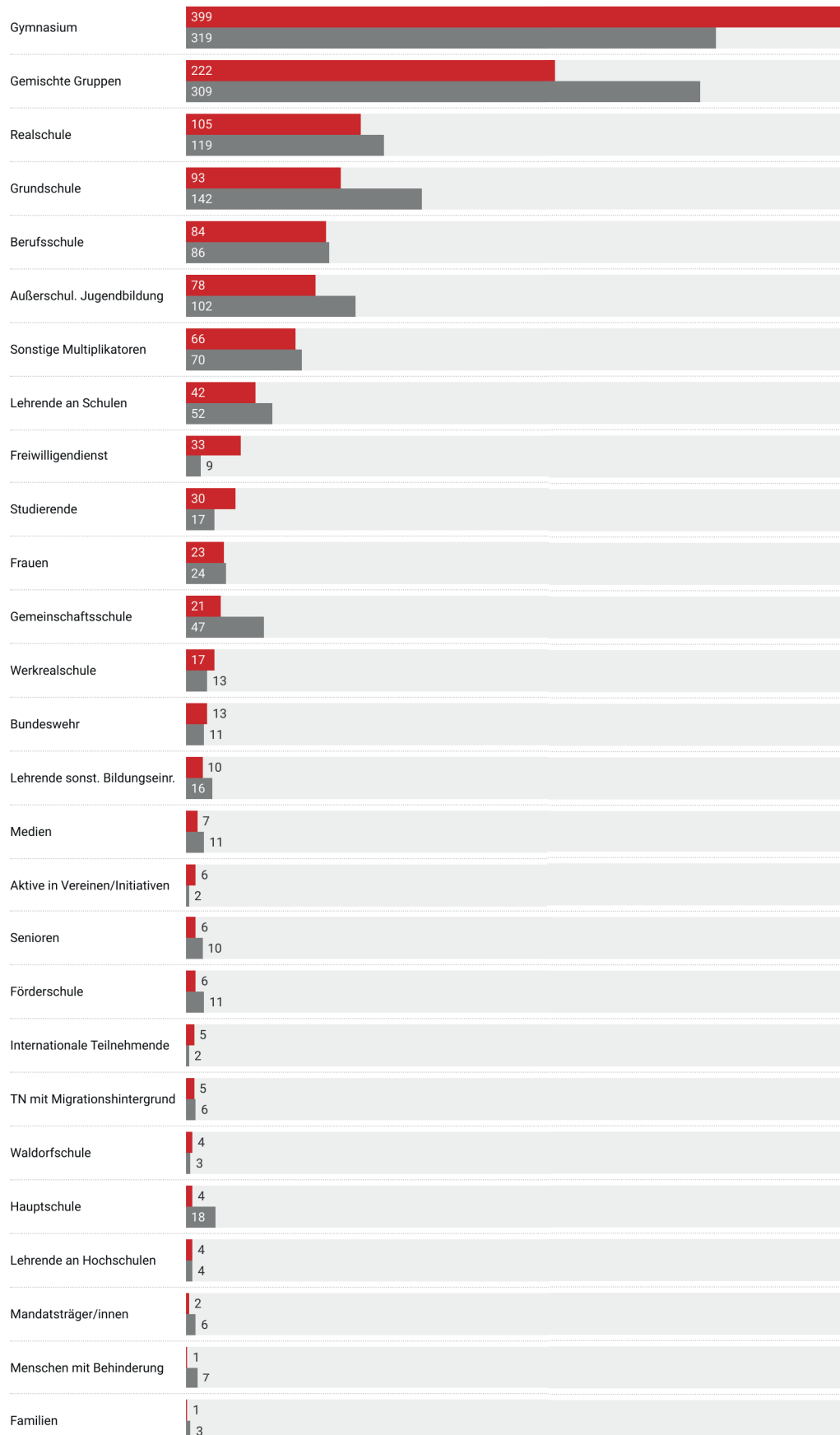


4. Veranstaltungen nach Arten 2018/2019

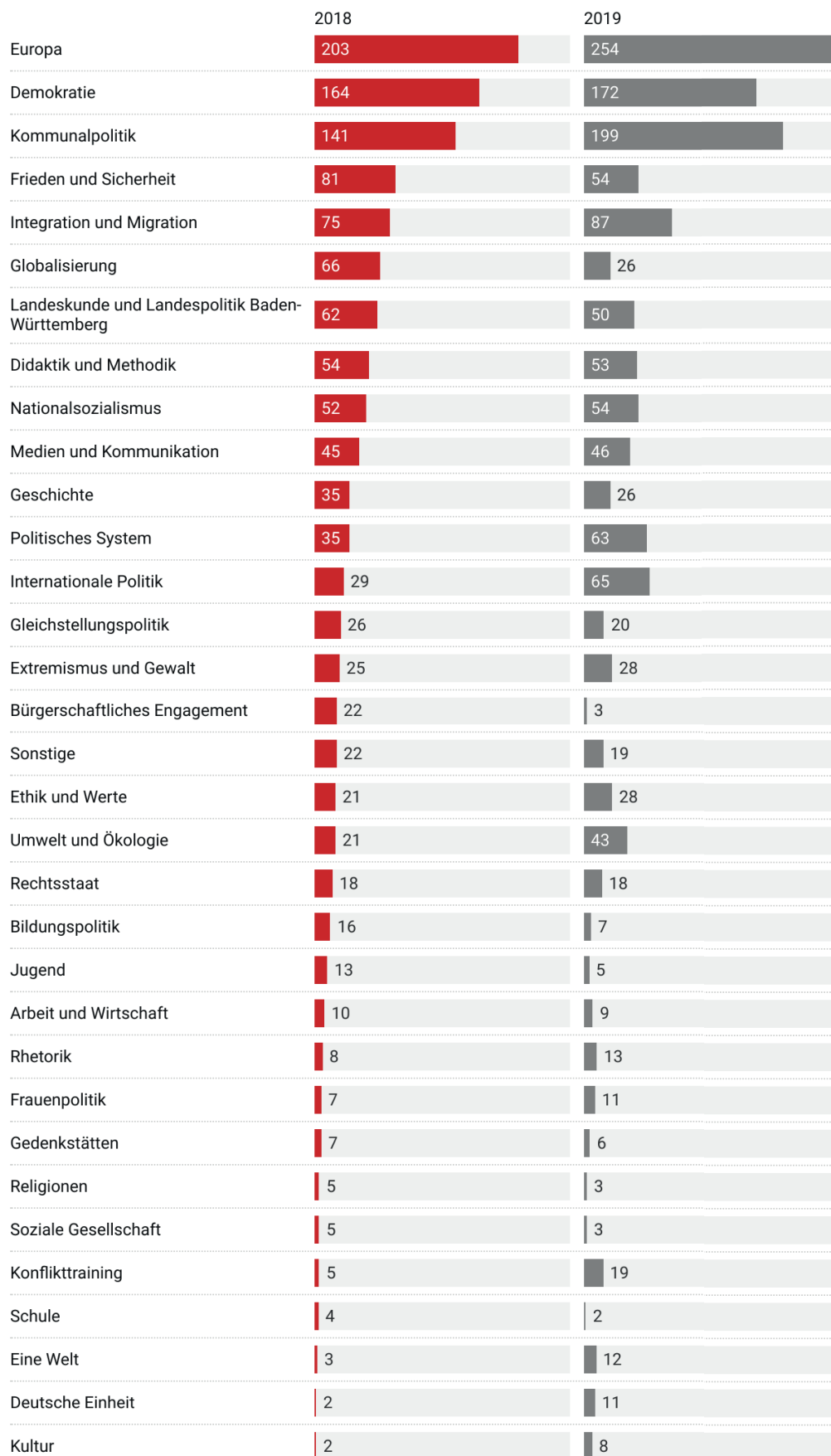


5. Veranstaltungen nach Zielgruppen 2018/2019

■ 2018 ■ 2019

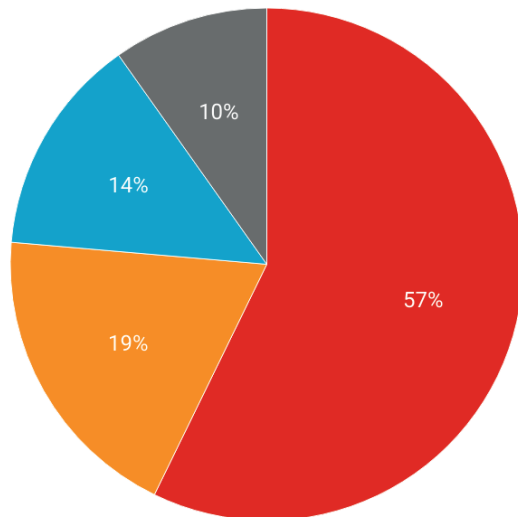


6. Veranstaltungen nach Themen 2018/2019 *

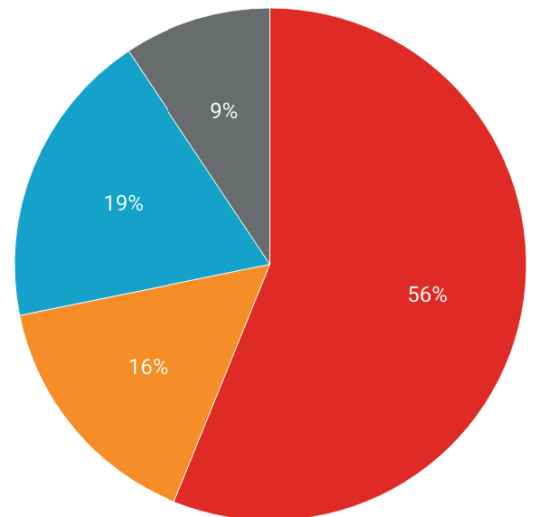


* Ohne die Veranstaltungen von Team meX

7. Veranstaltungen nach Dauer 2018/2019



2018
Gesamt:
1.295

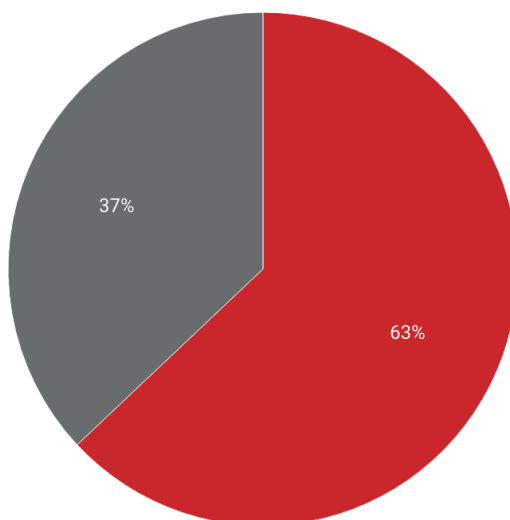


2019
Gesamt:
1.422

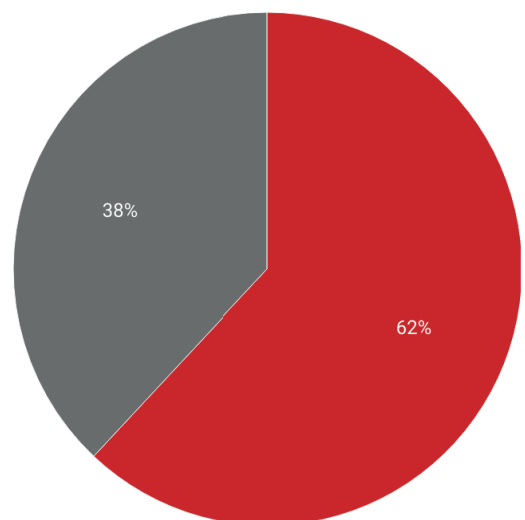
- Halbtagesveranstaltungen
- Mehrtägige Veranstaltungen
- Veranstaltungen ohne Zeitangaben
- Tagesveranstaltungen

8. Veranstaltungen nach Geschlecht 2018/2019

- Frauen
- Männer



2018



2019

9. Bekanntmachung

des Präsidenten des Landtags von Baden-Württemberg über die Errichtung einer Landeszentrale für politische Bildung

am 20. März 2013

§ 1

- (1) Die Landeszentrale für politische Bildung ist als nichtrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts beim Landtag eingerichtet.
- (2) Sie hat ihren Sitz in Stuttgart.

§ 2

- (1) Die Landeszentrale hat die Aufgabe, die politische Bildung in Baden-Württemberg auf überparteilicher Grundlage zu fördern und zu vertiefen. Sie dient hierbei der Festigung und Verbreitung des Gedankengutes der freiheitlich-demokratischen Ordnung.
- (2) Zur Erfüllung ihrer Aufgabe hat die Landeszentrale insbesondere
 - auf die Zusammenarbeit der mit der Förderung der politischen Bildung befassten staatlichen Stellen hinzuwirken,
 - die Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Träger der politischen Bildung zu fördern,
 - Tagungen, Lehrgänge und Seminare zu veranstalten, auf denen Themen der politischen Bildung unter Mitwirkung von Politik und Wissenschaft erörtert werden,
 - die Arbeit der staatlichen und gesellschaftlichen Träger der politischen Bildung durch periodische Publikationen, Bücher und Filme zu unterstützen,
 - innerhalb ihres Aufgabenbereichs praktische Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse zu sammeln und für die politische Bildung bereitzustellen.

§ 3

- (1) Die Landeszentrale gliedert sich in Abteilungen und Außenstellen (§6).
- (2) Sie unterhält das Haus auf der Alb (§7).

§ 4

- (1) Die Überparteilichkeit der Arbeit der Landeszentrale wird durch ein Kuratorium sichergestellt. Die Festlegung der Arbeitsschwerpunkte und die Aufstellung des Haushaltsplans der Landeszentrale erfolgen im Einvernehmen mit dem Kuratorium. Das Kuratorium nimmt den Jahresbericht des Direktors/der Direktorin der Landeszentrale (§5) entgegen und hat das Recht, beim Direktor/bei der Direktorin jederzeit Auskünfte über die laufende Arbeit einzuholen.
- (2) Das Kuratorium besteht aus 24 Mitgliedern.
- (3) Der Präsident / die Präsidentin des Landtags beruft auf Vorschlag des Landtags siebzehn Mitglieder des Landtags und im Einvernehmen mit dem Landtag aus Vorschlagslisten der Träger der politischen Bildungsarbeit sieben sachverständige Persönlichkeiten jeweils für die Dauer einer Wahlperiode.
- (4) An den Sitzungen des Kuratoriums nehmen außer seinen Mitgliedern der Direktor/die Direktorin der Landeszentrale, dessen/deren Stellvertretung sowie Vertretungen der Landtagsverwaltung, des Staatsministeriums, des Kultusministeriums und ein Vertreter/eine Vertreterin des Landeskuratoriums für Erwachsenenbildung mit beratender Stimme teil. Darüber hinaus können im Einzelfall weitere Persönlichkeiten zu den Sitzungen mit beratender Stimme hinzugezogen werden; dabei ist den in den einzelnen Landesteilen bestehenden Belangen Rechnung zu tragen.
- (5) Die Beschlüsse des Kuratoriums werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mindestens dreizehn seiner Mitglieder, und zwar neun Landtagsabgeordnete und vier sachverständige Persönlichkeiten anwesend sind.
- (6) Das Kuratorium wählt jeweils für eine Amtsperiode einen Vorsitzenden/eine Vorsitzende und einen Stellvertreter/eine Stellvertreterin. Es gibt sich im Übrigen eine Geschäftsordnung.

§ 5

- (1) Die Landeszentrale wird von einem Direktor/einer Direktorin geleitet. Ihm/ihr obliegt auch die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Bestimmungen.
- (2) Der Direktor/die Direktorin der Landeszentrale, der Stellvertreter/die Stellvertreterin sowie die leitenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden vom Präsidenten/von der Präsidentin des Landtags im Benehmen mit dem Kuratorium bestellt.
- (3) Der Direktor/die Direktorin erörtert alle wesentlichen Fragen der Arbeit gemeinsam mit den Fachreferenten und Fachreferentinnen sowie den Leitern und Leiterinnen der Außenstellen; dazu gehören vor allem die Schwerpunkte der Arbeit, der Haushaltsplan und der Jahresbericht. Die Fachreferenten und Fachreferentinnen sowie die Leiter und Leiterinnen der Außenstellen können weitere Gegenstände zur Erörterung vorschlagen. Die Erörterungen sollen in regelmäßigen Abständen stattfinden.

§ 6

- (1) Die Außenstellen der Landeszentrale übernehmen regionale Aufgaben. Sie sollen insbesondere mit den Kreisen und Gemeinden sowie mit örtlichen Trägern der politischen Bildung in ihrem Bereich eng zusammenarbeiten.

§ 7

- (1) Das „Haus auf der Alb“ dient der fachlichen und pädagogischen Fortbildung der in der politischen Bildung tätigen Personen.

§ 8

- (1) Diese Bekanntmachung tritt am 1. Mai 2013 in Kraft.
- (2) Die Landeszentrale für politische Bildung wird mit Inkrafttreten dieser Bekanntmachung aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums zum Landtag überführt. Sie wird nicht Teil der Landtagsverwaltung.
- (3) Die vor dem Inkrafttreten erfolgten Berufungen von Mitgliedern des Kuratoriums bleiben unberührt.

Der Präsident des Landtags von Baden-Württemberg

WOLF

10. Mitglieder des Kuratoriums

16. Legislaturperiode 2016 bis 2021 (Stand: 31. Dezember 2019)

Stimmberechtigte Mitglieder

- Dr. Rainer Balzer MdL, AfD
 - Anton Baron MdL, AfD
 - Dr. Alexander Becker MdL, CDU (Stellvertretender Vorsitzender)
 - Andrea Bogner-Unden MdL, Bündnis 90/Die Grünen
 - Daniel Born MdL, SPD
 - Sandra Boser MdL, Bündnis 90/Die Grünen (Vorsitzende)
 - Marion Gentges MdL, CDU
 - Petra Häffner MdL, Bündnis 90/Die Grünen
 - Dr. Timm Kern MdL, FDP
 - Gerhard Kleinböck MdL, SPD
 - Sabine Kurtz MdL, CDU
 - Alexander Maier MdL, Bündnis 90/Die Grünen
 - Julia Philippi MdL, CDU
 - Dr. Rainer Podeswa MdL, AfD
 - Karl Rombach MdL, CDU
 - Alexander Schoch MdL, Bündnis 90/Die Grünen
 - Stefanie Seemann MdL, Bündnis 90/Die Grünen
-
- Günter Busch, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft verdi, Landesbezirk Baden-Württemberg
 - Dr. Hermann Huba, Volkshochschulverband Baden-Württemberg e. V.
 - Reinhard Kafka, Evangelische Erwachsenenbildung nördlicher Schwarzwald
 - Stefan Küpper, Arbeitgeberverbände e. V., Landesvereinigung Baden-Württemberg
 - Doro Moritz, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg
 - Kerstin Sommer, Landesjugendring Baden-Württemberg e. V.
 - Friedhelm Werner, Bildungswerk für Kommunalpolitik e. V. Baden-Württemberg

Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme

Landtag von Baden-Württemberg

- Ministerialdirektor Berthold Frieß, Landtagsdirektor
- Ministerialrätin Christina Arendt, Leiterin des Referates „Protokoll, Besucherdienst“

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

- Ministerialrat Dr. Carsten Rabe, Leiter des Referates „Jugend und kulturelle Angelegenheiten“

Staatsministerium

- Leitender Ministerialrat Tilo Berner, Leiter des Referats „Grundsatz und Strategie“
- Regierungsdirektorin Stéphanie Barth, Referat „Wissenschaft, Forschung und Kunst, Erinnerungskultur“

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

- Lothar Frick, Direktor
- Karl-Ulrich Templ, stellvertretender Direktor

11. Weitere Gremien der Landeszentrale

Beirat Zeitschrift DEUTSCHLAND & EUROPA

- Günter Gerstberger, Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart (im Ruhestand)
- Renzo Costantino, Ministerialrat, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport
- Prof. Dr. em. Lothar Burchardt, Universität Konstanz
- Dietrich Rolbetzki, Oberstudienrat a. D., Filderstadt
- Dr. Beate Rosenzweig, Universität Freiburg, Studienhaus Wiesneck
- Lothar Schaechterle, Professor i. R. am Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung Esslingen a. N.
- Dr. Georg Weinmann, Studiendirektor, Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Wertheim
- Lothar Frick, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung
- Jürgen Kalb, Studiendirektor, Landeszentrale für politische Bildung

Redaktion Zeitschrift POLITIK & UNTERRICHT

- Anja Binder, Studienrätin am Evangelischen Firstwald Gymnasium, Kusterdingen
- Judith Ernst-Schmidt, Oberstudienrätin, Werner-Siemens-Schule (Gewerbliche Schule für Elektrotechnik), Stuttgart
- Dipl.-Päd. Martin Mai, Wilhelm-Lorenz-Realschule, Ettlingen
- Dipl.-Päd. Holger Meeh, Akademischer Rat, Pädagogische Hochschule Heidelberg
- Dr. Wibke Renner-Kasper, Konrektorin der Schule am Stromberg, Gemeinschaftsschule Illingen-Maulbronn
- Angelika Schober-Penz, Oberstudienrätin, Erich-Bracher-Schule (Kaufmännische Schule), Kornwestheim
- Inga Zengerle, Studienrätin am Schickhardt-Gymnasium, Herrenberg
- Lothar Frick, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung
- Prof. Dr. Reinhold Weber, Landeszentrale für politische Bildung, Chefredakteur
- Sylvia Rösch, Landeszentrale für politische Bildung, Redaktionsassistentin

Förderbeirat Gedenkstättenarbeit

- Jost Grosspietsch, Freundeskreis Ehemalige Synagoge e. V., Sulzburg (ab November 2017: Dr. Andrea Hoffend, Lernort Zivilcourage & Widerstand e. V., Karlsruhe)
- Felix Köhler, KZ-Gedenkstätte Vaihingen/Enz e. V., Vaihingen an der Enz
- Thomas Stöckle, Gedenkstätte Grafeneck, Gomadingen
- Lothar Frick, Landeszentrale für politische Bildung
- Karl-Ulrich Templ, Landeszentrale für politische Bildung
- Sibylle Thelen, Landeszentrale für politische Bildung

Beirat Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung

10 Abgeordnete

- Norbert Beck (CDU), Vorsitzender des Beirates
- Sandra Boser (Grüne), Stellvertretende Vorsitzende des Beirates
- Christine Neumann (CDU)
- Tobias Wald (CDU)
- Andrea Bogner-Unden (Grüne)
- Barbara Saebel (Grüne)
- Dr. Rainer Balzer (AfD)
- Claudia Martin
- Gerhard Kleinböck (SPD)
- Dr. Timm Kern (FDP)

Beirat Schülerwettbewerb des Landtags zur Förderung der politischen Bildung

10 externe Sachverständige

- Renate Allgöwer, Redakteurin Stuttgarter Zeitung
- Ulrike Hagenbuch, Leiterin SWR-Studio Heilbronn
- Anke Kiefert, Oberstudienrätin Käthe-Kollwitz-Gymnasium Bruchsal
- Birgit Scholze-Thole, Leiterin der Schule für Holztechnik Stuttgart-Feuerbach
- Lothar Frick, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung
- Joachim Kalk, Schulleiter Sonderschule, Peter-Rosegger-Schule Reutlingen
- Prof. a. D. Wolfgang Lüftner, ehemals Hochschule der Medien Stuttgart
- Helmut Nagel, Direktor der Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen Bad Wildbad a.D.
- Ralf Michael Röckel, Schulleiter der Gemeinschaftsschule Walddorfhäslach
- Wolfgang Manuel Simon, Fachleiter am Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung Ludwigsburg

Beratende Mitglieder

- Rüdiger Hocke, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
- Berthold Frieß, Landtag von Baden-Württemberg, Direktor des Landtags
- Thilo Traub, Landtag von Baden-Württemberg, Abteilungsleiter der Abt. 2
- Elisabeth Krause, Landtag von Baden-Württemberg, Besucherdienst
- Monika Greiner, Landeszentrale für politische Bildung
- Stefanie Thiele, Landeszentrale für politische Bildung

Gremium zur Auswahl der Förderpreise

- Norbert Beck MdL CDU (Vorsitzender)
- Sandra Boser MdL Grüne (Stellvertr. Vorsitzende)
- Wolfgang Manuel Simon, Staatliches Seminar für Didaktik und Lehrerbildung Ludwigsburg
- Elisabeth Krause, Landtag von Baden-Württemberg
- Lothar Frick, Landeszentrale für politische Bildung
- Monika Greiner, Landeszentrale für politische Bildung
- Stefanie Thiele, Landeszentrale für politische Bildung

Steuerungsgruppe der Servicestelle Friedensbildung

- Hagen Battran, GEW Baden-Württemberg, Vertreter der unterzeichnenden Organisationen der Gemeinsamen Erklärung
- Maria Berger-Senn, Studiendirektorin, Referat 52 – Pädagogische Grundsatzangelegenheiten, Qualitätsmanagement, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
- Uli Jäger, Programme Director für Friedenspädagogik & Globales Lernen, Berghof Foundation
- Dr. Thomas Nielebock, Akademischer Oberrat, Institut für Politikwissenschaft im Bereich Friedensforschung/Internationale Beziehungen, Eberhard-Karls-Universität Tübingen
- Karl-Ulrich Templ, Stv. Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Mitgliedschaften in externen Gremien

Mitarbeiter der Landeszentrale sind in folgenden externen Gremien vertreten:

- Arbeitsgemeinschaft der FÖJ-Träger in Baden-Württemberg (Steffen Vogel)
- Arbeitsgruppe Bürger- und Medienzentrum des Landtags von Baden-Württemberg (Lothar Frick)
- Arbeitskreis der Tagungshäuser in Baden-Württemberg (Dr. Markus Hug, Koordinator)
- Begleitausschuss Projekt „Kultursensible sexuelle Orientierung“ (Türkische Gemeinde in BW/Weißenburg e. V./Bundesprogramm „Demokratie leben“) (Bea Dörr)
- Beirat der Salmengespräche (Kultur- und Erinnerungszentrum „Salmen“, Offenburg) (Prof. Dr. Reinhold Weber und Sibylle Thelen)

- Beirat der Schriftenreihe „Nonformale Politische Bildung“ des Wochenschau Verlags (Siegfried Frech)
- Beirat der Transferstelle Politische Bildung, Essen (Lothar Frick)
- Beirat der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg (Dr. Iris Häuser)
- Beirat der Zeitschrift „Momente – Beiträge zur Landeskunde Baden-Württemberg“, herausgegeben vom Staatsanzeiger Baden-Württemberg (Prof. Dr. Reinhold Weber)
- Beirat des Demokratiezentrum Baden-Württemberg (Karl-Ulrich Templ)
- Beirat des Europa Zentrums Baden-Württemberg (Lothar Frick)
- Beirat des Württembergischen Geschichts- und Altertumsvereins (Prof. Dr. Reinhold Weber)
- Beirat für das Museum zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim (Sybille Thelen)
- Beirat für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung (im Geschäftsbereich der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung) (Lothar Frick)
- Beirat teamGLOBAL (Robby Geyer)
- Bewertungskommission für die gesetzlichen Integrationskurse beim Bundesministerium des Inneren (Robert Feil)
- Bundesarbeitsgemeinschaft „Politische Bildung Online“ der Landeszentralen für politische Bildung (Karl-Ulrich Templ, Leitung)
- Bundesarbeitskreis (BAK)/Förderverein Ökologische Freiwilligendienste e. V. (FÖF e. V.) (Steffen Vogel, Vorstandsmitglied).
- Fachbeirat des Kompetenzzentrums zur Koordinierung des Präventionsnetzwerkes gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg (Stefanie Beck)
- Fachbeirat Diaspora und Entwicklungszusammenarbeit des Forums der Kulturen e. V., Stuttgart (Wolfgang Hesse)
- Fachkonferenz Frauenbildung Baden-Württemberg (Beate Dörr)
- Förderverein Europa Zentrum Baden-Württemberg e. V. (Thomas Schinkel, kooptiertes Vorstandsmitglied)
- Gedenkstättenbeirat (Karl-Ulrich Templ)
- Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg (Prof. Dr. Reinhold Weber, ordentliches Mitglied)
- Kuratorium der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart (Prof. Dr. Reinhold Weber, ordentliches Mitglied)
- Kuratorium der Evangelische Akademie Bad Boll (Lothar Frick, Stv. Vorsitzender)
- Kuratorium des Deutsch Türkischen Forums Stuttgart (Sybille Thelen)
- Kuratorium zur Verleihung des Integrationspreises Heilbronn (Robert Feil)
- Landesarbeitskreis Bildung für Eine Welt (Robert Feil)
- Landeskomitee Baden-Württemberg der Europäischen Bewegungen in Deutschland e. V. (Lothar Frick)
- Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung (Stefanie Beck, Felix Steinbrenner)
- Landesnetzwerk Politische Bildung Baden-Württemberg (koordinierende Funktion) (Lothar Frick, Karl-Ulrich Templ)
- Lenkungsausschuss des Kompetenzzentrums zur Koordinierung des Präventionsnetzwerkes gegen (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg (Karl-Ulrich Templ)
- Netzwerk Allianz für Beteiligung (Lothar Frick)
- Netzwerk Baukultur Baden-Württemberg (Dr. Markus Hug)
- Programmbeirat des Erinnerungsorts Hotel Silber, Stuttgart (Sybille Thelen)
- Rat für Migration, bundesweiter Zusammenschluss von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zur kritischen Begleitung der Politik in Fragen von Migration und Integration (Prof. Dr. Reinhold Weber)
- Runder Tisch der Religionen (Felix Steinbrenner)
- Steuerungsausschuss des Kompetenzteams „Flüchtlingshilfe durch Bürgerschaftliches Engagement“ (Karl-Ulrich Templ)
- Steuerungsgruppe der Servicestelle Friedensbildung (Karl-Ulrich Templ)
- Steuerungsgruppe des Projektes „In Zukunft mit uns!“ der Baden-Württemberg Stiftung (Karl-Ulrich Templ)
- Trägerkreis Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Wolfgang Hesse, beratendes Mitglied)
- Vertretung der Landeszentrale bei den Stuttgarter Tagen der Medienpädagogik (Karl-Ulrich Templ)
- Vertretung der Landeszentrale bei Mediendaten.de (Karl-Ulrich Templ)
- Vertretung der Landeszentrale beim Partnerprojekt LEO-BW (Karl-Ulrich Templ)
- Vertretung des Landes Baden-Württemberg in der Stiftungsversammlung des DDR-Museums Pforzheim (Lothar Frick)
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg (Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen) (Lothar Frick)
- Wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg (Lothar Frick)
- Wissenschaftlicher Beirat des Mannheimer NS-Dokumentationszentrums im „Marchivum“ (Prof. Dr. Reinhold Weber)

12. Partnerinnen und Partner (Auswahl)

Die Landeszentrale arbeitet mit vielen öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen zusammen. Die folgende Auflistung ist nicht vollständig. Wir bitten die nicht genannten Partner um Verständnis und Nachsicht dafür, dass sie aus Platzgründen nicht aufgeführt sind. Die Übersicht soll den Leserinnen und Lesern vor allem einen Eindruck von der Vielfalt der Akteure im Netzwerk der politischen Bildung im Land vermitteln. Wir bemühen uns, über die Jahre verteilt, alle Partnereinrichtungen zu nennen.

A

Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Allgemeiner Deutscher Fahrradclub, Landesverband Baden-Württemberg

Amicale Nationale des Déportés et Familles de Disparus de Natzweiler-Struthof

aus:sicht mobil - das Jugendprojekt von Sehbehinderten und Blinden, Esslingen

B

Baden-Württemberg Stiftung

Berghof Foundation, Berlin/Tübingen

Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart

Bildungswerk der Erzdiözese Freiburg

Biosphärengebiet Schwäbische Alb

BruderhausDiakonie Reutlingen

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg

Bundesarbeitskreis der Fach- und Seminarleiter/innen, Regionalverband Baden-Württemberg (BAK)

Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Berlin

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin

Bundestiftung Magnus Hirschfeld, Berlin

Bundeswehr: Standorte Stuttgart, Laupheim, Stetten a.k.M.

Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn/Berlin

C

Carl-Schurz-Haus, Deutsch-Amerikanisches Institut e. V., Freiburg
Centre Culturel Français Freiburg –

Conrad Schroeder Institut e. V.

Centre Européen du Résistant Déporté (CERD), Natzweiler (F)

D

Dachverband der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg

Danube-Workers for Europe (DANET) e. V., Ulm

Debating Club Heidelberg e. V.

Deutsch-Amerikanisches Institut, Tübingen

Deutsch-Amerikanisches Zentrum, James-F.-Byrnes-Institut e. V., Stuttgart

Deutsch-Türkisches Forum Stuttgart

Diakonisches Werk Württemberg

Diaphania – Europäische Gesellschaft für Politik, Kultur, Soziales e. V., Stuttgart

Donaubüro Ulm

E

Entwicklungspädagogisches Informationszentrum Reutlingen (EPiZ)

Erinnerungsstätte Salmen, Offenburg

Europa Zentrum Baden-Württemberg, Stuttgart

Europe Direct Informationszentrum Stuttgart

Evangelische Akademie Bad Boll

Evangelische Akademie Baden, Bad Herrenalb

Evangelische Hochschule Ludwigsburg

Evangelisches Bildungszentrum Hospitalhof Stuttgart

F

Fachkonferenz Frauenbildung Baden-Württemberg (FKF)

FÖJ-Einsatzstellen (über 80 Einsatzstellen in Baden-Württemberg)

Forschungsstelle Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten (Universität Mannheim)

Freiwilligendienste in der Diözese Rottenburg-Stuttgart gGmbH

Freundeskreis Mensch e. V., Gomaringen

Führungsakademie Baden-Württemberg

G

Gegen Vergessen – für Demokratie e. V.

Gemeindepsychiatrisches Zentrum Friedrichshafen gGmbH

Gemeinnützige Werkstätten und Wohnstätten GmbH, Sindelfingen

H

Haus der Geschichte Baden-Württemberg

Hochschule für Polizei, Villingen-Schwenningen

I

Initiative Allianz für Beteiligung e. V., Stuttgart

Institut für virtuelles und reales Lernen in der Erwachsenenbildung an der Universität Ulm (ILEU) e. V.

Internationaler Bund (IB), freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V.

Internationales Forum Burg Liebenzell e. V.

J

Jugendpresse Baden-Württemberg, diverse Stadt und Kreise

K

Kurverwaltung Bad Urach

L

LAG Mädchenpolitik
Baden-Württemberg

Landesamt für Denkmalpflege
Baden-Württemberg

Landesamt für Verfassungsschutz Ba-
den-Württemberg

Landesarbeitsgemeinschaft der
Gedenkstätten und Gedenkstätten-
initiativen Baden-Württemberg

Landesarbeitsgemeinschaft der Kom-
munalen Frauen- und Gleichstel-
lungsbeauftragten
Baden-Württemberg

Landesarbeitsgemeinschaft offene Ju-
gendbildung Baden-Württemberg

Landesarbeitskreis Bildung für Eine
Welt

Landesarchiv Baden-Württemberg

Landesfrauenrat Baden-Württemberg

Landesjugendring Baden-Württem-
berg e. V.

Landeswohlfahrtsverband GmbH
Standort Reutlingen-Rappertshofen

Landratsamt Böblingen

Landratsamt Tübingen

Landtag von Baden-Württemberg

Lebenshilfe für Menschen mit
Behinderung e. V., Landesverband
Baden-Württemberg

M

MARCHIVUM Mannheim, Stadt-
archiv und Institut für Stadtge-
schichte Mannheim

Ministerium für Kultus, Jugend und
Sport Baden-Württemberg

Ministerium für Soziales und Inte-
gration Baden-Württemberg

Ministerium für Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft
Baden-Württemberg

N

Netzwerk für Demokratie und
Courage e. V.

Netzwerk für Senior Internet
Initiativen Baden-Württemberg e. V.

O

Oberschwäbische Werkstätten gG-
mbH Ravensburg und Sigmaringen

P

Pädagogische Hochschulen Heidel-
berg, Karlsruhe und Ludwigsburg

R

Radio ENERGY Region Stuttgart
Rat für Migration e. V.

Regierungspräsidien, Abt. Schule
und Bildung

S

Schuon Logistik GmbH, Dienstlei-
ster für Lagerung und Fulfillment
für Online-Shops, Haiterbach

Schwäbische Bauernschule
Bad Waldsee

Staatlich anerkannte Fachhochschule
Karlsruhe, Karlsruhochschule
gGmbH

Staatliche Fachstellen für das öffent-
liche Bibliothekswesen bei den Re-
gierungspräsidien
Baden-Württemberg

Staatliche Seminare für Didaktik
und Lehrerbildung (Gymnasien)
Heidelberg, Stuttgart und Tübingen

Staatliches Seminar für Didaktik
und Lehrerbildung (Berufliche Schu-
len und Gymnasien)
Weingarten

Staatliches Seminar für Didak-
tik und Lehrerbildung (GWHRs)
Schwäbisch Gmünd

Staatliches Seminar für Didaktik
und Lehrerbildung (WHRS)
Reutlingen

Staatsministerium
Baden-Württemberg

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und
Bürgerbeteiligung im Staatsministe-
rium Baden-Württemberg

Stadtarchiv Ulm

Stadtbibliothek Stuttgart

Städte und Gemeinden in Baden-
Württemberg (diverse)

Starkmacher e. V., Mannheim

Stephanuswerk Isny

Stiftung Bundespräsident Theodor-
Heuss-Haus, Stuttgart

Stiftung Reichspräsident-Friedrich-
Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg

Stiftung Topographie des Terrors,
Berlin

Stiftung Weltethos, Tübingen

Studienhaus Wiesneck, Buchenbach
Stuttgarter Zeitung

Südwestdeutscher Lehrerinnen- und
Lehrerverband für historische, po-
litische und ökonomische Bildung
(SWL)

Südwestrundfunk

T

Talent im Land. Das Schülerstipen-
dium für faire Bildungschancen,
Tübingen

Theodor-Heuss-Museum,
Brackenheim

Treffpunkt Freiburg e. V.

V

Verband Deutscher Sinti und Roma,
Landesverband Baden-Württemberg

Virtuelles und reales Lern- und
Kompetenz-Netzwerk älterer
Erwachsener (ViLE)

Volkshochschulverband Baden-
Württemberg und diverse Volksho-
schulen in Baden-Württemberg

X

x3 Burgdörfer & Ness, Politik am
Modell erleben, Berlin

Z

Zeitschrift „Momente – Beiträge zur
Landeskunde Baden-Württemberg“
(Staatsanzeiger Baden-Württem-
berg)

Zentrum für Entwicklungsbezogene
Bildung (ZEB)

13. Adressen der Zentralen für politische Bildung

- Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
Lautenschlagerstr. 20, 70173 Stuttgart, www.lpb-bw.de
- Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Englschalkinger Straße 12, 81925 München, www.blz.bayern.de
- Berliner Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Hardenbergstraße 22-24, 10623 Berlin, www.berlin.de/politische-bildung
- Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung
Heinrich-Mann-Allee 107, Haus 17, 14473 Potsdam, www.politische-bildung-brandenburg.de
- Landeszentrale für politische Bildung Bremen
Birkenstraße 20/21, 28195 Bremen, www.lzpb-bremen.de
- Landeszentrale für politische Bildung Hamburg
Dammtorstraße 14, 20354 Hamburg, www.hamburg.de/politische-bildung
- Hessische Landeszentrale für politische Bildung
Taunusstraße 4-6, 65183 Wiesbaden, www.hlz.hessen.de
- Landeszentrale für politische Bildung des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Jägerweg 2, 19053 Schwerin, www.lpb-mv.de
- Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung
Georgsplatz 18/19, 30159 Hannover, www.demokratie.niedersachsen.de
- Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen
Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf, www.politische-bildung.nrw.de
- Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz
Am Kronberger Hof 6, 55116 Mainz, www.politische-bildung-rlp.de
- Landeszentrale für politische Bildung im Saarland
Beethovenstr. 26, 66125 Saarbrücken, www.lpm.uni-sb.de/lpb
- Sächsische Landeszentrale für politische Bildung
Schützenhofstr. 36, 01129 Dresden, www.slpb.de
- Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt
Leiterstraße 2, 39104 Magdeburg, www.lpb.sachsen-anhalt.de
- Der Landesbeauftragte für politische Bildung Schleswig-Holstein
Karolinenweg 1, 24105 Kiel, www.politische-bildung-sh.de
- Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt, www.lzt-thueringen.de